



AIB

2V 7426 E

2,- DM

März

Nr. 3 / 1980

11. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Carter- Doktrin:

Zurück zum Interventio- nismus



Serien: Ölkrise, Fidel-Rede
Südliches Afrika • Indien
Äthiopien

Inhalt:

AIB-Aktuell: Zimbabwes Schlüsselstellung	3
USA	
Wolfram Brönner: Carters Doktrin – Antwort auf Afghanistan?	4 – 9
Globales Pakt- und Stützpunktsystem der USA	7
Erdölpolitik	
Wolfram Brönner / Paul Maaskola: Die Ölkrise – Werk der OPEC? (1. Teil)	10 – 14
Die Ölmultis – „Staaten im Staate“	15
Indien	
Ulrich Rupp: Das Comeback Indira Gandhis	16 – 17
Afghanistan	
Interview mit Maulawi Abdul Aziz Sadeq: Wir Moslems stehen zum revolutionären Prozeß	18 – 19
Palästina	
Felicia Langer: Ein Besatzerregime ohne Beispiel	20 – 25
Südafrika	
Oliver Tambo: Kampfperspektive im Süden Afrikas	26 – 27
Gespräch mit John Gaetsewe: 25 Jahre Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß	28 – 29
SACTU-Präambel	29
Namibia	
Entmilitarisierungsplan – die SWAPO unter Druck	30
Sam Nujoma: Der bewaffnete Kampf behält Priorität	31
Äthiopien	
Mengistu Haile-Mariam: Eine Revolution der breiten Massen	32 – 35
Nikaragua	
Peter Jacobs: Es werde Licht in El Chanal. Beobachtungen im neuen Nicaragua (3. Teil)	36 – 37
Entwicklungsländer – UNO	
Rede Fidel Castros vor der UN-Vollversammlung: Aufschrei der Entwicklungsländer (2. Teil)	38 – 40
Rückblick: 20 Jahre Massaker von Sharpeville	41
Rezensionen/Filme: Chile-Filme	42
Kurzinformationen: UNIDO, Tunesien, Iran, Guatemala, Kuba, Korea	43
Kommentar: Olympiade nur noch unter US-Flagge?	44



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 246 72

Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 533 900 00, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky
Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg, nicht etwa bei der Post, bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 12. 2. 1980

Es arbeiteten weiter mit: H. Denk, H. Fischer, I. Flach, M. Hellmann, H. Mayer, W. Ritter, U. Rupp, L. Schmitz, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng, U. Werf

Anzeigen: Hilfsaktion Vietnam, ISSA, Verlag Marxistische Blätter, Deutsche Volkszeitung, Blätter für deutsche und internationale Politik

Das AIB verschenken!

Liebe AIB-Abonnenten und Leser,
wenn Sie an Geburtstagen, zu Weihnachten oder zu anderen Anlässen ein nicht alltägliches Geschenk suchen, empfehlen wir Ihnen ein **AIB-Geschenkabo**.

Sie machen damit sich und dem Beschenkten eine Freude. Sie stärken damit das AIB. Und Sie können damit der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung einen neuen Interessenten oder Engagierten gewinnen helfen.

Das Geschenkabo kostet 20,- DM.

Geben Sie dazu Ihre Anschrift wie die des Beschenkten an und Ihre Unterschrift.

Senden Sie diesen Abschnitt oder ein entsprechendes Anschreiben an uns ein und überweisen Sie zuvor den Abo-Betrag auf das Konto: Postscheck-Konto Ffm., 312093-607 Weltkreis Verlags GmbH, Sonderkonto AIB, Dortmund. Wir senden dann dem Beschenkten umgehend oder zum gewünschten Zeitpunkt ein Geschenkschreiben zu.

Ich verschenke ein AIB-Jahresabo ab Nr. an:

(Name und Anschrift des Beschenkten)

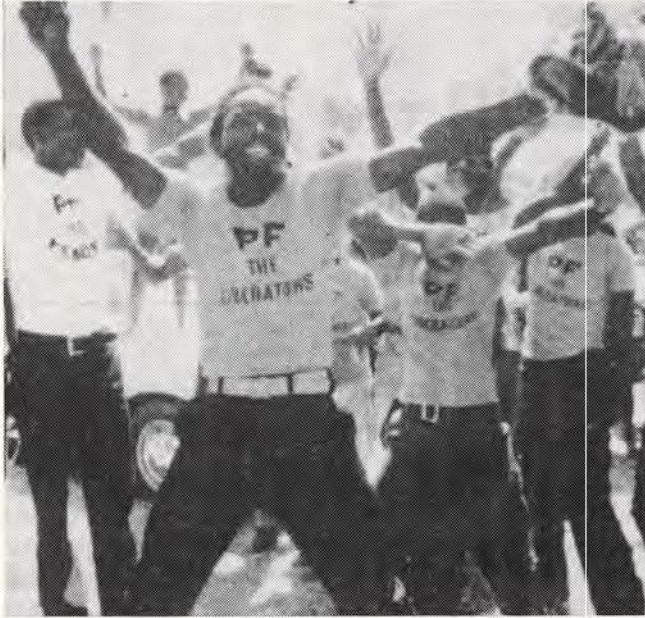
Schenkender:

(Name und Anschrift)

(Datum)

(Unterschrift)

AIB-Aktuell: Zimbabwes Schlüsselstellung



Anhänger der Patriotischen Front/ZAPU in Salisbury

Im Schatten der um Afghanistan im Westen entfachten Hysterie sind die Nachrichten über die Entwicklung in Zimbabwe in die hinteren Teile der Medien gerückt. Immerhin: Aus ihnen läßt sich entnehmen, daß die Waffenruhe in Zimbabwes, die auf der Londoner Konferenz Ende 1979 vereinbart worden war, äußerst labil ist und die Gesamtlage zu erheblicher Beunruhigung Anlaß gibt. Befürchtungen, auch nach den Wahlen von Ende Februar d.J. (dieser Beitrag schloß am 10.2.1980) seien die Risiken weiterhin erheblich, sind ernst zu nehmen.

Umso einsichtiger nimmt sich die in der Wahlplattform der Patriotischen Front/Afrikanische Volksunion von Zimbabwe (PF/ZAPU) enthaltene Aufgabenstellung aus, daß es zunächst darauf ankäme, den Frieden im Lande herzustellen und zu bewahren, nämlich durch die Beendigung des Kolonialkrieges und die Beseitigung seiner Ursachen. Um die gewaltigen Probleme zu bewältigen, die sich nach insgesamt fast zwei Jahrzehnten des bewaffneten Befreiungskampfes, nach Zerstörungen und großen Blutopfern ergeben, postuliert die Partei Joshua Nkomos „die Förderung der Einheit des Volkes in einem demokratischen Staat ohne soziale, wirtschaftliche, religiöse, rassische oder tribalistische Diskriminierung“. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf den ersten Willen der Patriotischen Front, die Aussöhnung auch mit jenen anzustreben, die bislang die rassistische Gesellschaftsordnung verteidigt hatten, und damit zu verhindern, daß es zu einer Massenflucht für den Aufbau benötigter weißer Fachkräfte kommt. Die Entscheidung liegt mithin auf seiten der Weißen.

„Dieses Land gehört beiden, den Schwarzen und den Weißen“, äußerte J. Nkomo hierzu. „Wir haben nicht gegen die Weißen gekämpft, sondern gegen das von ihnen verwaltete System.“ Allerdings gehört als Kernpunkt zur Wahlplattform der PF/ZAPU eine Reform der Grund- und Bodenbesitzverhältnisse zugunsten der afrikanischen Bevölkerung. Es wird sich zeigen müssen, inwieweit die bisherigen „Herren“ des Landes gegebenenfalls ein demokratisches afrikanisches Regime zu akzeptieren und auf Privilegien zu verzichten bereit sein werden.

Bemerkenswerterweise ist in den Spekulationen der westlichen Medien kaum ein Hinweis auf einen anderen Aspekt der Zimbabwe-Frage enthalten: ihre strategische Bedeutung.

Zimbabwe spielt eine Schlüsselrolle in der Strategie des Westens und Südafrikas, einen neokolonial beherrschten Block im Südlichen Afrika als Eckpfeiler innerhalb der imperialistischen Globalstrategie zu erhalten. Ein Zimbabwe unter neokolonialer Herrschaft – und als deren Idealkandidat gilt nach wie vor Bischof Muzorewa, ungeachtet seiner verminderten Wahlchancen – sicherte Südafrikas „Vorfeld“ im Norden und schüfe eine Landbrücke in die Nähe Zaires, das bereits eng mit Südafrika kollaboriert. Damit könnten Länder wie Symbia und Mocambique, aber auch Angola und Tansania geographisch isoliert werden – Voraussetzung zu einer neuen Etappe im bereits 1976 eingeleiteten Destabilisierungsfeldzug gegen revolutionäre Regimes im Südlichen Afrika, sowie für eine Atempause für Südafrika, um eine genehme Namibia-Lösung zu forcieren und Kräfte zu sammeln.

Diese Planung steht in offenkundigem Zusammenhang mit der im Zusammenspiel zwischen Washington und der reaktionären Thatcher-Regierung in London verfolgten, lange vor „Afghanistan“ entworfenen und in Szene gesetzten globalstrategischen Konzeption. Noch bevor das Londoner Abkommen über Zimbabwe unter dem ultimativen Druck des britischen Außenministers Lord Carrington unterzeichnet worden war, hatten sich Carrington und Premierministerin Thatcher zu Konsultationen nach Washington begeben. Keine 24 Stunden nachdem beide Washington „hochzufrieden“ verlassen hatten, kündigte die US-Regierung die Entsendung einer hochrangigen Militärmission in die Region des Nahen Ostens und die angrenzenden Gebiete an, deren Reiseroute auch Kenia und Somalia umfaßte.

Um Zimbabwe seine Rolle in diesem Kalkül spielen lassen und die beträchtlichen ökonomischen Interessen nachhaltig absichern zu können, setzt Großbritannien auf ein rechtes, neokoloniales Regime. Um dessen Exponenten Muzorewa an die Regierung zu bringen, wird nichts unversucht gelassen. Das beweist zugleich, daß unter der von Westen stets propagierten „friedlichen Lösung“ von jeher nur eine solche verstanden wurde, welche die eigenen Interessen gegen diejenigen der Massen garantieren sollte. Daß diese Strategie auch das Scheitern der Wahlen einschließt, machen in jüngerer Zeit wiederholte Bekundungen des u.a. von Südafrika finanzierten Muzorewa deutlich, angesichts des derzeit in Zimbabwe immer noch herrschenden Terrors eventuell das Wahlergebnis nicht zu akzeptieren – mit allen Konsequenzen, die ein solcher Schritt haben könnte.

Für den täglichen Terror in Rhodesien – Überfälle und Attentate, die seit Jahresanfang über 70 Menschen das Leben gekostet haben – sorgen zum einen die Tolerierungspolitik des britischen Gouverneurs Soames, zum anderen die Hilfstruppen Muzorewas selber. Beides steht in offenkundigem Zusammenhang, auch wenn Soames die Mehrzahl der Übergriffe Angehörigen der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) anlastet bzw. für nicht aufgeklärt deklariert, dagegen die Anschläge der Terrortruppe Muzorewas für unerheblich erklärt.

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sahen sich bereits gezwungen, sich mit den merkwürdigen Praktiken des britischen Gouverneurs zu befassen: im Sicherheitsrat wurde Großbritannien mit 14:0 Stimmen (es selber nahm nicht teil) verurteilt wegen der Duldung der Übergriffe von Muzorewa-Truppen und der offiziellen Armee, die entgegen dem Abkommen nicht in ihren Sammellagern bleibt (Soames plant sogar ihre zahlenmäßige Aufstockung für die Wahlphase); wegen der nach wie vor festgehaltenen politischen Gefangenen (die Schätzungen bewegen sich zwischen 5000 und 11000); wegen der Behinderung der Rückkehr der etwa 250000 Flüchtlinge aus Mocambique, Sambia und Botswana (eines sicheren Stimmpotentials für die PF und die ZANU), sowie wegen der Anwesenheit südafrikanischer Truppen auf dem Territorium Zimbabwes (die von Soames und Muzorewa geduldete Truppe an der Beit Bridge zwischen beiden Ländern soll inzwischen abgezogen sein, nichts verlautet jedoch über die weiteren 3.000 vermuteten südafrikanischen Soldaten im Land).

Sabotagepolitik Großbritanniens

Parallel zur offenen Unterstützung Muzorewas (bzw. zur Behinderung von PF und ZANU/PF) läuft ein Manöver der Irreführung, Verunsicherung und Spaltung gegen die beiden getrennt kandidierenden Parteien Joshua Nkomo und Robert Mugabes ab, mit dessen Hilfe beide in eine erneute Konfrontation getrieben und ihre Anhänger verunsichert werden sollen. Parallelen zur Zeit der Jahre 1974/75 drängen sich auf, als ebenfalls mit diversen Etiketten („radikal“ – was z.B. seinerzeit den beiden späteren Kollaborateuren Muzorewa und Sithole verliehen wurde, „gemäßigt“ usw.) Verwirrung geschaffen wurde. Gerüchte über eigenartige Koalitionsangebote sollen die Auseinanderentwicklung von PF (ZAPU) und ZANU(PF) verstärken; selbst Andeutungen der Art, hinter den Attentaten auf ihre jeweiligen Führer steckte die rivalisierende Partei, werden ins Spiel gebracht.

Vor diesem Hintergrund erweist sich die getrennte Kandidatur der ZANU als ein Teilerfolg der Spaltungstaktik, die auf die Wiederbelebung tribalistischer Spannungen und politisch-taktischer Differenzen abzielt, welche mit der 1976 erfolgten Bildung der Patriotischen Front von ZAPU und ZANU überwunden werden sollten. Die offenen politischen Angriffe Mugabes auf Nkomo zu Beginn des Februar 1980 sind bedenkliche Zeichen.

Zimbabwes Freiheitskampf ist noch nicht gewonnen.

Wolfram Brönner

Carters Doktrin – Antwort auf Afghanistan?



Präsident Jimmy Carter machte in seiner Botschaft an die Nation vom 23.1.1980 folgende Kernaussage der Carter-Doktrin: „Der Versuch seitens irgendeiner äußeren Macht, die Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, wird von uns als ein Angriff auf die Lebensinteressen der USA betrachtet, und ein solcher Angriff wird mit allen notwendigen Maßnahmen zurückgeschlagen werden – einschließlich militärischer Gewalt.“

Die USA, so die Begründung des Präsidenten, sähen ihre „eigene Sicherheit“ durch die „militärische Aggression“ der Sowjetunion in Afghanistan vom Dezember 1979 elementar bedroht, denn die UdSSR habe eine „neue Bedrohung für die Sicherheit im Persischen Golf und Südwestasien“, eine „ernste Bedrohung für den freien Zustrom des mittelöstlichen Öls“ in die westlichen Zentren geschaffen. Es gehe für dieses und viele weitere Jahre darum, in dieser Region wie „überall auf der Welt“ die durch die sowjetische Afghanistanpräsenz hervorgerufene „ernsthafteste Bedrohung des Weltfriedens seit dem 2. Weltkrieg“ zu bannen. Dies sei – so

J. Carter weiter – „eine noch grundlegendere Herausforderung“ als die im Iran vorausgegangene Geiselnahme des US-Botschaftspersonals.

Zusammengenommen sähe man sich nunmehr „drei fundamentalen Herausforderungen“ gegenüber, nämlich erstens der wachsenden „sowjetischen Militärmacht“, zweitens der „überwältigenden Abhängigkeit der westlichen Demokratien von der Ölversorgung aus dem Mittleren Osten“, drittens dem „Druck der sozialen, religiösen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in vielen Ländern der unterentwickelten Welt – belegt durch die Revolution im Iran“.

Die bedrohte „Sicherheit“

Da die USA aber beanspruchen müßten, „die stärkste aller Nationen zu bleiben“, bedürfe es energischer Gegenmaßnahmen zur Gewährleistung „weltweiter Sicherheit“, nämlich u.a.: gemeinsame „Sicherheits“-Anstrengungen der Westmächte und deren enge Kooperation mit den betreffenden Ländern des jeweils „möglicherweise bedrohten“ Gebietes; noch stärkere Aufrüstung der USA um nun jährlich 5%; Stärkung speziell des Atomwaffenpotentials der NATO; Aufbau einer mobilen US-Eingreiftruppe; drastische Erweiterung der eigenen Militärpräsenz speziell in der mittelöstlichen Region; wirtschaftliche und politische Strafmaßnahmen gegen die Sowjetunion, darunter ein Lieferstopp für US-Getreide und -Technologie an die UdSSR, eine Boykottaktion gegen die Olympiade in Moskau sowie die weitere Aufschiebung der Ratifizierung von SALT II durch den amerikanischen Senat.¹

Die Entspannung taucht in J. Carters Botschaft bezeichnenderweise nicht einmal mehr als Aufgabenstellung auf. Dafür nimmt die Politik der Stärke, nimmt die Begründung der Androhung bzw. des Einsatzes militärischer Gewalt breiten Raum ein. Sie ist in erster Linie gerichtet gegen die Sowjetunion wie revolutionäre Regierungen und Befreiungsbewegungen. Insofern mutet das Programm des 23. Januar 1980 wie eine Neuauflage der westlichen Doktrinen aus der Ära des Kalten Krieges an.

Die Ursprünge dieser Doktrinen reichen in die unmittelbare Nachkriegsperiode 1946/47 zurück. Gestützt auf das westliche Atomwaffenmonopol (Atombombenabwürfe der USA 1945 im japanischen Hiroshima und Nagasaki) verordneten damals die führenden Repräsentanten der angloamerikanischen Siegermächte Winston Churchill und Harry S. Truman die Spaltung der Welt in zwei gegnerische Lager diesseits und jenseits des „eisernen Vorhangs“. Auf amerikanischem Boden leitete W. Churchill im März 1946 das Erfordernis gemeinsamer angloamerikanischer Anstrengungen ab, um den Völkern diesseits jenes Vorhangs „eine überwältigende

Sicherheitsgarantie“ zu bieten, und zwar mithilfe eines Netzes von Flotten- und Luftstützpunkten „in der ganzen Welt“.

US-Präsident H. S. Truman machte daraus die Unterteilung der Welt in zwei „Lebensarten“, die der „freien Völker, ... deren Unterstützung in die Politik der USA mit einbezogen werden muß“ einerseits, der „durch Kommunisten von innen und außen herausgefordert(en)“ Länder andererseits.

Als H. S. Truman am 12. März 1947 vor dem US-Kongreß diese seine Doktrin der globalen antikommunistischen Konfrontation bzw. des Kalten Krieges verkündete, ging es um die „Eindämmung“ („Containment“, nach Präsidentenberater George F. Kennan) starker antiimperialistischer Bewegungen in Griechenland und der Türkei. Wie hier so wurden fortan nationale wie soziale Befreiungsbewegungen, ganz gleich ob in Nachbarländern der Sowjetunion oder am anderen Ende der Welt beheimatet, ganz gleich ob von national-bourgeoisen oder marxistischen Kräften angeführt, zu ferngesteuerten Werkzeugen Moskaus erklärt und mit Krieg oder Intervention überzogen. Dafür stehen u.a. der Koreakrieg (1950-53), Ägypten 1956, Kuba 1961, die Dominikanische Republik 1965, der Vietnamkrieg 1964-73 oder Chile 1973. Der in der sog. „Sicherheitszone“ gelegene Iran war eines der ersten Opfer der Truman-Doktrin, die doch verheißen hatte, die USA würden „den freien Völkern bei der freien Entscheidung über ihr Schicksal behilflich sein“. ² Mit einem CIA-Putsch beseitigte man hier 1953 die nationalbourgeoise Regierung Mossadegh, weil sie mit der Verstaatlichung der Ölmultis erstmals ernst gemacht hatte. Denn hier, im arabisch-iranischen Raum, realisierte der angloamerikanische „Ölimperalismus“ bis in die 70er Jahre die im Weltmaßstab gigantischsten Profite (siehe Beitrag zur Ölkrise und den Ölmultis in diesem Heft). Und dies sollte so bleiben...

Der Vorrang der militärpolitischen „Eindämmung“, sprich der Einkreisung und des „Roll Back“ („Zurückrollen“, nach US-Außenminister J. F. Dulles) des Sozialismus prägte die gesamte Dritte-Welt-Politik der USA in der Ära des Kalten Krieges. Die Anlage eines euroasiatischen Ringes von Militärpakten und -basen um das sozialistische Lager (siehe Kasten zum US-Pakt- und Stützpunktnetz) beinhaltete das angloamerikanische Streben, alle angrenzenden Staaten in die Konfrontation gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten hineinzuzwingen. Die Formierung der nichtpaktgebundenen Bewegung im Zeitraum 1955-64 ging ebendeshalb gerade von Indien, Indonesien, Pakistan, Ägypten und anderen unabhängigen Staaten dieser Region aus. ³ Und diese Priorität

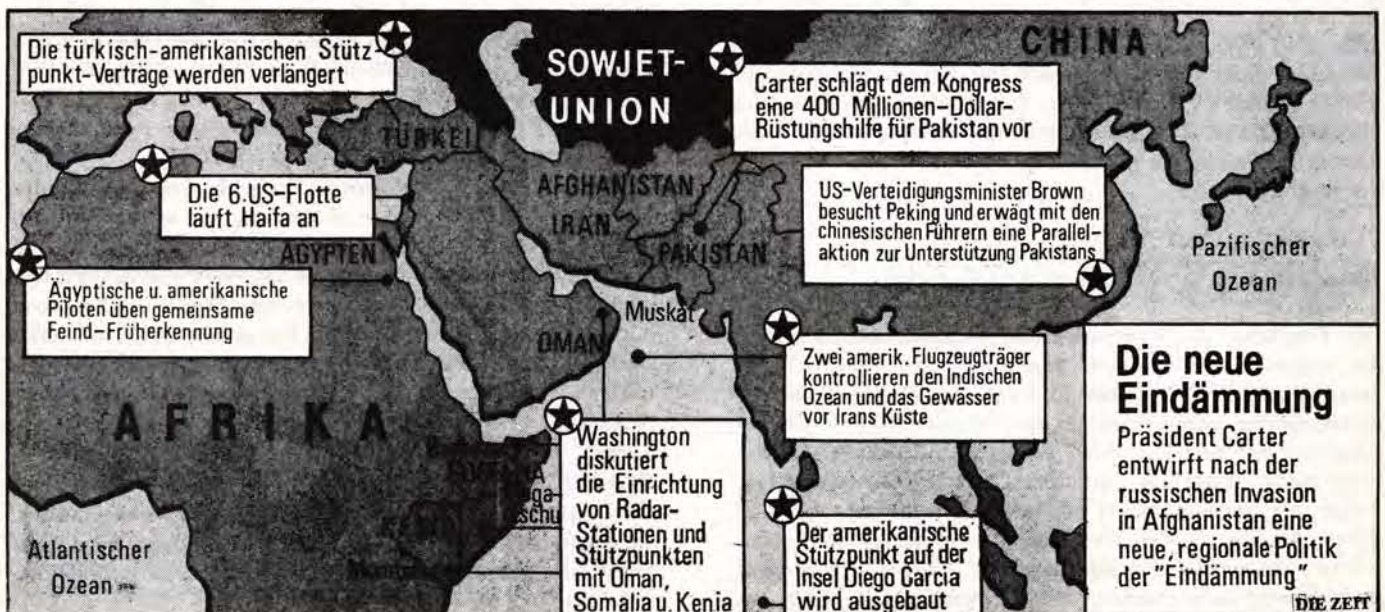
setzung in der US-Globalstrategie zeigte sich schließlich auch an der Strukturierung der westlichen Entwicklungshilfevergaben an die unterentwickelten Länder: In der Periode 1948-67 entfielen von den insgesamt 41 Mrd Dollar alleine über die Hälfte auf die elf an das sozialistische Lager angrenzenden Staaten, voran an die Türkei, den Iran, Südkorea, Südvietnam; und über 50% bestanden aus bloßen Militärhilfen bzw. Rüstungsgütern. ⁴ Entwicklungspolitik blieb der sog. „Sicherheitspolitik“ untergeordnet.

US-Desaster nicht nur in Vietnam

Hier spätestens wird erkennbar, daß die Carter-Doktrin im Kern ein Rückgriff auf den „Sicherheits“-Begriff des Kalten Krieges ist. Mehr noch, sie ähnelt in frappierender Weise jener zweiten US-Doktrin, die Präsident Dwight D. Eisenhower im Januar 1957 in einer Botschaft dem US-Kongreß in Washington verkündete. Die Behauptungsfähigkeit der ägyptischen Revolution im Suezkrieg 1956 (Dreieraggression Israels, Großbritanniens, Frankreichs gegen G.A. Nassers Nationalisierung der Suezkanal-Gesellschaft) deutete er in ein angebliches Vordringen des „Kommunismus“ bzw. der UdSSR in den Nahen und Mittleren Osten um. Er rechtfertigte die Androhung des künftigen Einsatzes „von Streitkräften, um ... jeder Nation oder Gruppe von Nationen beizustehen, die Hilfe gegen eine bewaffnete Aggression irgendeines vom internationalen Kommunismus kontrollierten Landes ersuchen würde“. ⁵ Mit der US-Invasion 1958 im Libanon, mit der man auf die Libanonkrise, die irakische Revolution und das Vereinigungsprojekt Ägypten-Syrien reagierte, fand die Eisenhower-Doktrin ihre erste praktische Anwendung.

Doch gerade das offensichtliche Scheitern der Roll-Back-Versuche der USA in Kuba (1961/62) und Vietnam (1964-73) sowie die Herausbildung eines militärischen Gleichgewichts zwischen NATO und sozialistischem Lager machten ausgangs der 60er Jahre den Verzicht auf die Doktrinen des Kalten Krieges unumgänglich.

In bilateralen Verhandlungen mit der Sowjetunion erkannte Washington nunmehr die – von der UdSSR seit 1927 unablässig vorgetragene ⁶ – Prinzipien der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, der Einschränkung des Wettrüstungs, der friedlichen Koexistenz, der Respektierung der europäischen-asiatischen Nachkriegsgrenzen, der Nichteinmischung usw. an. Mit dem ersten sowjetisch-amerikanischen Vertragsabschluß über die Begrenzung der strategischen Rüstungen



(Salt I) im Jahr 1972 und der Europäischen Sicherheitskonferenz (KSZE) in Helsinki 1975 unter Beteiligung der USA hatte sich der Prozeß der politischen Entspannung durchgesetzt.

Dem entsprach die mit den Doktrinen Richard M. Nixons (1970) und Gerald R. Fords (1975) verbundene Orientierung auf eine reduzierte weltweite US-Militärpräsenz, auf das Unterlassen des direkten US-Militärinterventionismus, der durch den systematischen Abbau abhängiger regionaler Stellvertretermächte (Iran, Südvietnam, Israel, Brasilien, Südafrika, ASEAN-Staaten) in der Dritten Welt abgelöst werden sollte. Das Desaster im Vietnamkrieg legte es nahe, künftige unmittelbare Verwicklungen der USA in regionale Konflikte bzw. Kriege zu meiden, ohne auf die fortgesetzte – indirekte – Unterdrückung jedweder Befreiungsrevolutionen zu verzichten.

Washingtoner Strategen wie Außenminister Henry Kissinger verbanden mit dieser späten Anpassung an das veränderte globale Kräfteverhältnis freilich eine trügerische Hoffnung: Der Entspannungsprozeß, so kalkulierten Sie, brächte ein Abflauen des internationalen Klassenkampfes, des Befreiungskampfes in der Dritten Welt und den Stopp internationalistischer Unterstützung seitens des sozialistischen Lagers mit sich. Doch das Gegenteil trat ein, trotz vereinzelter gegenrevolutionärer Einbrüche etwa in Chile, Ägypten, Somalia, trotz des Defacto-Übertritts der VR China in die Phalanx der NATO.

1973/74 boten die arabischen Ölländer dem angloamerikanischen Ölimperium Paroli und etablierten eine Gegenmachtposition – ungeachtet der US-Ölkriegsdrohungen – gegen die Ölmultis. Die Dritte Welt schockte die Westmächte 1974 mit der Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO). In Vietnam gelang 1975 die Befreiung des Südens. Im Angkrokrieg 1975/76 behauptete sich die Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA) gegenüber der indirekten(!) Intervention Südafrikas und Zaires, wozu Kubas revolutionärer Internationalismus, seine Entsendung eines Truppenkontingents, maßgeblich beitrug. Gleiches wiederholten Kuba und die Sowjetunion im Zeitraum 1977-79 mit ihrer erfolgreichen Hilfeleistung für die Revolutionsregierungen Äthiopiens und Afghanistans.

Unter der Carter-Administration setzte sich folgerichtig fort, was das Krisenmanagement des H. Kissinger schon nicht anzuhalten vermocht hatte. Mehreres kam hier zusammen: Während die NIWO-Forderungen der Dritten Welt (unterstützt vom sozialistischen Lager) die neokolonialistische internationale Arbeitsteilung in Frage stellten, verfügten die Westmächte aufgrund der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise (1974-76) und Energiekrise für weitergehende Zugeständnisse nicht über hinreichende Manövrierspielräume. Die zweite Ölkrise 1979 und die im Jahr 1980 einsetzende neue Wirtschaftskrise der imperialistischen Führungsmacht USA deuten hier nicht auf gravierende Veränderungen zugunsten der Westmächte hin.

Revolutionen in vormalis „toten Zonen“

Die Fortdauer des internationalen Entspannungsprozesses, die ungeachtet verstärkter Gegentendenzen (NATO-Langzeitprogramm 1978, Chinas von der NATO gedeckter Aggressionskrieg gegen Vietnam im Februar/März 1979) im Abschluß von SALT II vom Juni 1979 zum Ausdruck kam, begünstigte zusätzlich antiimperialistische Entwicklungen. Neben der ungebrochenen Stärke des Befreiungskampfes im Süden Afrikas, in der Westsahara, in Palästina bzw. dem Nahen Osten (die US-Separatpolitik scheint gegenwärtig festgefahren) kristallisierten sich in vormalis sog. „toten Zonen“ revolutionäre Situationen heraus. Der sozialrevolutio-

nären Radikalisierung in Äthiopien folgten die Aprilrevolution 1978 in Afghanistan, dann die antidiktatorisch-antiimperialistischen Volksrevolutionen 1979 im Iran und Nikaragua.

In Nikaragua errang die lateinamerikanische Befreiungsbewegung ihren größten Sieg seit der kubanischen Revolution. Das nikaraguanische Beispiel löste speziell in Mittelamerika und der Karibik einen revolutionären Gärungsprozeß aus, sichtbar – neben Grenada – speziell in der aktuellen Zuspitzung im benachbarten El Salvador, Honduras und Guatemala.

Mit dem Sturz des Schah-Regimes im Iran wurde zuvor den Positionen des US-Imperialismus – nach Vietnam und Angola – die dritte strategische Niederlage binnen kürzester Frist beigebracht, was das Scheitern der Nixon-Doktrin siegelte. Es fiel eine unersetzliche regionale Stellvertretermacht zur Bekämpfung der arabischen Befreiungsbewegungen, was obendrein die feudalabsolutistischen Ölmächte wie Saudi Arabien, Oman usw. anfälliger machte. Es veränderte sich innerhalb der Ölländer das Kräfteverhältnis einschneidend zugunsten ihres antiimperialistischen Flügels. Und mit der Beseitigung der US-Militärpräsenz im Iran wie dem anschließenden Zerfall des CENTO-Paktes wurde der Einkreisungsring der Westmächte um die Sowjetunion bzw. das sozialistische Lager aufgebrochen.

Entspannungstod am Hindukusch?

Erst auf diesem Hintergrund wird einsichtig, warum die herrschenden Kreise der USA 1978/79 mit zunehmender Aggressivität reagierten, warum sie mit der Carter-Doktrin auf den althergebrachten Kurs der Konfrontation und „Eindämmung“ zurückverfielen. Afghanistan war so lediglich ein Vorwand, um die alte Legende von der „sowjetischen Bedrohung“ des Friedens, vom sowjetischen Griff nach „unserem“ Öl am Persischen Golf neu aufzuwärmen – und damit den eigenen Neointerventionismus zu bemänteln. Afghanistan wurde zum Vorwand, um darüber hinweg zu täuschen, daß der eigentliche Großangriff auf die Entspannung nicht Ende Dezember 1979 am Hindukusch, sondern – in unverantwortlicher Zurückweisung der sowjetischen Abrüstungsinitiative Leonid Breschnews vom 6.10.1979 in Berlin – auf der Brüsseler NATO-Ratstagung am 12. Dezember 1979 gefahren worden war.

Mit den Brüsseler NATO-Beschlüssen zur Produktion und Stationierung von rund 600 nuklearen Mittelstreckenraketen auf westeuropäischem Boden hatten die USA und ihre Verbündeten, voran Großbritannien und die BRD, das Entspannungsprinzip militärischen Gleichgewichts über Bord geworfen. Sie hatten damit eine grundlegende neue militärpolitische Ausgangslage in Europa geschaffen.

Die Möglichkeit eines atomaren Erstschlages der NATO oder eines begrenzten atomaren Konflikts, die schon 1978 in J. Carters Neutronenwaffen-Vorstoß angelegt war, wurde zu neuem Leben erweckt. Die ganze Unverantwortlichkeit dieser Stärkepolitik wird in einer neueren Studie des Pentagon mit dem Titel „Fähigkeiten am Persischen Golf“ offenbar. Darin wird empfohlen, zum „Schutz“ dieser US-„Interessensphäre“ die Androhung oder sogar den Einsatz taktischer Atomwaffen zu erwägen.⁷

Längst vor dem Ausbruch der Afghanistankrise (27./28.12.1979) auch hatte die Carter-Administration tatkräftig die Zuspitzung der weltpolitischen Situation vorangetrieben. Im September 1979 hatte sie mit ihrer Kampagne gegen eine angebliche sowjetische Kampfbrigade auf Kuba und mit provokatorischen Manövern vor der kubanischen Küste die Lage verschärft, zugleich die Ratifizierung von SALT II durch

Globales Pakt- und Stützpunktnetz der USA

Militärstützpunkte der USA



Gegen Ende des 2. Weltkrieges noch versicherte US-Präsident F. D. Roosevelt, die USA beabsichtigten allenfalls zwei Jahre ihre Truppen auf europäischem Boden zu belassen. Aus den zwei sind mittlerweile 35 Jahre geworden. Und das Netz an US-Militärbasen, d.h. an Marine-, Luftwaffen-, Heeresstützpunkten und elektronischen Überwachungssystemen (zuzüglich Kriegsflootten), hat seither eine beispiellose weltweite Expansion erfahren.

Unterhielt Washington 1933 lediglich in 3 Ländern Militärbasen, so stieg diese Zahl auf 39 im Jahr 1949 und auf nochmals in etwa das Doppelte bis zum Jahr 1979. Nach Angaben der dem Pentagon (US-Verteidigungsministerium) nahestehenden US News and World Report umfaßten die in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika stationierten US-Truppen Anfang 1979 insgesamt rund 500.000 Mann, d.h. jeder vierte Militärangehörige steht heute außerhalb des Landes. Konzentrationsgebiete der US-Truppenpräsenz sind Westeuropa (etwa 300.000), Ostasien/Pazifik (rund 140.000) und der Nahe und Mittlere Osten (zu den bis zum Februar 1979 ca. 40.000 Militärangehörigen im Iran kommen hier u.a. ca. 5.000 in der Türkei und 35.000 Mann der VI. Flotte hinzu). In Lateinamerika sind nahezu 16.000 US-Soldaten stationiert.

Der euroasiatische „Sicherheitsgürtel“

Ein Ring von insgesamt 386 US-Militärstützpunkten rankt sich heute rund um das sozialistische Lager bzw. die Sowjetunion. Wie unsere Weltkarte verdeutlicht, haben wir es hier mit dem eigentlichen Konzentrationsgebiet globaler amerikanischer Militärpräsenz, mit einer systematischen Einkreisung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu Lande und zu Wasser zu tun.

Außenminister J. F. Dulles hatte im Oktober 1949 vor dem US-Senat die Notwendigkeit einer massiven eigenen Militärpräsenz neben Europa auch in der ostasiatisch-pazifischen Region behauptet, da die USA ansonsten „gegen eine Einkreisung von Osten her nicht gesichert“ seien. Folgerichtig schloß Washington eingangs der 50er Jahre eine Serie von „Sicherheitsverträgen“ mit den Philippinen, Australien, Neuseeland, Japan ab; hinzu kamen bilaterale Militärverträge mit weiteren 60 Staaten.

Mit dem interamerikanischen Pakt von Rio schufen die USA 1947 das erste Bündnisystem der Ära des Kalten Krieges. Es erachtete jede neue progressive Regierung in Lateinamerika künftig als indirekte Aggression seitens der UdSSR und drohte ihr Repressalien an. Der Aufbau einer Kette von Militärpakten rund um das sozialistische Lager, initiiert und angeführt von den USA und Großbritannien, schloß sich an. Dieser euroasiatische „Sicherheitsgürtel“ nahm seinen Anfang im April 1949 mit der Gründung der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO) in Washington, die sich von Norwegen bis zur Türkei (Beitritt 1952) erstreckte.

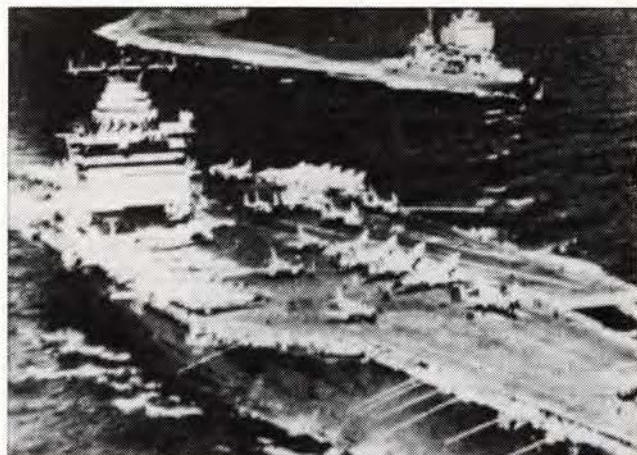
Seit 1950 mühten sich die Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich, eine sog. Verteidigungsorganisation des Mittleren Ostens zustandezubringen, welche die Anrainerstaaten der Sowjetunion (Türkei, Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan) bis hin zu Ägypten

einbeziehen sollte. Der Irak, der schließlich als einziges arabisches Land im Februar 1955 dem Pakt für Gegenseitige Hilfe (Bagdad-Pakt) beigetreten war, schied nach der Revolution von 1958 aus. Der Bagdad-Pakt wurde in Zentrale Vertragsorganisation (CENTO) umbenannt und schloß fortan die Türkei, den Iran, Pakistan, Großbritannien und – als assoziiertes Mitglied – die USA ein, nicht aber das auf seiner Neutralität beharrende Afghanistan.

In Ostasien hatte man den 1951 konstituierten ANZUS-Pakt (USA, Australien, Neuseeland) nach der Niederlage des französischen Kolonialismus in Vietnam im Jahr 1954 um die Südostasiatische Vertragsorganisation (SEATO) ergänzt. Sie vereinte die USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Pakistan, Thailand und die Philippinen unter einem Dach.

Diese Kette von Militärpakten wurde komplettiert mithilfe „schwimmender Militärbasen“, nämlich der im Mittelmeer kreuzenden VI. Flotte und der im Fernen Osten operierenden VII. Flotte der USA. Ihre Ergänzung um eine V. Flotte im Raum Indischer Ozean/Persischer Golf befindet sich derzeit im Stadium der Plandiskussion. Die Kampfkraft dieser Flottenverbände muß beeindruckend sein, denn allein die VI. Flotte umfaßte Mitte der 70er Jahre 50 Kriegsschiffe, mehrere Flugzeugträger, über 200 Kampfflugzeuge, mit Atomraketen bestückte U-Boote und 27.000 Infanteristen. Dieser euroasiatische Ring von Militärprojekten und -bündnissen der USA und ihrer anglofranzösischen Verbündeten fungierte zum einen als „Aufmarschraum“ in der Kriegsplanung gegen das sozialistische Lager. Nach Auffassung von Regierungskreisen in Washington eignet sich dabei, so berichtete die US News and World Report am 1.5.1953, speziell das nah- und mittelöstliche Gebiet als „die Ausgangsposition für die großen strategischen Pläne des Westens“. Seine Ausnutzung „als Luftstützpunkt ist ein fester Bestandteil des Kriegsplanes der Alliierten“. Und dies wegen seiner geographischen Nähe zu den wirtschaftlichen Zentren der UdSSR (Baku, Moskau), seiner dicht heranreichenden Luftwaffenbasen und seines Erdölreichtums. Zum anderen diente das Militärpakt- und Stützpunktnetz vielfach als Ausgangsbasis für Interventionen und Kriegszüge der Westmächte, die sich gleichermaßen gegen sozialistische Staaten (Korea 1950-53, Vietnamkrieg 1964-73) wie Befreiungsbewegungen bzw. nichtpaktgebundene Länder (Indochinakrieg, Libanon/Jordanien 1958, Ägypten 1956 und Ägypten/Syrien 1967) richteten.

Die US-Ölkriegsdrohungen der Jahre 1973/74 und 1979 wie die militärische Aufmarschpolitik gegenüber dem Iran zur Jahreswende 1979/80 demonstrierten die Fortdauer dieser Interventionsgefahr. Nach dem Fiasko der US-Aggressoren in Indochina war das SEATO-Bündnis 1977 zerfallen. Seither suchen die Westmächte den Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN), 1967 gegründet von Indonesien, den Philippinen, Thailand, Singapur und Malaysia, in einen prowestlichen Militärpakt umzuformen, also die von der SEATO hinterlassene Lücke aufzufüllen. Im Jahr 1979 schließlich fiel mit dem Sturz der iranischen Schah-Diktatur nicht nur ein militär-politischer Eckpfeiler in der Globalstrategie Washingtons, sondern es zerbrach auch der CENTO-Pakt, das Bindeglied zwischen NATO und Fernem Osten. Die Carter-Administration sucht dieses strategische Leck gegenwärtig durch eine massive direkte US-Militärpräsenz im Umfeld des Persischen Golfes zu schließen (siehe Beitrag zur Carter-Doktrin).



US-Kriegsflotte vor der Küste Omans

den US-Senat auf die lange Bank geschoben. Schon seit dem 4. November 1979, dem Tag der Besetzung der US-Botschaft in Teheran, hatte Washington die drastische Ausweitung der US-Militärpräsenz im Umfeld „unserer“ Ölregion in Gang gesetzt. Der Aufmarsch des größten US-Kriegsflottenverbandes im Nahen und Mittleren Osten seit 1945, begleitet von serienweisen Androhungen eines US-Ölkrigszuges gegen den Iran fand Ende November 1979 statt, also längst vor der Afghanistankrise.

Man denke auch an das, was die Carter-Administration auf ihrer geheimen Klausurtagung vom 26.-29. November 1979 in Camp David ausbrütete: Dort vereinbarte man drei mögliche Daten für eine amerikanische Invasion im Iran, wobei man auf die gleichzeitige Einschaltung „befreundeter“ iranischer Offiziere sowie auf die Hilfestellung solcher proimperialistischer Regimes wie Ägypten, Israel, Saudi Arabien, Bahrain oder Oman baute. J. Carter persönliches Resümee zu dem Camp-David-Beschluß, „Khomeini loszuwerden, ganz gleich ob die Geiseln befreit“ würden oder nicht: „Unter diesen Umständen scheint mit einer militärischen Intervention unumgänglich, wenn man das Khomeini-Regime nicht anders stürzen kann. Washington kann nicht länger mit diesen Fanatikern zusammenleben... Aber es ist entscheidend, daß dieses Regime nicht länger als noch sechs Monate hält, denn trotz der offiziellen Dementis haben wir gute Gründe anzunehmen, daß die Ereignisse im Iran und Saudi Arabien (1978/79 insgesamt 12 Putschversuche und die Mekka-Besetzung Ende November 1979; d. Red.) eng verbunden sind.“⁸

Und während die US-Drohungen mit totalem Wirtschaftsboykott, Seeblockade oder Küstenverminung gegen den Iran in aller Offenheit anhielten, wurde im benachbarten Afghanistan in verhüllter Form der Interventionismus ausgeweitet. Der Mitte Januar 1980 enthüllte „große Plan“, demzufolge mittels einer Luftlandeinvansion der afghanischen Revolution „der Garau“ gemacht werden sollte, scheiterte freilich „vorerst“ am Aufstand der Volksdemokratischen Partei gegen das Amin-Regime und am sowjetischen Eingreifen.⁹

Zweierlei Eingreifer in der Ölregion

Die sowjetische Entsendung eines Truppenkontingentes nach Afghanistan unterscheidet sich allerdings sehr wesentlich von Washingtons vorausgegangenem bzw. geplantem Interventionismus: Das Militärengagement der Sowjetunion erfolgte auf ausdrückliches Ersuchen seitens der Revolutionsregierungen unter N. M. Taraki/H. Amin vor und unter B. Karmal nach dem 27. Dezember 1979, während der US-Aufmarsch und -Interventionismus gegen den erklärten Willen der Regierungen des Iran und Afghanistans erfolgte. Die USA zielten auf die Liquidierung der revolutionären Prozesse in beiden mittelöstlichen Ländern, wohingegen die UdSSR deren Verteidigungsfähigkeit gegen diese reale äußere Bedrohung absichern half.

Die USA haben ferner im Stile alter Kolonialpolitik die mittelöstliche Ölregion zu ihrem ureigenen „Interessengebiet“ erklärt, nicht so die Sowjetunion. Die Ölkriegsdrohungen, d.h. der Anspruch fremdes Erdöl in dieser Region gegebenenfalls mit Gewalt zu erobern, stammt nicht aus sowjetischem Munde, sondern aus dem Munde der angloamerikanischen Ölmultis und NATO-Repräsentanten. Und schließlich: Nicht die Sowjetunion (sie ist Öl- und Energieselbstversorger), sondern die Westmächte stecken in einer Öl- und Energiekrise und sie beziehen einen Großteil ihres Rohöls aus dem Nahen und Mittleren Osten. Das Gerede von der „sowjetischen Bedrohung“ der arabisch-iranischen Ölfelder dient folgerichtig nichts anderem als der Ablenkung von der eigenen, der westlichen Ölkriegsplanung.



US-Verteidigungsminister H. Brown bei der Inspizierung chinesischer Panzer

Die Tatsache, daß die Sowjetunion oder Kuba das Eintreten für eine Vertiefung des Entspannungsprozesses (u.a. Übergang zur militärischen Entspannung bzw. Abrüstung) verbinden mit – wohlgerne erbetener! – internationalistischer Hilfeleistung für bedrohte Revolutionen, aber hat nichts mit dem neokolonialistischen Expansionsstreben der USA gemein. Die Truppenkontingente der sozialistischen Länder haben nichts gemein mit jener auf die „Eindämmung“ von Befreiungsrevolutionen abgestellten US-Eingreiftruppe, die gleichfalls längst vor dem 27./28. Dezember 1979 beschlossene Sache war.

Bereits im September 1979 hatte die Carter-Administration die Einrichtung eines Sonderstabes in Key West (Florida) angeordnet, dessen Auftrag auf Kontrolle über den Karibikraum lautet. Ende 1979 drohte man für den Fall einer Wiederholung des nikaraguanischen Revolutionsbeispiels in El Salvador unverblümt eine Invasion dieser Eingreiftruppe an. Ähnliches verheißt jener sog. „Krisenbogen“ den Sicherheitsberater Z. Brzezinski von Äthiopien über den Iran bis nach Indochina spannte (bei F. J. Strauß reicht er gar bis zum Südlichen Afrika). An ihm entlang, so die beiden Kalten Krieger im Chor, sei das „Umsichgreifen des sowjetischen Expansionismus“ und die Gefahr der „proletarischen Revolution“ (derart F. J. Strauß über den Iran) besonders akut, also eine aktive westliche „Sicherheitspolitik“, sprich Militärpräsenz und Intervention, unverzichtbar.¹⁰

Das Auffrischen der Legende einer „sowjetischen Bedrohung“ der Entspannung oder der Völker der Dritten Welt anhand des Afghanistankonflikts dient letztlich alleine den abenteuerlichen Zielen eben jener Kräfte, die selbst das Risiko eines 3. Weltkrieges einkalkulieren, ihn verharmlosen oder ohnehin für „unvermeidlich“ erklären. Und gerade darin liegt die außerordentliche Gefahr des Paktes der NATO-Mächte 1979 mit China, der jetzt mit dem Besuch von US-Verteidigungsminister H. Brown in Peking auf das Feld der militärischen Kooperation ausgedehnt worden ist. Chinas Aggression gegen Vietnam im Februar/März 1979, seine Ankündigung einer baldigen „zweiten Lektion“ und die chinesisch-amerikanische Allianz gegen Afghanistan (siehe die demonstrativen Grenzvisiten Huang Huas und Z. Brzezinskis in Pakistan vom Januar/Februar 1980!) haben dies unter Beweis gestellt.¹¹

Die Pekinger Führung hat daran, indem sie sich die Carter-Doktrin zueigen machte, keinen Zweifel gelassen. Doch ihr ist Carters „Antwort“ auf die „sowjetische Invasion in Afghanistan“ noch nicht hinreichend, da es gelte, „den globalstrategischen Aufmarschplan (der Sowjetunion) zu vereiteln“. Hier wird gar zu gerne übersehen, daß der „Aufmarsch“ nicht vor den amerikanischen Küsten, sondern rund um die Sowjetunion stattfindet, und zwar seitens der NATO-Mächte, Japans und Chinas. Weiter unterstellt die chinesische Interpretation: „Der sowjetischen Einfall in Afghanistan hat die Spannung in der Welt verschärft, und die

Gefahr eines Krieges ist gewachsen. Doch es ist immer noch möglich, den Ausbruch eines neuen Weltkrieges hinauszuzögern(!)...¹²

Die Pekinger Führer suchen so die Forderung nach einer „Weltfront“ gegen die Sowjetunion zu rechtfertigen, während selbst imperialistische Repräsentanten wie Couve de Murville oder der amerikanische Schöpfer der „Eindämmungs“-Doktrin G. F. Kennan die Raketenpolitik Carters sowie seine unverhältnismäßige Eskalierung der Iran- bzw. Afghanistankrise als Hauptgrund für die Zuspitzung der aktuellen Weltlage benennen. „Die sowjetische Besetzung Afghanistans“, so konstatiert G. F. Kennan, „braucht an sich keine ernste Bedrohung des Weltfriedens darzustellen... Auch spricht nichts dafür, daß diese offensichtlich aus defensiven(!) Erwägungen unternommene Aktion als Auftakt zu weiteren militärischen Abenteuern etwa gegen Pakistan oder Iran gedacht ist“.¹³

Afghanistanhilfe – eine „defensive Aktion“!

In der Tat ging die wirkliche „Bedrohung“ des Weltfriedens, geht der Angriff auf die Entspannung und die revolutionären Kräfte vor und nach dem 27./28. Dezember 1979 vornehmlich von Washington aus. Hier hatte Präsident J. Carter am Tag des Brüsseler NATO-Raketenbeschlusses, dem 12. Dezember 1979, bereits die Rückkehr zur „Politik der militärischen Stärke“ proklamiert und einer neuerlichen (begrenzten!) „militärischen Einmischung“ das Wort geredet: „Aber wir müssen begreifen, daß nicht jeder Fall der entschlossenen Machtanwendung ein potentiell Vietnam ist.“¹⁴

Die Carter-Doktrin des 23. Januar 1980 ist insofern der Versuch, die alten Eindämmungsstrategien unter einem für die US-Weltherrschaftsziele wesentlich ungünstigeren internationalen Kräfteverhältnis erneut zu praktizieren. Daraus resultiert im wesentlichen die in der Carter-Doktrin zum Ausdruck kommende wachsende Abenteuerlichkeit und Unberechenbarkeit der imperialistischen Globalstrategie. Daß es die US-Administration ernst meint, davon zeugt die Druckausübung auf realistischere Führungskreise in Westeuropa oder Japan, die Carter-Doktrin zumindest arbeitsteilig mitzutragen (zu den innerimperialistischen Widersprüchen und der Rolle der BRD folgt in Kürze eine gesonderte AIB-Einschätzung). Davon zeugt der weitere Ausbau der NATO-Kooperation mit China. Und davon zeugt schließlich die forcierte militärische Präsenz der USA im Nahen und Mittleren Osten wie dem Indischen Ozean.

Die derzeit 21 Kriegsschiffe im Persischen Golf (Bahrain) und dem Arabischen Meer geben das Gerüst für eine V. Flotte der USA im Indischen Ozean ab. Die US-Aufrüstungsprogramme für die Türkei und Pakistan, der Erwerb neuer bzw. der Ausbau traditioneller US-Militärbasen in Diego Garcia (britische Insel im Indischen Ozean), in Oman (Masira), Somalia (Berbera), Kenia (Mombasa), Israel (Haifa) oder in Ägypten zeigen an, daß hier der Konzentrationspunkt des neuen Interventionismus liegen dürfte. Doch wird die US-Eingreiftruppe (Finanzierungsbudget: 10 Mrd Dollar) gerade gegen andere revolutionäre „Krisenzentren“ wie das Südliche Afrika, den Nahen Osten oder Mittelamerika in Bewegung gesetzt werden.

Von J. Carters frommen Verheißungen im Januar 1977¹⁵, darunter die Reduzierung der internationalen US-Militärpräsenz, Abrüstung, Senkung der Waffenexporte, friedliche Lösungen, Nichtweiterverbreitung von Nukleartechnologie (z.B. an Pakistan, Südafrika), der Menschenrechtsfeldzug (siehe die Stützung der Schah- oder Somozadiktatur bis zum letzten), ist vorgesehen im Jahr 1980 wenig übriggeblieben.

Seine damalige ideologisch-politische Herausforderung hat sich zur militärpolitischen Herausforderung, zur offenen Konfrontation gewandelt – eine globale Bedrohung, welche der gemeinsamen Gegenaktion der internationalen Friedensbewegung, des antiimperialistischen und sozialistischen Lagers und der nationalen Befreiungsbewegungen bedarf. Zweifellos birgt für sie alle die Carter-Doktrin große Gefahren. Ihre Durchsetzung aber ist verhinderbar.

Anmerkungen:

- 1) Voller Wortlaut der Carter-Rede in: US News and World Report, Washington, 4.2.1980, S. 73-76
- 2) Zit. nach: D. Horowitz, Kalter Krieg, Westberlin 1976, S. 55-77
- 3) Zum Werdegang und den Antriebskräften der Nichtpaktgebundenen siehe detailliert: AIB, Nr. 11-12/1979, S. 4-18
- 4) Vgl. H. Magdoff, Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt 1970, S. 108 und 135; F. Büttner (Hrsg.), Sozialer Fortschritt durch Entwicklungshilfe, München 1972, S. 57; S. Weismann (Hrsg.), Das Trojanische Pferd. Die 'Auslandshilfe' der USA, Westberlin 1975, S. 147-156
- 5) Zit. nach: Middle East Annual Review 1978, London 1978, S. 17
- 6) Vgl. dazu u.a.: G. Matthiesen, Sowjetische Initiativen für Entspannung und Abrüstung, in: W. Abendroth u.a., Oktoberrevolution 1917, Frankfurt 1977, S. 81 ff. und G. Kade/G. Matthiesen (Hrsg.), „Nachrüsten“, „Vorrüsten“ oder Abrüsten? Köln 1979, S. 7 ff.
- 7) Die Welt, 3.2.1980
- 8) Zit. nach: Afrique Asie, Paris, 10.-23.12.1979
- 9) Siehe detailliert: AIB, Nr. 2/1980, S. 4-11
- 10) So in: Time, New York, 14.1.1980 und Welt am Sonntag, 9.12.1979
- 11) Siehe dazu ausführlich: AIB, Nr. 4/1979, 1/1980 und Sonderheft 1/1980
- 12) Beijing Rundschau, Peking, Nr. 5/5.2.1980, S. 9 und 11
- 13) Die Zeit, 11.1.1980
- 14) Amerika Dienst, Bonn, 19.12.1979, S. 2
- 15) Siehe zu J. Carters Antrittsprogramm vom Januar 1977: US News and World Report, 28.1.1980; AIB, Nr. 11/1977



F. J. Strauß und die Weltpolitik der CDU/CSU

AIB-Sonderheft 1/80

Unser Beitrag zur Kampagne „Stoppt Strauß!“

Hauptbeiträge:

Reinhard Kühnl, Konzeption und Funktion des F. J. Strauß
● Rainer Falk, Weltpolitik und Entwicklungspolitik der CDU/CSU
● Jürgen Ostrowsky, Kontinuität imperialer Afrikapolitik
● José Soto, CDU/CSU – Stütze der chilenischen Militärjunta
● Jürgen Reusch, F. J. Strauß und die „chinesische Karte“
● Jutta von Freyberg, „Orkan der Barmherzigkeit“ gegen Vietnam

Dokumentarisches: Strauß über Weltpolitik, Pinochet, Anti-Apartheid-Jahr, die „Freunde in Togo“, Hua Guo-feng; Todenhöfer über US-Eingreiftruppe und Ölkrieg; Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung

Das Sonderheft hat 44 Seiten und kostet 2,-DM. Bestellen Sie, bevor die Startauflage vergriffen ist! Benutzen Sie die Bestellkarte in der Mitte dieses Heftes!

Die Ölkrise des Jahres 1979 bewog die einen zu der Feststellung, das „Ende der Ölzeit“ (Spiegel-Serie) sei nun angebrochen. Andere pflichteten der Orientierung der Carter-Administration bei, die Zukunft der „freien Welt“ müsse notfalls durch Einsatz militärischer Gewalt in der arabisch-iranischen Ölregion sichergestellt werden. Denn, so der verhohlene Ölkriegs-Sympathisant F.J. Strauß in seiner Aschermittwoch-Rede 1979 (Wortlaut in AIB-Sonderheft 1/1980), „hier wird die Zukunft der Welt entschieden, hier wird nämlich entschieden, wer den Ölhahn in der Hand hat. Und wer den Ölhahn in der Hand hat..., der entscheidet über die Herrschaft der Welt, wer den Ölhahn in der Hand hat, der hat ein Druck- und Drohmittel in der Hand. Wer den Ölhahn in der Hand hat, der entscheidet darüber, ob die Europäer in Frieden und Wohlstand und gesicherter Zukunft leben können oder ob Europa auch zum Krisenherd wird“.

In der Tat ist der „Verteilungskampf ums Öl“ (Bundeskanzler H. Schmidt) in den 70er Jahren zu einer Schlüsselfrage der Weltwirtschaft und Weltpolitik geworden. Betroffen ist die Masse der Bevölkerung, die die Rechnung für den stetigen Anstieg der Preise für Heizöl, Benzin usw. zu begleichen hat. Sie auch wäre betroffen im Fall eines Ölkrieges der Westmächte gegen die Ölländer des Nahen und Mittleren Ostens, der die Gefahr eines neuen Weltkrieges in sich bergen würde. Warum dies so ist, welche Bedeutung dem Erdöl heute und in naher Zukunft zukommt, welche Ursachen der Öl- und Energiekrise zugrundeliegen, welche Auswege zur Diskussion stehen – diesen und anderen Fragen wollen wir in AIB 3-5/1980 nachgehen. Der in diesem Heft gesonderten Vorstellung der Ölmultis soll in AIB 4 und 5/1980 die Einschätzung der Politik der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) und der westlichen Gegenstrategien folgen.

Wolfram Brönner/Paul Maaskola

Die Ölkrise – Werk der OPEC? (1. Teil)



Wie schon bei der ersten Ölkrise 1973/74 schienen auch im Fall der zweiten Ölkrise des Jahres 1979 bei oberflächlichem Hinschauen die relativ starke Anhebung der Rohöl-Richtpreise seitens der OPEC und eine von den iranischen Revolutionsereignissen herrührende angeblich dramatische Öllücke die eigentlichen Krisenursachen zu sein. In der Tat sanken infolge von Erdölarbeiterstreiks im Zeitraum von November 1978 bis Februar/März 1979 die Ölexporte dieses zweitwichtigsten OPEC-Landes unter 20% der iranischen Normalmenge.

Daraus machte der bundesdeutsche Mineralölwirtschaftsverband, die Dachorganisation der hiesigen Ölkonzerne, die verbreitete Legende der neuen Ölkrise: „Fünf Jahre nach dem Ölschock 1973 ist den westlichen Industrieländern durch die Ereignisse im Iran erneut die Verwundbarkeit ihrer Ölversorgung deutlich geworden. Aus der Situation einer weltweit reichlichen Versorgung mit Rohölen in den letzten Jahren entstand innerhalb weniger Wochen eine Rohölknappheit.“¹ CDU/CSU-Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß steuerte in der Energiedebatte des Bundestages im Juni 1979 die Vision bei, dank der Revolution im Iran, der Abhängigkeit vom mittelöstlichen Öl und dank der Ungelöstheit der arabisch-israelischen Frage stünde man nun am Rande des Abgrundes bzw. „vor der dritten großen Krise dieses Jahrhunderts“.²

Diese Panikmache zielte nicht zuletzt darauf, eine Ölkriegs-Lösung, offen propagiert von US-Verteidigungsminister Harold Brown und dem developmentpolitischen Sprecher

der CDU/CSU Jürgen Todenhöfer³, hierzulande salonfähig zu machen.

Im Frühjahr 1979 bestätigten General Bernard C. Rogers, neuer NATO-Oberbefehlshaber in Brüssel, US-Generalstabschef E. C. Meyer und Carters Sicherheitsberater Z. Brzezinski die Aufstellung einer amerikanischen Eingreiftruppe von 100.000-110.000 Mann, die in Wüstenkriegs-Manövern speziell für einen Ölkrieg im Umfeld des Persischen Golf getrimmt werde. Im Juli 1979 hatte die Carter-Administration die geplante Erweiterung der direkten US-Militärpräsenz in dieser ölreichsten Region der Welt (siehe Tabelle 1) publik gemacht: gedacht sei – so hieß es da – an ein Aufstocken der US-Luftwaffen- und Kriegsflottenpräsenz von 3 auf 5 Kriegsschiffe im Persischen Golf. Mit der Zuspitzung der Irankrise und der Verkündung der Carter-Doktrin zur Jahreswende 1979/80 hat sich die Gefahr einer militärischen Eskalation weiter erhöht (siehe detaillierter: Beitrag zur Carter-Doktrin in diesem Heft).

Kurs auf den Ölkrieg

So abenteuerlich diese imperialistische Variante zur Krisenlösung sein mag, so untauglich ist sie auch, das zugunsten des sozialistischen Lagers und der Befreiungsbewegungen gewandelte Kräfteverhältnis wieder umzukehren. Auch durch Kriegsandrohungen dürfte es kaum gelingen, den in den 70er Jahren erlittenen Machtverfall der Westmächte gegenüber den Ölländern ungeschehen zu machen.

Das Beispiel des Iran illustrierte gerade diese Ohnmacht ihrer Interventionsgelüste. Denn weder die direkte US-Militärpräsenz und optimale Hochrüstung des Schah-Regimes noch die schließlichen Invasionsdrohungen Washingtons konnten den iranischen Volkssieg im Februar 1979 aufhalten. Genausowenig gibt es im benachbarten Schlüsselstaat Saudi Arabien, wo man erst im Mai 1979 einen Putschversuch registrierte, eine Garantie für den Bestand des prowestlichen Feudalregimes: Zuletzt im November/Dezember 1979 wurde dort ein Putschversuch – der zwölfte innerhalb der letzten 2 Jahre – vereitelt, und dies auch nur Dank des Blitzeinsatzes französischer Elitetruppen.⁴

Westliches Risiko: die arabische Ölwanne

Das nach 1973/74 von der US-Administration propagierte Roll Back der von den arabischen Ölländern eroberten Gegenmachtpositionen fand ungeachtet aller Pressionen nicht statt. Gleiches gilt für das damals offen angesteuerte Auseinanderbrechen der OPEC und das Hoffen, die Ölländer könnten von sich aus auf den kollektiven Interessenkampf gegen die internationalen Ölkonzerne verzichten. Und schließlich scheint es höchst zweifelhaft, ob die US-Ölkriegsdrohungen die Wiederanwendung der arabischen Ölwanne im Nahostkonflikt gegebenenfalls zu vereiteln vermöchten.

Im Oktober 1973, während des 4. Nahostkrieges, hatten die arabischen Ölländer Lieferbeschränkungen gegen Israel westliche Hauptverbündete verhängt und die Rohölpreise drastisch erhöht. Damit nahm die erste Ölkrise ihren Lauf. Mit der Stärkung der arabischen Front im Nahostkonflikt durch die iranische Volksregierung wäre heute jedenfalls eine noch effektivere Anwendung eines Ölembargos gegen die USA und andere NATO-Mächte als im Jahr 1973 machbar. Im Falle einer militärischen Besetzung der arabisch-iranischen Ölfelder aber wäre es den Überfallenen ein leichtes, diese zu sprengen.

Mit Sicherheit wäre der Stopp des Ölzuflusses aus dieser Region auf absehbare Zeit nicht durch andere Energieträger aufzufangen, eine Lähmung des Produktionsprozesses, Verkehrssystems usw. in den kapitalistischen Industriestaaten die unweigerliche Folge (zur Interessenlage der Ölländer siehe ausführlich Teil II des Beitrages in AIB 4/1980).

Das in der ersten Hälfte der 70er Jahre veränderte Kräftever-



Ölkrriegs-Manöver von US-Marineinfanteristen in der Wüste Mojave (Kalifornien)

Tabelle 1
Erdölreserven, Förderung und Raffineriekapazität der Welt (1978)

	Erdölreserven		Förderung		Raffineriekapazität	
	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%
Saudi Arabien	20350	23,2	410	13,4	24	0,6
Iran	8410	9,6	255	8,3	46	1,2
Irak	4630	5,3	115	3,8	8	0,2
Kuweit	9220	10,5	110	3,6	36	0,9
Venezuela	2600	3,0	108	3,5	72	1,8
Libyen	3290	3,7	95	3,1	7	0,2
Nigeria	2540	2,9	95	3,1	8	0,2
VA Emirate	4115	4,7	89	2,9	1*	0,0*
Indonesien	1360	1,5	82	2,7	26	0,7
Algerien	850	1,0	59	1,9	6	0,1
Qatar	730	0,8	23	0,8	0,5	0,0
Gabun	280	0,3	11	0,4	1	0,0
Ekuador	210	0,2	10	0,3	5	0,1
OPEC	58585	66,7	1462	47,8	240	6,1
Arabischer Raum und Iran	54641	62,2	1213	39,7	173	4,4
Kapitalistische Industrieländer	8183	9,3	657	21,5	2293	58,5
China	2740	3,1	105	3,4	79	2,0
Sozialistische Staaten-gemeinschaft	10608	12,1	592	19,4	673	17,2
Übrige Entwicklungsländer						
davon Mexiko	1970	2,2	63	2,1	62	1,6
Welt	87850	100	3056	100	3919	100

*)1977

(Quellen: Deutsche BP (Hrsg.), Zahlen aus der Mineralölwirtschaft, Hamburg 1979; Esso AG (Hrsg.), Oeldorado 78, Hamburg 1979; Mineralölwirtschaftsverband (Hrsg.), Jahresbericht 1978, Hamburg o.J. (1979); eigene Berechnungen)

hältnis zwischen erdölexportierenden Entwicklungsländern einerseits, Ölkonzernen und imperialistischen Staaten andererseits, erwies sich als Antriebsmoment sowohl für die Strukturkrise der internationalen kapitalistischen Rohstoffwirtschaft als auch für die Weltenergiewirtschaft. Die Ölkrise mündete in die bislang tiefste Krise der kapitalistischen Energiewirtschaft ein. Doch wo lagen die strukturellen Ursachen?

Systemursachen der Öl- und Energiekrise

Noch im Jahr 1957 behauptete die Kohle mit einem Anteil von 50% am Weltenergieverbrauch klar die Spitzenposition vor Erdöl mit 33% und Naturgas mit 12% (Kernenergie: keine). Anders im Jahr 1977, wo die Weltenergiebilanz das Erdöl mit 44% als dominierend ausweist, gegenüber Anteilen der Kohle von 30%, des Naturgases von 17% und der Kernenergie von 2,9%. In den kapitalistischen Zentren stieg das Gewicht des Erdöls am Gesamtenergieverbrauch noch stärker an: In den Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) betrug er 1977 53,9% (BRD rund 53%, Frankreich gar 60% im Jahr 1978), in den USA 47,2% (1976) und in Japan 73% (1978).

Das ging einher mit einer vertieften Öl- und Energieabhängigkeit von den Importen aus den OPEC-Staaten, ein Trend, der sich bis zum Ende der 70er Jahre noch verstärkt hat und bis 1985 kaum vermindern dürfte. Im Jahr 1978 erreichte der Anteil der Ölimporte aus OPEC-Quellen am Ölverbrauch der kapitalistischen Industrieländer durchschnittlich 65%,

an ihrem Gesamtenergieverbrauch 36%. Selbst die USA, deren heimische Erdölförderung 1950 noch über die Hälfte der Welterzeugung ausmachte und die bis zu den 60er Jahren noch zu den Erdölexporteuren zählten, importierten 1978 fast die Hälfte ihres Ölverbrauches: im Zeitraum 1973-78 stieg ihr Importanteil am Ölverbrauch von 26% auf 43%. Nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur werden die USA bis zum Jahre 1985 in absoluten Zahlen nach Japan auch die EG-Staaten überflügeln.⁵

Die Ursache für eine derart dramatische Vertiefung der Ölimportabhängigkeit und für den Strukturwandel der Energiewirtschaft der imperialistischen Länder ist einesteils in den zahlreichen technologischen und wirtschaftlichen Vorteilen des Erdöls (niedrigere Kosten für Produktion, Transport, höherer Heizwert u.a.m.)⁶ zu suchen. Daher vernachlässigte man die Nutzung der – gerade in den USA und Westeuropa riesigen – Kohlevorkommen und deren technologische Weiterentwicklung: Im Widerspruch zur gegenwärtigen Energieverbrauchsstruktur bestehen nämlich die bekannten fossilen Energievorräte heute zu 81% aus Stein- und Braunkohle (Verbrauch 33%) und nur zu 17% aus Mineralöl (Verbrauch 46%).⁷

Andernteils geht der Strukturwandel auf die verlangsamte bzw. schrumpfende heimische Produktion an Energieträgern zurück, eine Folge insbesondere der profitorientierten Strategie des marktbeherrschenden internationalen Erdölkartells, der sog. 7 Majors: Exxon (Esso), Royal Dutch/Shell, Texaco, Mobil Oil, Standard Oil of California (Chevron), British Petroleum und Gulf Oil. Da die Förder- und Erkundungskosten auf dem Territorium der USA das 17- bis 37fache der Kosten im Bereich des Persischen Golfes ausmachen, verlagerten die angloamerikanischen Ölkonzerne ihre Tätigkeit seit den 50er Jahren vorrangig in die Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die erstrebte Steigerung ihrer Profitrate trieb sie zu diesem Standortwechsel an.

Die Folge: Anfang der 70er Jahre förderten die amerikanischen Majors in den USA nurmehr 15% ihres Rohöls, in den OPEC-Ländern hingegen rund 70%.⁸ Die mit ihrer Expansion im arabisch-iranischen Raum in den 50er und 60er Jah-

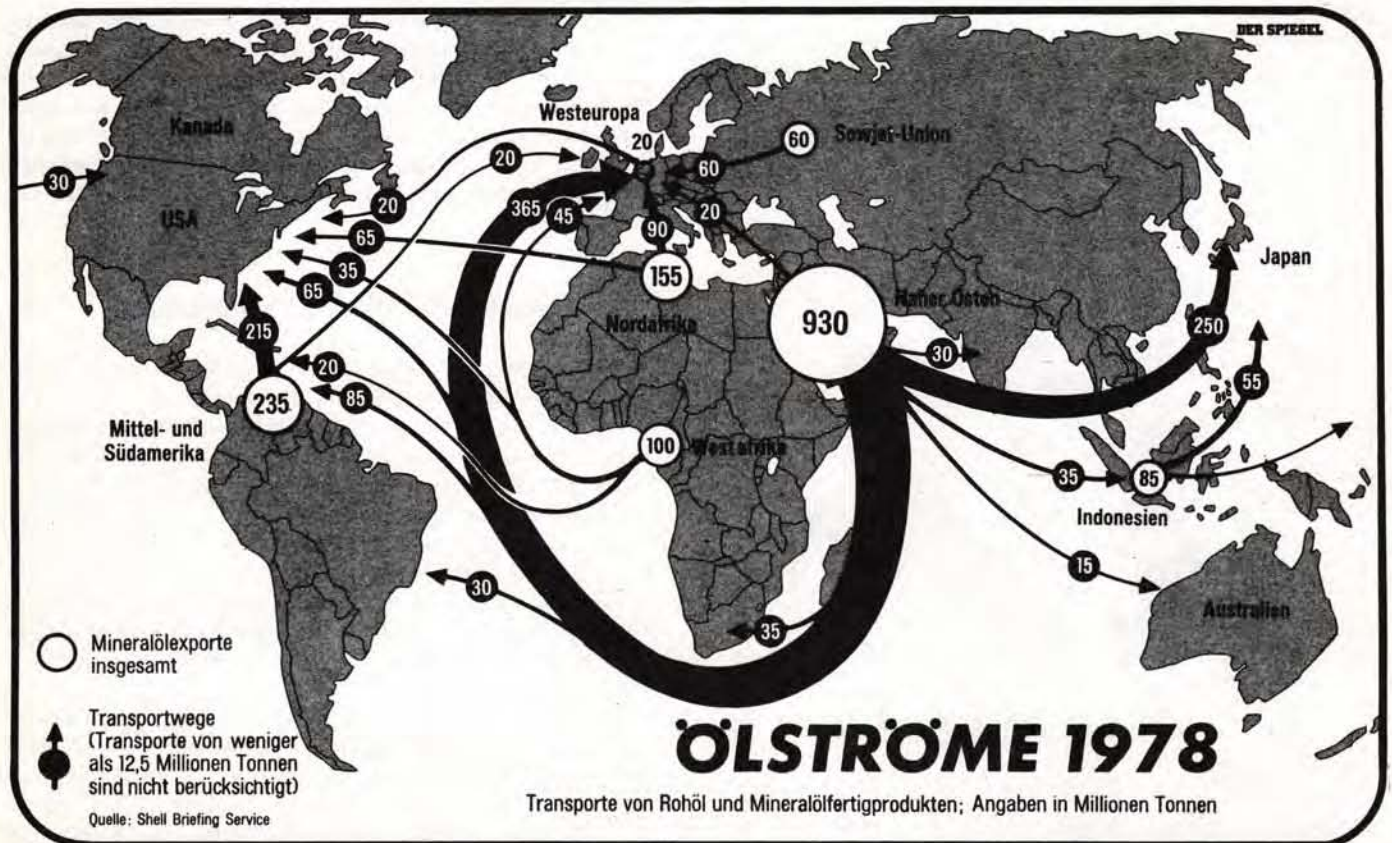
ren erwirtschafteten Extraprofite ermöglichten es den Ölmultis, mit niedriggehaltenen Brennstoffpreisen (Heizöl!) auf den Energiemärkten Westeuropas und Japans die Kohleprodukte niederzukonkurrieren. Die Strukturkrise des Steinkohlebergbaus nahm ihren Lauf, zumal die kurzfristige Energiepolitik der westlichen Regierungen die Verdrängungsstrategie der angloamerikanischen Ölmultis ermunterte. Damit aber vertrauten die Westmächte auf einen langfristigen reibungslosen Zustrom billigen Rohöls aus dem Nahen und Mittleren Osten, schmartzten sie am quasikolonialen Raubzug der Konzerne.⁹

Versiegen die Ölquellen bis zum Jahr 2000?

Wie aber steht es mit den gesicherten und potentiellen Weltenergievorräten und dem für das 21. Jahrhundert zu erwartenden Weltenergiebedarf?

Einer neueren Prognose der internationalen Arbeitsgruppe Werkstätte Alternativer Energiestrategien (WAES, ihr gehörten Experten aus 18 Entwicklungsländern und kapitalistischen Industriestaaten an) zufolge dürfte sich bis zum Jahre 2000 der Energieverbrauch der nichtsozialistischen Welt verdoppeln (Ausgangsjahr 1972). Mitte der 70er Jahre belief sich der Energieverbrauch in t Öleinheiten pro Kopf im Weltdurchschnitt auf 1,5, in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft auf 3,68, im Land der größten Energieverschwendung, den USA, gar auf 8,5. Die WAES-Studie sagt nun für das Jahr 2000 einen Anteil des Erdöls von ca. 30%, der Kernenergie von 14-21%, der Kohle von rund 25% voraus. Das Erdöl bliebe demnach weiter vorn.¹⁰

Insofern muß der Ausbruch der Ölkrise in den 70er Jahren als eine Folgeerscheinung tiefgreifender Disproportionen gesehen werden. Zum einen war er Ausfluß der widerspruchsvollen Energie- und Rohstoffsituation des Westens, seiner völlig einseitig auf multinationale Konzerne zugeschnittenen Strukturveränderungen in der Energiewirtschaft. Zum zweiten war er Ergebnis des zeitlichen Zusammentreffens einer extremen Importabhängigkeit der kapitalistischen Industriestaaten ausgerechnet bei ihrem wichtigsten Energieträger,





Ölraffinerie in Saudi-Arabien

dem Öl, mit der Erschütterung der vormals übermächtigen Position des internationalen Erdölkartells. Die von den arabischen Staaten im Oktober 1973 aus politischen Motiven heraus verhängten Ölsanktionen trieben diese Krisenprozesse lediglich auf die Spitze.

Zusammengefaßt: Die Öl- und Energiekrise drückt sich aus in einem rapiden Anstieg der Preise für Rohöl und raffinierte Ölprodukte, in einer auf längere Sicht relativen Verknappung der Versorgung der westlichen Hemisphäre mit billigen Energieträgern. Gemeinsam war der Zuspitzung der Energiekrise 1973/74 und 1979 die jeweils abrupte Erhöhung der Ölpreise. Während die Ölkrise 1973/74 eine vorübergehende Unterbrechung der Erdölversorgung der westlichen Zentren brachte, leitete die Ölkrise 1979 eine längerfristige relative Verknappung und erhöhte Labilität ihrer Öl- und Energieversorgung ein. Es zeichnet sich somit auf längere Sicht eine angespannte Versorgungslage auf den kapitalistischen Öl- und Energiemärkten ab, die hervorgerufen wurde vornehmlich durch das Zusammenfließen struktureller Widersprüche in der Weltenergiewirtschaft mit politischen Veränderungen zu ungunsten des „Ölperialismus“. Das auch nach 1973/74 anhaltende Versäumnis der kapitalistischen Industriestaaten rechtzeitig alternative Energieträger in breiterem Umfang zu entwickeln, verstärkt noch ihre Versorgungsengpässe in der Energiebilanz.

Eine jährliche Wachstumsrate des Energieverbrauchs von 2-3% vorausgesetzt, wird heute im allgemeinen geschätzt, daß alle derzeit nachgewiesenen Vorräte an den fossilen Brennstoffen Erdöl, Erdgas und Kohle zusammengenommen

den Gesamtenergiebedarf zumindest für rund 100 Jahre zu decken vermöchten. Sie sind allerdings ergiebiger, bedenkt man die in nächster Zeit zu erwartenden effektiveren technologischen Nutzungsmöglichkeiten; hierbei ist u.a. an die Erhöhung des Entölungsgrades (gegenwärtig werden die Erdölfelder nur zu 25% entölt bzw. ausgeschöpft, d.h. 75% des zu fördernden Rohöls bleiben im Schnitt ungenutzt), an die breite Ausbeutung von Ölsanden und Ölschiefer oder an die Weiterentwicklung von Kohleverflüssigungsverfahren zu denken. Alleine die heute bekannten Reserven an Ölsanden in Nordamerika und Venezuela sollen das mindestens Neunfache der derzeit gesicherten Erdölvorräte betragen.¹¹ Die potentiellen Energiere Ressourcen reichen freilich noch un-absehbar darüber hinaus. Zunächst einmal muß mit weiteren Entdeckungen ausgedehnter Erdöllagerstätten und ganz besonders mit einer Expansionsfähigkeit der Meeresölförderung gerechnet werden. Optimistische Schätzungen gehen dahin, daß die gesamten Ölreserven so gesehen an die 250 Jahre reichen könnten.

Von einem angeblichen baldigen „Versiegen“ der Ölquellen, das die Atomlobbyisten so gerne weismachen möchten, kann daher keine Rede sein. Wir haben es lediglich mit einem „Versiegen“ des billigen, d.h. quasikolonial angeeigneten Öls und damit zu tun, daß die Veränderungen im Energiebereich das kapitalistische System unvorbereitet traf. Allerdings steht dem beschleunigten Übergang zu diesen – gegenüber dem Erdöl alternativen – Energieträgern das privatkapitalistische Profitmotiv der Konzerne im Wege, die sich vornehmlich an niedrigsten Förderkosten, Transportkosten und Weltmarktpreisen für Energieträger orientieren. Und die Förderkosten für Erdöl lagen 1979 noch beträchtlich unter denen für andere Energieträger (siehe Tabelle 2). Andererseits macht die zu erwartende Weitererhöhung der Weltmarktpreise für Rohöl einen allmählichen Übergang wahrscheinlicher.

Die Dringlichkeit einer Reduzierung des Erdölverbrauchs bleibt indes so oder so bestehen: Angesichts der nicht unbegrenzten Verfügbarkeit und der künftig wesentlich höheren Kosten des Erdöls sollte seine Verwendung als Energieträger unbedingt zugunsten des hohen Bedarfs am Rohstoff Erdöl in der petrochemischen Industrie und in ihr beigeordneten Industriezweigen reduziert werden. Zum vorrangigen Verheizen ist das Erdöl zu schade und relativ zu knapp.

Die Öl- und Energiekrise darf schließlich nicht losgelöst von anderen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen des kapitalistischen Weltsystems gesehen werden. Die seit Anfang der 70er Jahre zwischen den drei imperialistischen Zentren USA, Westeuropa (EG) und Japan verstärkten Ungleichgewichte in der Industrieproduktion und in den Handelsbilanzen, die Inflation, das Absinken des wirtschaftlichen Wachstums, die Währungs- und Umweltkrise verschärfen die kapitalistische Energiekrise. Umgekehrt gab diese den Inflationstrends, den Währungsschwierigkeiten der Ölimportländer oder Zahlungsbilanzproblemen neuen Auftrieb.¹²

Tabelle 2
Produktionskosten für Primärenergieträger 1979
(umgerechnet in Dollar pro Barrel* Öleinheit)

Erdöl im Nahen und Mittleren Osten	0,25-1,0 Dollar
Nordsee-Öl	7-12 Dollar
US-Kohle	3-5 Dollar
Westeuropäische Kohle	10-15 Dollar
Verflüssigtes Import-Naturgas (USA)	10-23 Dollar
Flüssigbrennstoffe aus Ölsand	15-25 Dollar
Flüssigbrennstoffe aus Ölschiefer	15-35 Dollar
Flüssigbrennstoffe aus Kohle (USA)	30-37 Dollar

* 1 Barrel = 159 Liter

(Quelle: OPEC Bulletin, Wien, Nr. 27/9.7.1979, S. 18)

Der Ölkrise des Jahres 1979 lagen neben den bereits skizzierten langfristigen Disproportionen der kapitalistischen Weltenergiewirtschaft auch kurzweilig zur Jahreswende 1978/79 wirkende Faktoren zugrunde. Worin bestehen diese Faktoren?

Durch den Konjunkturaufschwung in den führenden kapitalistischen Industriestaaten, ausgenommen die USA (hier setzte gerade eine neue Überproduktionskrise ein), gab es zu diesem Zeitpunkt eine gesteigerte Nachfrage auf den Energie- bzw. Ölmarkten. Der Energieverbrauch wurde zudem erhöht durch einen strengen Winter. Ferner war es im Jahr 1978 gegenüber dem Vorjahr zu einem Rückgang der Ölförderung gekommen. Hinzu trat schließlich die Verminderung des iranischen Erdölexportes, wobei die Ausfälle im Iran allerdings durch Produktionsanhebungen in anderen OPEC-Ländern (Saudi Arabien!) weitgehend ausgeglichen wurden. Daher stieg im ersten Halbjahr 1979 die Fördermenge der OPEC insgesamt um 5-6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum an.¹³ Die OPEC-Staaten zeigten sich freilich nicht bereit, die noch darüber hinaus reichende Nachfrage der westlichen Hauptimporteure zur Aufstockung ihrer geschrumpften Lagerbestände nach Belieben abzudecken.

Die ab Frühjahr 1979 verstärkt seitens der Westmächte angestrebte Auffüllung ihrer Erdöllagerbestände und die Manipulationen insbesondere seitens der angloamerikanischen Ölmultis (zu ihrer Rolle siehe nebenstehenden Kasten) aber brachten erst jene gravierende Ölverknappung hervor, die von der Internationalen Energieagentur für das gesamte Jahr

bundenes Öl gehandelt wird) inzwischen 1 Barrel Öl (159 Liter) ganze 5 Dollar mehr eintrug.¹⁴

Die Wildwest-Szenen an amerikanischen Tankstellen waren zum anderen eine Folge von drakonischen staatlichen Benzin-Hortungsmaßnahmen und – wie der US-Starjournalist J. Anderson aus geheimen Protokollen der Carter-Regierung enthüllte – von beabsichtigten Fehlleitungen des staatlichen Zuteilungssystems. Hinzu kamen die Erhöhung der Ölreserven seitens der in Paris ansässigen Internationalen Energieagentur (1974 gegründete Organisation von 20 kapitalistischen Industriestaaten) und J. Carters Importsubventionierung für Dieselkraftstoff und leichtes Heizöl im Mai 1979 mit 5 Dollar pro Barrel Öl. Dadurch wurden der Ölpreisauftrieb in Rotterdam zusätzlich verstärkt und Versorgungsengpässe in Westeuropa gefördert. Treibstoffrationierungsmaßnahmen folgten nach den USA u.a. in Frankreich und Dänemark.

Diese zusätzliche Verknappungspolitik gereichte wiederum den multinationalen Ölkonzernen, die die freien Rohölmenge auf Ölmarkten zu doppelt hohen Preisen, verglichen mit den OPEC-Richtwerten, handelten, zum Vorteil. Zudem trieben sie die Preisspanne zwischen dem Rohöl und den von ihnen vermarkteten Raffinerieprodukten, die im Zeitraum 1974-78 ohnehin 55,6% ausmachte, weiter nach oben. In der Bundesrepublik, wo die 7 Majors rund 70% des Ölmarktes kontrollieren, kletterten im Zeitraum Juni 1978 bis Juni 1979 die Endverbraucherpreise bei Benzin um über 10%, bei Heizöl um 100% (von 0,30 auf 0,60 DM pro Liter) an.

Die zweite Ölkrise des Jahres 1979 wies damit einmal mehr die angloamerikanischen Ölmultis als die eigentlichen Nutznießer und Anheizer der kapitalistischen Energiekrise aus.

(Fortsetzung folgt)

Tabelle 3
Gewinnentwicklung der 7 größten Ölmultis (1973-1979)
(in Mrd DM)

Jahr	1973	1974	1975	1977	1978	1979	1978-79	
							jeweils 1. Halbjahr	
Exxon (Esso)	6,5	7,8	6,2	5,6	2,88	3,24	+	29%
Shell	4,4	6,6	5,2	5,4	0,77	0,91	+	35%
Texaco	3,4	4,1	2,0	2,2	0,68	1,22	+	106%
Mobil Oil	2,2	2,7	2,0	2,3	1,11	1,53	+	57%
Standard Oil (Chevron)	2,2	2,5	1,9	2,4	1,04	1,38	+	52%
Gulf Oil	2,1	2,8	1,7	1,7	0,70	0,98	+	60%
British Petroleum	2,0	3,0	0,8	1,5	—	—	—	—

(Quelle: Stern, Hamburg, Nr. 42/1978; Vorwärts, Basel, 16.8.1979; eigene Berechnung)

1979 auf rund 4% geschätzt wurde. Die plötzliche Zuspitzung der Ölverknappung im ersten Halbjahr 1979 war insofern hauptsächlich eine Folge der Manipulationen der Ölkonzerne. Sie hatten die Rohölpreisanhebungen der OPEC zum Vorwand genommen, um durch künstliche zusätzliche Verknappungsmaßnahmen und unverhältnismäßige Preissteigerungen für Mineralölprodukte Sonderprofite einzutreiben. Einmal horteten die internationalen Ölkonzerne ihre Handelsvorräte, organisierten sie willentlich Versorgungsengpässe durch Schiebergeschäfte oder Bummelfahrten ihrer Supertanker. British Respect, ein Öltanker des Ölmultis British Petroleum, etwa ließ sich bei seiner Fahrt im Frühjahr 1979 vom Persischen Golf nach Rotterdam doppelt so lange Zeit; statt einem brauchte er zwei Monate. Eine der Folgen solcher Tempodrosselungen war die Erhöhung der Frachtraten. Ein zweites Schieberbeispiel lieferte Mitte April 1979 Esso Hamburg, ein Supertanker des US-amerikanischen Ölmultis Exxon, als er inmitten der prekärsten Benzinknappheit der USA seine 250.000t-Fracht Rohöl aus der Karibik über den Atlantik nach Westeuropa umlenkte, weil dort auf den sog. Spot-Märkten („freie“ Ölmarkte, auf denen wie z.B. in Rotterdam oder New York nichtkontraktge-

Anmerkungen:

- 1) Mineralölwirtschaftsverband e.V. Arbeitsgemeinschaft Erdöl-Gewinnung und -verarbeitung, Jahresbericht 1978, Hamburg o.J., S. 15
- 2) Deutschland-Magazin, Nr. 8/August 1979
- 3) J. Todenhöfers Ölkriegs-Plädoyer siehe in: AIB-Sonderheft 1/1980, S. 22
- 4) Le Point, Paris, 27.1.1980 und 25.1.1980
- 5) Zahlen nach: OPEC Bulletin, Wien, Nr. 26/2.7.1979, S. 19; OPEC Bulletin. Supplement, Implications of the New Oil Situation. World Financial Markets, by Morgan Guaranty Trust Company of New York, For Bulletin Nr. 23/11.6.1979, S. XVIII; E. Rehtziegler u.a., Energie- und Rohstoffprobleme im heutigen Kapitalismus. IPW-Forschungshäfte, Berlin Nr. 2/1978, S. 147; E. M. Primakow (Hrsg.) u.a., Die Energiekrise in der kapitalistischen Welt, Berlin 1978, S. 21; Middle East Newsletter, London, 2.7.1979, S. 9
- 6) Siehe dazu detailliert: M. Meyer-Renschhausen, Energiepolitik in der BRD von 1950 bis heute. Analyse und Kritik, Köln 1977, S. 31; E. M. Primakow, Die Energiekrise ..., a.a.O., S. 82 ff.
- 7) Der Spiegel, 25.6.1979
- 8) Daten nach: E. M. Primakow, Die Energiekrise ..., a.a.O., S. 19; A. Sampson, Die Sieben Schwestern. Die Ölkonzerne und die Verwandlung der Welt, Hamburg 1976, S. 202
- 9) Siehe dazu: M. Meyer-Renschhausen, Energiepolitik ..., a.a.O., S. 45 ff.; W. Bröner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt 1979, S. 74-113
- 10) Angaben nach: M. Massarat, Die Ursachen des massiven Ausbaus der Kernenergie, in: Prokla, Westberlin, Nr. 1/1979, S. 35-62, hier S. 37 und 42/43; Die Zeit, 20.7.1979; M. Tietzel (Hrsg.), Die Energiekrise: Fünf Jahre danach, Bonn 1978, S. 219
- 11) Vgl. K. Steinhaus/J. Heimbrecht, Energiekrise und Bonner Atomprogramm, Frankfurt 1979, S. 10/11; M. Massarat, Die Ursachen ..., a.a.O., S. 42/43; FAZ, 6.6.1979; Esso AG, Wirtschaftliche, technische und politische Aspekte der internationalen Mineralölversorgung und der Mineralölmarkt in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg, Juni 1979, S. 5
- 12) Siehe ausführlicher unseren Einleitungsbeitrag in: W. Bröner u.a., Die Ölkrise und die Ölländer des arabisch-iranischen Raumes, Frankfurt 1980
- 13) Frankfurter Rundschau, 1.6.1979; OPEC press release, Wien, Nr. 7/18.9.1979; IPW-Berichte, Berlin, Nr. 12/1979, S. 11 ff.
- 14) Stern, 5.7.1979

Die Ölmultis – „Staaten im Staate“

Die angloamerikanischen Ölmultis, vor allem die – seit Ende der 20er Jahre – dem internationalen Erdölkartell zugehörigen sog. 7 Majors Exxon, Royal Dutch/Shell, Mobil Oil, Texaco, British Petroleum, Standard Oil of California und Gulf Oil, waren die Hauptprofiteure der ersten wie der zweiten Ölkrise.

Der größte Ölmulti, Exxon, konnte allein im ersten Halbjahr 1979 seinen Reingewinn um 30% auf 1,8 Mrd Dollar steigern, der viertgrößte, Texaco, brachte es auf ein Gewinnplus von 106%. Wie die in Washington vorgelegten Bilanzen der 12 größten Ölmultis der USA auswies, war eine solche Gewinnexplosion die Regel. Die Gewinnsteigerungen dieser Konzerne lagen für das erste Halbjahr 1979 bei durchschnittlich 63% gegenüber dem Vergleichszeitraum 1978, wohingegen ihr Umsatzzuwachs zwischen 14% und 39% pendelte. Insgesamt strichen sie in dieser Zeit eine Gewinnsumme von 7,7 Mrd Dollar (im ersten Halbjahr 1978 waren es „nur“ 5,3 Mrd Dollar) ein.

Im zweiten Halbjahr 1979 hielt dieser Trend an. Im gesamten Jahr 1979 schnellten die Reingewinne der größten US-Ölmultis um 55-164% gegenüber dem Vorjahr in die Höhe, so bei Exxon um 55%, Texaco 106%, Mobil Oil 78% bis hin zu Standard Oil of Ohio 164%. Nicht anders war es 1973/74 gewesen, als die Profite der 7 Ölmajors Rekordhöhen erklommen (siehe Tabelle 3).

Die internationalen Ölkonzerne konnten also gerade in der heißen Phase der Ölkrise die größten Gewinnexplosionen realisieren. Auch 1973/74 zogen sie aus künstlichen Zusatzverknappungen und Schiebergeschäften Sonderprofite. Sie konnten so ihre Vormachtstellung als die mit weitem Abstand umsatz- und kapitalstärkste Konzerngruppierung der kapitalistischen Welt noch ausbauen. Gehörten 1973 erst 4 der 7 Ölmajors zum Klub der 10 größten Konzerne der Welt, so machte 1978 Gulf Oil mit Rang 13 die einzige Ausnahme (siehe Tabelle 4).

In der vergleichsweise hohen Effektivität der Wirtschaftstätigkeit der Ölmultis, d.h. der relativ geringen Beschäftigtenzahl im Verhältnis zu Umsatz und Aktiva, damit auch in einer außergewöhnlichen Profitspanne, liegt ein „Geheimnis“ ihrer Sonderrolle in der kapitalistischen Weltwirtschaft begründet: Hinsichtlich des Nettoprofits pro Beschäftigten übertrafen die 10 größten Erdölgesellschaften der USA alle übrigen US-Industriekonzerne im Jahre 1973 um durchschnittlich das 5,6fache; die Nettoprofit je Beschäftigten der 5 größten amerikanischen Ölmultis (Exxon, Mobil Oil, Texaco, Standard Oil of California, Gulf Oil) übertrafen die ihrer schärfsten Konkurrenten General Motors um das 4,6fache, IBM um das 1,9fache oder Chrysler um das 16,7fache.

Ein anderes „Geheimnis“ der überlegenen Stellung der Ölmultis ist ihre einmalige Monopolstellung auf den Weltölmärkten. Seit Ende der 20er Jahre hatten sich die 7 führenden angloamerikanischen Ölgesellschaften mit Hilfe von Kartellabkommen zur konzertierten Preisgestaltung, zur Aufteilung der Konzessions- und Verkaufssphären ihre unangefochtene Beherrschung des Ölgeschäfts gesichert, wobei sich nach dem 2. Weltkrieg die Gewichte eindeutig zugunsten des amerikanischen Kapitals verschoben.

Im arabisch-iranischen „Öldorado“ (so Esso), aus dem die 7 Majors eingangs der 70er Jahre im Schnitt 55% ihres gesamten Rohölbedarfs zogen, hielten sie damals Besitzanteile von rund 90% an den Ölfeldern. Im Weltmaßstab (ohne sozialistisches Lager) konzentrierten sie geschätzte 84% der Erdölförderung, 74% der Raffineriekapazität und 62,4% der Welttankertonnage auf sich. Darüber hinaus kontrollierten sie zum gleichen Zeitpunkt in den wichtigsten Importländern den Bärenanteil des Absatznetzes für Erdölprodukte, so in Japan zu 92%, in Westeuropa zu 40-90%. Ungeachtet der Verstaatlichungswelle der OPEC-Staaten, derzufolge den Multis seit 1973/74 die Verfügungsgewalt über den Großteil der Erdölressourcen und -förderung in den Entwicklungsländern entrissen wurde, halten die 7 Majors bis heute das internationale Verteilungssystem – von den Supertankern über Raffinerien bis zum Verkauf – nahezu ungeschmälert im Griff. Trotz ihrer erschütterten Position im Bereich der Rohölproduktion und der Basispreisgestaltung für Rohöl, behaupteten die 7 Majors rund 80% des internationalen Erdölhandelsgeschäftes. Der „Verteilungskampf“ ums Öl bleibt so bis in die 80er Jahre ihre Domäne, damit die Organisierung von Ölverknappungen im Bereich ihrer Möglichkeiten.

Solange ihnen in den imperialistischen Metropolen keine Zügel angelegt werden, bleiben die Ölmultis imstande, durch Preismanipulationen, konzerninternen Gewinntransfer, Frachtschiebergeschäfte, Ausnutzen von Währungsschwankungen (sie verdienen allein am sinkenden Dollarkurs Unsummen) oder politische Erpressungsakte ihre Profite weiter zu maximieren. Die Kapitalstärke dieser Riesen-

Tabelle 4
Rangliste der 15 größten Konzerne der Welt 1978

Rang (1973)	Gesellschaft (Hauptbranche)	Land	Umsatz (Mrd Dollar)	Beschäftigte (in 1000)
1. (1)	General Motors (Autoindustrie)	USA	63,22	839
2. (2)	Exxon (Öl)	USA	60,33	130
3. (4)	Royal Dutch/Shell (Öl)	GB/ Holland	44,04	158
4. (3)	Ford Motors (Autoindustrie)	USA	42,78	507
5. (8)	Mobil Oil (Öl)	USA	34,74	208
6. (7)	Texaco (Öl)	USA	28,61	68
7. (15)	British Petroleum (Öl)	GB	27,41	109
8. (14)	Standard Oil of California (Öl)	USA	23,23	38
9. (7)	National Iranian Oil*(Öl)	Iran	22,79	67
10.(11)	IBM* (Information)	USA	21,08	326
11.(13)	General Electric* (Elektro)	USA	19,65	401
12.(12)	Unilever* (Nahrungsmittel)	GB/ Holland	18,89	318
13.(12)	Gulf Oil (Öl)	USA	18,07	58
14.	VEBA AG (Öl)	BRD	17,78	172
15.(14)	Chrysler*(Autoindustrie)	USA	16,34	158

*) Rang (1977) statt (1973)

(Quelle: Fortune, New York, ffd; Business Week, 23.7.1979)

konzerne – ihr Jahreseinkommen liegt über dem der Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten – versetzt sie in die Lage, Politiker zu kaufen, Parlamentslobbies auszuhalten, Präsidenten etwa in den USA (u.a. Eisenhower und Nixon) an die Macht zu hieven.

Die globale Ausdehnung und kaum mehr überschaubare Tätigkeitsvielfalt erhöht ihren Manövrierraum und ihre Machtfülle. Sie ermuntert sie zu Stärkedemonstrationen: „Wir sind eine internationale Industrie“, pflichtete der Chef von British Petroleum bei, „und jede Regierung, die interveniert, um die Preise auch nur kurzfristig unten zu halten, könnte recht schnell feststellen, daß die dringend benötigten Lieferungen anderswohin gegangen sind“.

Exxon – der weltgrößte Konzern

Ein Blick auf den bei weitem größten Ölkonzern der Welt, die amerikanische Exxon Corporation, legt eine weitere bedeutende Dimension des internationalen Ölkartells bloß. Denn Exxon kontrolliert nicht nur 11% des Ölbedarfs der westlichen Hemisphäre, unterhält nicht nur in nahezu 100 Ländern Niederlassungen, darunter 66.500 Tankstellen und 59 Raffinerien, sondern ist längst auch in andere Energie- bzw. Industriebereiche vorgedrungen. Der von New York aus geleitete Konzern fördert Ölsande in Kanada, Kohle und Uranvorkommen in den USA, arbeitet an der Nutzung der Kern- und Sonnenenergie, an Kohlevergasungs- und Kohleverflüssigungsverfahren, betreibt 55 petrochemische Werke und ist in den Kreis der 15 führenden Chemiekonzerne der Welt vorgestoßen.

Doch Exxon macht hier keine Ausnahme. Angesichts der relativ begrenzten Verfügbarkeit über die gesicherten Ölressourcen und des Verlustes ihrer Monopolstellung im Bereich der Ölförderung reagierten die internationalen Ölkonzerne in den 70er Jahren allgemein mit einem überproportionalen Engagement in alternativen Energiezweigen.

Die alteingesessenen Ölgesellschaften wandelten sich zu Energiekonzernen mit je eigenen Chemie- und Petrochemiebereichen (z.B. avancierte Gulf Oil inzwischen zum führenden Äthylenhersteller der USA). Mitte der 70er Jahre kontrollierten die amerikanischen Ölkonzerne über 50% der Kohleressourcen, 35% der Kohleförderung und die 6 größten Kohlebergwerksgesellschaften in den USA. Die 12 führenden US-Ölmultis hatten sich zugleich den Besitz von 51% der nationalen Uranlagerstätten angeeignet, einen noch höheren Anteil bei der Uranerzförderung realisiert und sich auch in die Kernbrennstoffherstellung wie den Bau von Kernkraftwerken eingeschaltet.

Aus dem „Ölperialismus“ war der „Energieimperialismus“ geworden.

Ulrich Rupp Das Comeback Indira Gandhis



Indira Gandhi bei ihrer Verhaftung im Oktober 1977

„Das Janata-Experiment hat sich in Luft aufgelöst. Es ist verschwunden wie eine geplatze Seifenblase“,¹ kommentierte die Frankfurter Rundschau das glänzende Comeback der Kongreßpartei unter Indira Gandhi (siehe Kasten zur Sitzverteilung im Parlament). Die Wahlen vom März 1977 hatten noch einen Schlußstrich unter eine 11jährige Regierungsperiode der Kongreßpartei, aber auch unter 1 1/2 Jahre Ausnahmezustand gesetzt. Und kaum jemand gab Indira Gandhi noch eine Chance.

Der damalige Ausnahmezustand, dessen rigorose Anwendung zur Niederlage der Kongreßpartei führte, wurde im Juni 1975 noch damit begründet, daß ein „Klima der Gewalt und des Hasses geschaffen worden (sei), das zur Ermordung eines Kabinettsministers und zum Mordanschlag auf den Obersten Richter geführt hat“.²

Vorausgegangen waren heftige Angriffe der konservativen Volkspartei (Bakratija Lok Dal) auf Indira Gandhis nationalbourgeoisches Programm begrenzter Reformen. Entgegen den Bestimmungen der Landreform forderte die Volkspartei die Streichung von Subventionen für die notleidende Landbevölkerung und trat gegen die Beschneidung der Privilegien der Großgrundbesitzer auf. Sie bekämpfte den staatlichen Sektor in der Industrie und forderte seine Ersetzung durch indisches und ausländisches Privatkapital.

Die Abwehr dieses Angriffes durch den Ausnahmezustand sollte durch Indira Gandhis Ankündigung eines 20-Punkte-Programms begleitet werden. Es verankerte dringende Maß-

nahmen zur Begrenzung des Großgrundbesitzes, die Festlegung von Mindestlöhnen, die Verteilung überschüssigen Bodens an landlose Bauern, die Steigerung der Produktion und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln. Doch seine schließliche Verengung auf das 5-Punkte-Programm des Jugendkongresses von Sanjay Gandhi (Familienplanung, Abschaffung des Analphabetentums, der ruinösen Mitgift und des Kastensystems sowie Umweltschutz durch Anpflanzen von Bäumen), zwangsweise Sterilisationen und Slumbereinigungen lähmten die Durchführung einer konsequenten Landreform sowie den Kampf gegen die steigende Inflation. Durch die gleichzeitige Unterdrückung von Gewerkschaftsrechten und zunehmende Steuerlasten für die Bauern verschärzte sich Indira Gandhi 1977 noch den letzten verbliebenen Kredit.³

Nach dem Verlust ihres Wahlkreises und ihrem Ausscheiden aus dem Parlament im März 1977 war es ihr erklärtes Ziel, als Oppositionsführerin ins Parlament zurückzukehren. Nur dadurch versprach sie sich eine Chance, parlamentarische Immunität zu erhalten. Nur so hätte sie den bereits gegen sie eingeleiteten Untersuchungen und Vorbereitungen zum Prozeß entgehen können, den die Janata-Partei wegen ihres autoritären Führungsstils anstrebte. Dies konnte sie jedoch nur über den Umweg der Spaltung der Kongreßpartei erreichen, in der sie wegen ihrer Wahlschlappe zunehmend isoliert wurde.

Indira Gandhi suchte den Konflikt in der Frage, welche Konsequenzen aus der Wahlniederlage zu ziehen seien. Kongreßparteipräsident Reddy und seine Gruppe befürworteten eine kollektive Leitung der Partei und wandten sich gegen den Führungsanspruch einer Person. Reddy gestand überdies ein, sich des Machtmißbrauchs schuldig gemacht zu haben. Die Gandhi-Fraktion hingegen bestand darauf, eine Führerpersönlichkeit mit Ausstrahlung auf die Massen sei vonnöten. Auch der Ausnahmezustand wurde von ihr voll gerechtfertigt.

Nach ihrem Austritt aus dem Arbeitskomitee, dem höchsten Führungsgremium der Partei wurde Indira Gandhi von ihrer Fraktion Anfang Januar 1978 zur Präsidentin dieser „einzigen legitimen Versammlung des indischen Nationalkongresses“⁴ gewählt (ab hier Kongreß (I); d. Verf.). Das bedeutete Bruch und damit Ausschluß aus der Kongreßpartei.

Die Dauerkrise der Janata-Partei

Die Wahlen in sechs Bundesstaaten zu den Regionalparlamenten gerieten zum Prüfstein für die eingeschlagene Politik Indira Gandhis. In den Unionsstaaten Karnataka und Andhra Pradesh erhielt der Kongreß (I) im Februar 1978 die absolute Mehrheit. Bei Nachwahlen zum indischen Unterhaus im November 1978 schließlich konnte sie ihren Wahlkreis zurückgewinnen und damit zur Oppositionsführerin aufrücken.

Fragt man nun nach den Gründen für die Rückkehr Indira Gandhis an die Macht, so reicht es nicht aus, alleine die Heterogenität der Janata-Partei anzuführen, die nur die Ablehnung des autoritären Führungsstils Indira Gandhis geeint hatte. Gewiß, die Krise der Janata verschärfte sich zu-

sehends; sichtbar darin, daß sich die Partikularinteressen der Partei der Unberührbaren, der Sozialisten, der Partei der Großbauern sowie der rechtsnationalen Jana Sangh sich in gewaltsamen Auseinandersetzungen Bahn brachen. Religiöse Unruhen, von den Parteien geschürt, hatten seit Mitte 1978 Massencharakter angenommen und forderten Hunderte von Toten. Resultat waren dauernde Regierungskonflikte und -wechsel. Zu keiner Zeit hat es die Janata-Partei geschafft, wirklich einen Prozeß mit einer Verurteilung Indira Gandhis wegen ihrer Verfehlungen unter dem Ausnahmezustand anzustrengen. Vielmehr boten alle Vorladungen vor Gericht Indira Gandhi die Möglichkeit, Propagandaschlachten gegen die Janata-Partei zu führen.

Doch noch gravierender waren wohl die Konsequenzen des Wirtschaftsprogramms der Janata-Partei.⁵ Ihre Zurückstufung der Industrie, besonders des staatlichen Sektors, zeitigte wirtschaftliche Einbrüche. So blieb die Industrieproduktion 1977 mit 8% hinter den Ergebnissen von 1976 mit noch 10,6% zurück.⁶ Die Zuwachsraten der Gesamtwirtschaft, die im Rechnungsjahr 1977/78 noch 7,4% betrug, fiel 1979/80 auf 3%. Ausfälle in der Strom- und Kohlever-sorgung traten auf. Die Inflation stieg durch die Abschaffung der Preiskontrollen auf 30% und das Arbeitslosenheer vergrößerte sich jährlich um 5 Mio Menschen.

Ebenso schädlich wirkte sich die Janata-Politik der angeblichen Stärkung der Landwirtschaft aus. Die Einkommensverteilung begünstigte einseitig die reicheren Schichten aus dem Land. So bildete die Regierung auf Druck der Farmerlobby Getreidereserven bis zu 22 Mio t, um den Farmern hohe Erzeugerpreise zu sichern. Auf der anderen Seite sank deshalb und wegen der Beschneidung der Löhne und Zulagen der Lebensmittelverbrauch der indischen Bevölkerung unter den Stand von 1975-77, als noch ein staatlich kontrolliertes Verteidigungssystem bestand.⁷

Bauernunruhen, bei welchen z.B. im Bundesstaat Tamil Nadu die Zurücknahme außerordentlicher Belastungen (erhöhte Stromtarife für Bewässerungspumpen und zu kurze Rückzahlfristen für Kredite) gefordert wurde, schlugen Polizei und Militär gemeinsam nieder.⁸

Neue Rolle der Linken

Ein weiteres wichtiges Moment kommt hinzu, daß nämlich bei den Märzahlen 1977 der Vormarsch der Rechten in den südlichen Bundesstaaten weitgehend gestoppt werden konnte. Zum einen wirkten sich hier die Sterilisierungsmaßnahmen der Gandhi-Regierung weit weniger aus als im Norden, wurde die Landreform konsequenter in Angriff genommen. Zudem gelang es, eine Vereinigte Front aus Kongreßpartei und der Linken unter maßgeblicher Beteiligung der Kommunistischen Partei (KPI) und KP (Marxisten) herzustellen.

So gab es z.B. in Kerala nur halb soviel Analphabeten wie im übrigen Land. Hier wurde ein Bodenreformgesetz angenommen, 2,5 Mio Pächter wurden Eigentümer des von ihnen bearbeiteten Bodens. In Tamil Nadu hatten die zügellose Korruption der Fortschrittlichen Dravidischen Union (DMK) und auf der anderen Seite ein Schuldenmoratorium für Kleinbauern bis 1977 ein Potential für Indira Gandhi heranreifen lassen, das unter den nachherigen Maßnahmen der Janata-Partei besonders zu leiden hatte.

Für die in der Linken vertretenen Parteien KPI und KP(M) hatte das Verhältnis zum Kongreß (I) hinsichtlich der Wahlen 1977 unterschiedliche Folgen. Die KPI unterstützte damals inhaltlich den Ausnahmezustand. Zwar kritisierte sie undemokratische Auswüchse wie Angriffe auf die Gewerkschaftsrechte und das Einfrieren von Teuerungszulagen wie sie auch das Gesetz zur Aufrechterhaltung der

Sitzverteilung im indischen Parlament

	1971	1977	1980*
Kongreß	350	153	
– Kongreß (I)			351
– Kongreß (U)			13
Janata	–	270	32
Jana Sangh	22	–	–
Swatantra	8	–	–
Lok Dal	–	–	41
Kongreß für Demokratie	–	28	–
KPI	23	7	10
KP(M)	25	22	34
Andere und Unabhängige	66	59	44

*In 17 Wahlkreisen wird noch gewählt

(Quelle: India News, Hrsg. Indische Botschaft, Bonn, Nr. 1/10.1.1980; AIB, Nr. 7/1977)

inneren Sicherheit (MISA) angriff, durch welches sie selbst eine starke Repression erfuhr. Ihr im Nachhinein selbstkritisch eingeschätzter Fehler war es, nicht die Aufhebung des Ausnahmezustandes in dem Moment gefordert zu haben, als eben diese Mißstände offenkundig geworden waren.⁹

Anders die KP(M), welche den Kongreß (I) zum Hauptfeind erklärt und sich also auf die Seite des Janata-Blocks gestellt hatte – allerdings um den Preis, damit der Reaktion in den Sattel geholfen zu haben. Ihre Unterstützung der Janata schätzte die KP(M) hernach selbstkritisch als Fehlleistung ein, übte jedoch zugleich herbe Kritik an der KPI wegen deren Unterstützung der Regierung Indira Gandhi. In der Tat ging 1977 der Stimmenanteil der KP(M) lediglich um 3 Mandate auf 22 zurück. Dagegen verlor die KPI 16 Mandate von 23.

Trotz der unterschiedlichen Einschätzungen der Regierungszeit Indira Gandhis kam vor den Wahlen 1980 eine Linkskoalition zustande. Zwischen den Generalsekretären von KPI und KP(M), Rao und Namboodiripad, konnte Einigkeit darüber hergestellt werden, daß man eine Vereinigte Front aller Linken und demokratischen Parteien – einschließlich progressiver Kräfte beider Kongreß-Parteien und der Janata – anstrebt.¹⁰ Diese Linkenfront, bestehend aus KPI, KP(M), Revolutionären Sozialisten, dem Vorwärtsblock und der Arbeiter-Bauern-Partei, avancierte mit 54 Parlamentssitzen zur stärksten Oppositionskraft. Sie fungiert heute als eine wichtige Kontrollinstanz hinsichtlich der Einlösung der Wahlversprechen Indira Gandhis. Und sie trägt insbesondere dort, wo sie in der Regierungsgewalt ist (z.B. Kerala, Tripura, Westbengalen) und die Umsetzung von Reformen durchzusetzen hat, eine große Verantwortung.

Indira Gandhi hat jedenfalls Maßnahmen zur Rückkehr zur Planwirtschaft, zur Einschränkung der Tätigkeit der multinationalen Konzerne, zur Produktionserhöhung in der Landwirtschaft, zum Aufbau eines Verteilungssystems für Massenbedarfsgüter oder sowie zur Eindämmung der Inflation angekündigt.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Rundschau, 9.1.1980
- 2) India News, Hrsg. Indische Botschaft, Bonn, Nr. 25/18.6.1975
- 3) Vgl. AIB, Nr. 7-8/1975 und 3/1977
- 4) Süddeutsche Zeitung (SZ), 3.1.1978
- 5) Vgl. AIB, Nr. 7/1977
- 6) Far Eastern Economic Review, Asia Yearbook 1978, Hongkong 1978, S. 192
- 7) Ebenda; Far Eastern Economic Review, Hongkong, 3.8.1979
- 8) SZ, 11.5.1978
- 9) Vgl. AIB, Nr. 7/1977
- 10) Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, 22.8.1978

Interview mit Maulawi Abdul Aziz Sadeq

Wir Moslems stehen zum revolutionären Prozeß

Im Rahmen der Angriffe auf die afghanische Revolution spielt der Versuch, die religiösen Gefühle der Völker Afghanistans wie der islamischen Nachbarländer gegen die regierende Volksdemokratische Partei (VDPA) zu mobilisieren, eine zentrale Rolle. Selbst US-Präsident J. Carter, der zum Jahresende 1979 die islamische Revolution im Iran noch einäschern wollte, biederte sich nun, nach den Afghanistan-Ereignissen, im Januar d.J. als Freund der „islamischen Völker“, als „bereit zur Kooperation mit jedem islamischen Land“ an. Der angebliche US-Schutz für die islamischen Völker aber wird vorort durchaus als Vorwand zur Ausweitung der eigenen militärischen Präsenz und des Interventionismus gegen antiimperialistische, revolutionäre Entwicklungen in der Region erkannt. So auch seitens namhafter geistlicher Repräsentanten Afghanistans.

Als „groben Versuch“ der USA bzw. des Westens zur „Einmischung in die Angelegenheiten des souveränen Afghanistan“ hatte unlängst auch Maulawi Abdul Aziz Sadeq, der ranghöchste afghanische Geistliche, dieses Vorhaben zurückgewiesen. A. A. Sadeq ist als Schiite in der Funktion vergleichbar den iranischen Ayatollahs und amtierender Vorsitzender des Rates der Ulema, der auf höchster Ebene sunnitische und schiitische Moslems Afghanistans zusammenfaßt. In dem hier dokumentierten Interview A. A. Sadeqs wird deutlich, daß die westliche Behauptung einer vermeintlichen Frontstellung zwischen VDPA und Moslems nicht stichhaltig ist. Mit A. A. Sadeq stehen breite Teile positiv zur Aprilrevolution wie zur neuen Revolutionsregierung Karmal. Eine Zusammenarbeit mit den gegenrevolutionären sog. islamischen Rebellen (siehe AIB, Nr. 2/1980) lehnen sie ebenso prinzipiell ab.

FRAGE: Wie ist die gegenwärtige Situation der islamischen Kirche, nachdem mehrere Revolutionen und Konterrevolutionen (in Afghanistan; d. Red.) stattgefunden haben?

A. A. SADEQ: 90% der Bevölkerung sind Moslems, davon 5% Schiiten und 95% Sunniten mit verschiedenen Gotteshäusern.

Vor der Aprilrevolution (1978; d. Red.) respektierten die Behörden die religiösen Führer weitaus weniger, die nun eine große Unterstützung für die religiöse Freiheit, die Wiederherstellung und Unterhaltung der Moscheen gefunden haben sowie für die Vergrößerung der Anzahl der Gläubigen, die jährlich nach Mekka fahren können. Ihre Zahl hat sich von 3.000 auf 8.000 erhöht. Außerdem bemüht sich die Regierung um Respekt und um Hilfe bei der Glaubensverkündung durch die Informationsmedien.

FRAGE: In welcher Weise hat die Machtübernahme des Ayatollah Khomeini die afghanischen Gläubigen beeinflußt?

A. A. SADEQ: Wie ich bereits sagte, sind 95% aller afghanischen Moslems Sunniten und im Iran sind es umgekehrt Schiiten. Aus diesem Unterschied kann man ersehen, daß nur eine Minderheit betroffen ist.



FRAGE: Unterhalten Sie irgendwelche Kontakte mit Khomeini?

A. A. SADEQ: Nein, keine.

FRAGE: In diesen Tagen haben wir mit den Gläubigen in den Moscheen gesprochen und diese meinten, daß es unmöglich ist, Moslem und Kommunist zu sein. Gerade Ihr Name wurde genannt und Sie wurden verächtlich „Kommunist“ genannt. Ich denke, Sie kennen diese Situation. Was halten Sie davon?

A. A. SADEQ: Das Recht, Mitglied einer Partei zu sein und für politische Ziele zu arbeiten, ist die Angelegenheit derjenigen, die Aufgaben in der Verwaltung übernehmen wollen. Obwohl das religiöse Komitee, dem ich vorstehe, seinen Sitz im Justizministerium hat, beschränkt sich seine Aufgabe darauf, die möglicherweise zwischen Regierung und Gläubigen auftretenden Probleme zu regeln, mit vollkommener Trennung der Einflusbereiche.

Die moslemische Religion verbietet außerdem nicht, daß die Gläubigen Mitglieder einer bestimmten Partei sind. Wahrscheinlich sind Gläubige verschiedener Religion Mitglieder der jetzigen KP Afghanistans (gemeint ist die regierende Volksdemokratische Partei; d. Red.).

FRAGE: Trotzdem, erlauben Sie mir nachzufragen. Wie sehen Sie die Situation des afghanischen Islam unter der Regierung, wie sie am 27. Dezember (1979; d. Red.) unter vollkommenem Einfluß der UdSSR zustande gekommen ist, also einem Land, in dem der Atheismus ein charakteristisches Prinzip ist?

A. A. SADEQ: Über den sowjetischen Atheismus könnte

man viel sagen. Ich habe vor zwei Monaten, begleitet von 5 Mullahs, die Sowjetunion besucht. Ich war in Taschkent, Tadschikistan, Leningrad, Baku und anderen Städten und ich habe den Respekt vor der religiösen Überzeugung gesehen, der sogar noch höher ist als ich es in Saudi Arabien gesehen habe. Wir haben sehr gut die Situation der Normalität kennengelernt, in der die sowjetischen Moslems leben durch die Gesellschaft der UdSSR, die sie repräsentiert, vor allem in den Regionen Kaukasiens und Zentralasiens.

Ich versichere Ihnen, daß die UdSSR in keiner Weise die religiösen Angelegenheiten der Afghanen beeinflusst hat, noch hat sie irgendwelche atheistische Propaganda beabsichtigt. Das einzige, was die UdSSR kürzlich gemacht hat, ist die Verteidigung unserer Grenzen gewesen in Übereinstimmung mit dem was die Freundschaftsverträge beinhalten.

FRAGE: Die größte Opposition gegen die Aprilrevolution ist religiöser Art. Haben Sie als Mittler zwischen der religiösen und der staatlichen Macht irgend welche Verhandlungen oder Gespräche eingeleitet mit den Führern der islamischen Bewegungen Hez-I-Islami (Islamische Partei; d. Red.) oder Jamiyat-I-Islami (Islamischer Bund; zwei der bedeutendsten Organisationen der sog. islamischen Rebellen; d. Red.)?

A. A. SADEQ: Die Mitglieder der Opposition, die den Krieg an den Grenzen aufnahmen, sind Leute, die nach der Revolution ihre religiösen Privilegien verloren haben.

Nichts gemein mit „englischen Moslems“

Es gibt zwei Arten von Moslems, die einen, die aus Mekka kommen und diejenigen, die sich von England beeinflussen lassen, also beträchtliche Unterschiede. Die Moslems der Opposition sind „englische Moslems“, ähnlich denen des amerikanischen Imperialismus und der pakistanischen Reaktion. Sie werden verstehen, daß unter diesen Umständen keine Kontakte existieren können. Es gibt auch keine Möglichkeit, einen Dialog einzuleiten.

FRAGE: Wie selbst der jetzige Präsident Babrak Karmal zugegeben hat, haben in der letzten Zeit viele Geistliche Verfolgungen erleiden müssen. Sie haben von Anfang an als Mittler zwischen religiöser und staatlicher Macht fungiert. Was war Ihre positive Arbeit in diesem Zusammenhang?

A. A. SADEQ: Die Mullahs, die Gefolgsleute des Imperialismus waren, verließen das Land. Es gab Verhaftungen und in diesem Zusammenhang auch Irrtümer. Von Seiten der Vereinigung, der ich vorstehe, des Rates der Ulema, wurden alle Anstrengungen unternommen, um die Verhafteten zu befreien und in einigen Fällen, muß ich zugestehen, daß dies nicht gelungen ist.

Aber ich versichere Ihnen, daß die afghanischen Moslems Anhänger der Veränderungen sind, wie sie sich in diesem Land zeigen, ebenso der neuen politischen Linie der jetzigen Regierung. Es ist lange her, daß von den Kanzeln der Moscheen die Reformen bekämpft wurden, die sich schließlich doch in Bewegung zu setzen begannen.

FRAGE: Im Fall, daß sich die aktuelle politische Situation nicht festigt und die Staatsgewalt auf einen Religiösen zurückfällt, wären Sie bereit, ein afghanischer Khomeini zu werden?

A. A. SADEQ: Das jetzige Regime befindet sich in einem revolutionären Prozeß, der sich verstärkt und festigt. Wenn es anders wäre, wenn er sich abschwächen sollte, hätten Sie das Recht, mir diese Frage zu stellen.

Als Repräsentant der moslemischen Gläubigen und guter Patriot wünsche ich mir, daß sich die Regierung festigt. Meine Meinung ist, daß von jetzt an die Verkündung des islamischen Glaubens sehr viel leichter sein wird.

(Quelle: El Pais, Madrid, 20.1.1980)

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die »Blätter« sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatsschrift in deutscher Sprache. Sie analysieren und dokumentieren wesentliche Fragen der Politik und Gesellschaft in der BRD, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

Ihre monatliche Chronik und ausführliche Dokumentation haben die »Blätter« zu einem beliebten Nachschlagewerk gemacht.

Aktuell zur Afghanistan-Krise

IN HEFT 2/1980:

Karl D. Bredthauer, High Noon?
Afghanistan, Europa und der Wilde Westen

Harold Rasch, Entspannung – jetzt erst recht!

Norman Paech, Zur Entwicklung in Afghanistan

Lew Semejko, US-Militärstützpunkte

Sven Güldenpfennig, Olympiaboykott?

Leonid Breschnew, Zur Entwicklung in Afghanistan und zur internationalen Lage. Interview für die »Prawda« vom 14. Januar 1980

Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Lage in Afghanistan vom 14. Januar 1980

AUSSERDEM IN HEFT 2/1980:

D. Hensche, F. J. Strauß und die Gewerkschaften ·
Th. Holleck, F. J. Strauß, die CDU/CSU und die Frauen ·
J. August u. a., Krieg ist kein Spiel · *Generalmajor Gert Bastian*, Warum ich die Nachrüstung ablehne. Schreiben an Bundesminister Apel vom 16. Januar 1980

Einzelheft DM 5,50. Im Abonnement DM 4,00, für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50.

Probeheft kostenlos beim Verlag:
Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51

Pahl-Rugenstein

Felicia Langer

Ein Besatzerregime ohne Beispiel

Zum Jahresende 1979 lenkte der Fall des inhaftierten und von der Deportation bedrohten Bürgermeisters von Nablus, B. Shakaā (siehe AIB, Nr. 1/1980), die internationale Aufmerksamkeit auf das okkupierte palästinensische Westjordan- und Ghazagebiet. Seit Beginn der sog. Autonomieverhandlungen Israels, Ägyptens und der USA haben sich die Unterdrückungspraktiken der zionistischen Besatzer eher noch verschärft. Felicia Langer, israelische Rechtsanwältin und bekannteste Verteidigerin von palästinensischen Verfolgten bzw. Widerstandskämpfern, beschrieb die juristischen Grundlagen und einige Seiten dieser Praktiken.

Hier ein alter Soldat mit einem Gewehr und einem Stock, dort Fallschirmjäger in den Straßen von Ramallah und Jerusalem; die Stadt Halhoul belagert, geschändet und ausgeraubt, Leichen zweier Jugendlicher, erschossen von den Soldaten... Ein mit Betonmauern abgeriegeltes Flüchtlingslager, umstellt von Soldaten wie ein Ghetto... Palästinensische Kinder, die 1967 noch Babys waren, provozieren die schwer bewaffneten Soldaten; die Schußwaffen und selbst die Leichen ihrer Schulkameraden können sie nicht einschüchtern... Ein Stein gegen einen Panzerwagen, eine palästinensische Fahne gegen ein Gewehr... Der feste Entschluß, den Kampf um ihre nationalen Rechte fortzusetzen, ihr Land, das ein Teil ihrer selbst ist, mit leidenschaftlicher Hingabe vor dem barbarischen Expansionismus zu schützen, der danach trachtet, mehr und mehr Land zu besetzen und auszuplündern...

So ist die Lage in den vor 12 Jahren von Israel besetzten Gebieten; sie ist so, seitdem der erste israelische Soldat im Juni 1967 arabischen Boden betreten hatte...

Massenverhaftungen auf „Verdacht“

Die Besatzungsmächte berufen sich bei ihren Aktionen auf die Notstandsgesetze für den Verteidigungsfall von 1945, die noch aus der Zeit des britischen Mandats (es endete im Mai 1948; d. Red.) stammen und schon zu jener Zeit von jüdischen Rechtsanwälten scharf verurteilt wurden. Yacov Shimshen Shapiro, der spätere Generalstaatsanwalt und Justizminister von Israel, äußerte sich im Jahre 1946 zu den Gesetzen, die Israel jetzt in den besetzten arabischen Gebieten sowie gegenüber den in Israel lebenden Arabern anwendet, folgendermaßen: „Ein solches System wie in Palästina gab und gibt es seit dem Erlaß der Verteidigungsgesetze in keinem zivilisierten Land, nicht einmal im faschistischen Deutschland. Es ist unsere Pflicht, der Weltöffentlichkeit kundzutun, daß die von der britischen Mandatsregierung von Palästina erlassenen Verteidigungsgesetze die Grundfesten der Justiz in diesem Lande zerstören.“

Handlungen, die nicht unter diese Gesetze fallen, können mit Hilfe Hunderter von den Militärkommandanten erlassener Verfügungen und Verordnungen legal zu Verstößen erklärt werden. Als erstes wäre dabei das Recht zur Verhaftung zu nennen: Laut Sicherheitsverfügung, die für die besetzten Gebiete als Strafgesetzbuch gilt, hat jeder Soldat das

Recht, eine Person festzunehmen, wenn der Verdacht besteht, sie habe eine strafbare Handlung begonnen.

Diese Person kann ohne Haftbefehl bis zu 96 Stunden festgehalten werden. Ein Polizeioffizier kann diese Inhaftierung um sieben Tage verlängern, und nach Ablauf dieser Frist nochmals um eine Woche. Ein Militärrichter darf die Haft bis zu sechs Monaten ausdehnen.

Was sind solche Vergehen? Teilnahme an einer Demonstration, Kontaktaufnahme mit einem Feind, wobei dieser gewöhnlich ein Verwandter, ein Bruder, der Vater oder ein guter Freund ist und die israelischen Behörden von ihm behaupten, er wäre Mitglied einer palästinensischen Organisation, die in den besetzten Gebieten und in Israel verboten sei.

Einer meiner Klienten, ein alter Mann von den Golanhöhen, wurde verurteilt, weil er Verbindung zu seinem Sohn aufgenommen hatte, der laut Besatzungsgesetz ein Feind war, und er wurde für dieses Verbrechen ins Gefängnis geworfen. Weitere Verstöße sind z.B. die Verteilung von Flugblättern, das Schreiben von Losungen, das Hissen der palästinensischen Flagge, die Aufnahme eines Sohnes, einer Tochter oder eines Bruders in sein Haus, ohne die Polizei davon zu unterrichten, daß der Verdacht vorliegt, sie seien an illegalen Aktionen beteiligt. Waffenübungen gelten als Verbrechen, das israelische Volk jedoch ist militärisch bestens ausgebildet; für Palästinenser ist jegliche Waffenübung verboten. Bewaffneter Widerstand ist eine strafbare Handlung, obwohl laut UN-Beschlüssen Freiheitskämpfer wie Kriegsgefangene behandelt werden müssen. Israel jedoch hat diese Forderung scharf zurückgewiesen.

Die Gefängnisse sind total überfüllt. Täglich kommen neue Gefangene hinzu, jene Hunderte von Demonstranten, die die von ihnen verlangten hohen Kauttionen nicht aufbringen können.

In den Gefängnissen gibt es kaum frische Luft und Sonnenschein, und manchmal ist sogar das Wasser knapp. Die Gefangenen sind 23 Stunden am Tag in den überfüllten Zellen, sie schlafen auf dem Fußboden, und manchmal müssen sie sich zu zweit eine Matte teilen. Die Häftlinge können sich in den Zellen, die ihr ganzer Lebensraum sind, kaum bewegen; hier essen, lesen und beten sie. Und wer eine Beschwerde wagt, für den gibt es Einzelhaft.

Die Gefangenen fügen sich nicht in ihr bitteres Schicksal, das von ihnen Todesurteil auf Raten genannt wird. Sie kämpfen für menschliche Bedingungen, wobei sie als einzige Waffe ihren Körper einsetzen können. Monatlang standen sie im Hungerstreik, doch die Hartnäckigkeit der Behörden änderte sich nicht. Einer der vier Anführer der Streiks, Mohammad Mahdi Bsiso, wurde ins Shata-Gefängnis, einer Art Gefängnis im Gefängnis, geworfen und ist dort in einer überfüllten Zelle unter unzumutbaren sanitären Bedingungen isoliert von all seinen Freunden eingekerkert. In diesem Gefängnisabschnitt steigt die Temperatur bis auf 40 Grad Celsius. Sein Kampfgeist soll gebrochen und damit ein Exempel statuiert werden, um andere einzuschüchtern, die es wagen sollten, um menschlichere Bedingungen zu

kämpfen. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß sie fest entschlossen sind, ihre Menschenwürde zu wahren und ihr Recht, um bessere Gefängnisbedingungen zu kämpfen, durchzusetzen.

Die Gefängnisinsassen, d.h. die politischen Gefangenen, haben ihre Ideen und Ideale nicht aufgegeben. Die Behörden machen einen Fehler, wenn sie glauben, daß, wenn sie die Körper der Gefangenen haben, sie auch deren Geist besitzen. Die Ideen und die Überzeugung sind stärker als die Gitter. Die Gefangenen wissen, daß sie nicht allein sind, sondern Söhne und Töchter ihres Volkes. Der Hungerstreik im Gefängnis von Ashkelon rief Massendemonstrationen westlich des Jordan und in Ghaza sowie eine Solidaritätsbewegung unter den fortschrittlichen und friedliebenden Israelis hervor. Die Gefängnisse mit ihren Insassen empören die Bevölkerung. Sie sind Beweis dafür, daß keine Tyrannei diejenigen mundtot machen kann, die bereit sind, ihre Freiheit und ihr Leben für ihr Vaterland zu opfern.



Israelische Soldaten im okkupierten Ostjerusalem

Artikel 49 der 4. Genfer Konvention, der als Antwort auf die im 2. Weltkrieg durchgeführte Massendeportation von Juden und Menschen anderer Nationalität erarbeitet wurde, verbietet es einer Besatzungsmacht nachdrücklich, Zivilpersonen zwangsweise umzusiedeln oder zu deportieren. Trotzdem betreibt Israel unverhüllt eine Politik der Deportation. Die Zwangsaussiedlungen weisen deutlich darauf hin, daß das palästinensische Volk seiner Intellektuellen und aktiven Führer beraubt werden soll. Ärzte, Richter, Vorkämpfer der Arbeiter, Rechtsanwälte, Lehrer, Geistliche und Bürgermeister wurden in der Besatzungszeit bereits gezielt deportiert, obwohl in den ersten Jahren auch eine Reihe von Massendeportationen aus der westlich des Jordan gelegenen Gegend um Latrun und aus einigen Ortschaften auf den Golanhöhen durchgeführt wurden.

Zu den schlimmsten Verletzungen der Menschenrechte gehören die Folterung und physische Mißhandlung von Häftlingen.

Laut Artikel 49 der 4. Genfer Konvention ist es einer Besatzungsmacht untersagt, Teile ihrer Zivilbevölkerung in das besetzte Territorium umzusiedeln. Seit Beginn der Okkupation verletzt Israel täglich diesen Artikel. Die erste offizielle Regierungsaktion fand im Juni 1967 statt, als etwa 160 Häuser von Arabern, die an die westliche Stadtmauer der Altstadt von Jerusalem grenzten, abgerissen wurden, um vor der Klagemauer einen Marktplatz zu eröffnen.

Die israelischen Behörden haben bisher mehr als 1,5 Mio Dunum (1 Dunum = 0,1 ha; d. Red.) westlich des Jordan konfisziert, und noch ist kein Ende dessen abzusehen. West-

lich des Jordan, im Ghazastreifen und auf den Golanhöhen wurden Hunderte von neuen Siedlungen errichtet. Der Minister für Landwirtschaft, Arik Sharon, spricht von einem Plan, nach dem einmal rund 2 Mio Juden in den besetzten Gebieten leben sollen (vgl. AIB, Nr. 7-8/1979, S. 40-41; d. Red.). In diesen Tagen werden unter dem Schutz des „Friedensvertrages“ mit Ägypten neue Siedlungen errichtet, wobei sich die vorgeschlagene „Autonomie“ rechtlich gesehen nur auf die Bevölkerung westlich des Jordan bezieht, nicht jedoch auf das Land...

Israel verfolgt konsequent diesen Weg, und es gibt bereits einen Beschluß, eine neue Verwaltungseinheit mit rein israelischer Gerichtsbarkeit für all die Siedlungen zu gründen (eine solche Einheit mit dem Namen „Shomron“ wurde vor kurzem gebildet). Praktisch bedeutet dies, daß die besiedelten Gebiete durch Israel annektiert werden. 1/3 des westlich des Jordan befindlichen Grundbesitzes ist bereits konfisziert worden, und es gibt schon neue Verordnungen über die Beschlagnahme von Land, die nur noch der Ausführung bedürfen. So ist es nicht schwer, sich die riesigen Gebiete vorzustellen, die unter dem Deckmantel der Autonomie annektiert worden sind.

Die Palästinenser geben nicht auf

In all den vielen Jahren sind Massenbestrafungen zu einem Kennzeichen der israelischen Okkupation geworden. Im Verlauf der Invasion wurden nahezu 20.000 Häuser abgerissen. Gesetzliche Grundlage dafür waren die Notstandsgesetze. Laut Verordnung des Verteidigungsministers wurde ein Haus dann abgerissen, wenn einer der Bewohner beschuldigt oder nur verdächtigt wurde, illegal gegen die Behörden tätig gewesen zu sein. Tausende von Frauen und Kindern wurden obdachlos. Der Grundsatz der Genfer Konvention, der besagt, daß Repressalien gegen Personen mit Rechtsschutz und Übergriffe auf deren Eigentum verboten sind, wurde und wird von Israel – mit stillschweigendem Einverständnis der USA – mit Füßen getreten; erst vor kurzem, während der „Friedensgespräche“, wurden in Silwad und Nablus Häuser abgerissen.

Bei den Demonstrationen in den Jahren 1976 und 1977 wurden viele Demonstranten erschossen, in der Mehrzahl junge Leute. Im Jahre 1976 gab es in Ramallah die längste Ausgangssperre – 11 Tage. Es war der Bevölkerung untersagt, den Jordan zu überqueren bzw. Besucher vom Ostufer zu empfangen. Im April 1978 wurde über Nablus eine sieben-tägige Ausgangssperre verhängt. Der Grund dafür wurde in der Zeitung Ma'ariv bekanntgegeben: Die Bevölkerung hatte nicht mit der Polizei zusammengearbeitet. Außerdem war für diese Zeit auch der Verkauf von Waren verboten. Und die 1979 über Halhoul verhängte Ausgangssperre dauerte 17 Tage und glich einem Belagerungszustand. Nach nahezu jeder Demonstration in Bir-Zeit stürmte die Polizei die Universität der Stadt, schlug auf die Studenten ein und nahm Verhaftungen vor.

Trotz all dieser Terrormaßnahmen, die klar und deutlich allen Grundsätzen des Völkerrechts widersprechen, wird der Kampf gegen die Besatzungsmacht, der seine Wurzeln in der unbesiegbaren Liebe zum Vaterland hat, fortgesetzt. Dieser Kampf ist jetzt noch heftiger geworden, nachdem der sog. Friedensvertrag zwischen Begin und Sadat mit Unterstützung von Carter zustande gekommen ist.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein vom Völkerrecht anerkanntes menschliches Grundrecht. Für die Durchsetzung dieses Rechts muß viel palästinensisches Blut fließen, aber die Palästinenser werden nicht aufgeben.

(Quelle: Neue Perspektiven, Helsinki, Nr. 6/1979, S. 42-44, Auszüge)

Oliver Tambo

Kampfperspektive im Süden Afrikas

Oliver Tambo, Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), stellte sich Anfang d.J. Fragen zur aktuellen Entwicklung im Südlichen Afrika. Deutlich wird, daß sich trotz der aktuellen Gegenoffensive der Westmächte und des Botha-Regimes neue Möglichkeiten für den Befreiungskampf auch in Südafrika anbahnen.

FRAGE: Wie beurteilen Sie die Situation im Süden Afrikas nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Feuereinstellung in Rhodesien?

O. TAMBO: Der Befreiungskrieg des Volkes von Zimbabwe ist Bestandteil und Fortsetzung der Befreiungskriege, die die Völker des Südens Afrikas seit Anfang der 60er Jahre gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid führen. Seitdem haben diese Völker ihre Reihen enger geschlossen, denn sie haben erkannt, daß sie für eine gemeinsame Sache gegen einen gemeinsamen Feind kämpfen. Die revolutionären Erfahrungen haben ihr politisches Bewußtsein geformt und ihnen den Gegner klar gezeigt.

Deshalb sehen wir in der Unterzeichnung des Abkommens über die Feuereinstellung einen strategischen Sieg der Völker unserer Region und aller Fortschrittskräfte. Doch der Feind ist noch nicht vernichtet. So geht der Kampf der Völker weiter und richtet sich gegen das letzte Bollwerk des Kolonialismus und Rassismus: gegen das südafrikanische Apartheidregime, das in Namibia und in der Republik Südafrika (RSA) vernichtend geschlagen werden muß.

Die Gegenoffensive im Süden Afrikas

Jetzt ist der Schwerpunkt die Vorbereitung der Wahlen in Zimbabwe. Aber die Imperialisten, vor allem Großbritannien, stellen das Abkommen als Signal zur Beendigung des revolutionären Kampfes im Süden Afrikas dar, als Rückkehr zu einer Zeit, da die Rassisten angeblich die Lebensbedingungen der unterdrückten und ausgebeuteten Massen verbesserten.

Eine solche Kampagne gehört zur großangelegten imperialistischen Gegenoffensive im Süden Afrikas, die sich zwei strategische Ziele setzt: den Status quo in Südafrika zu erhalten sowie die Revolution in Mocambique und Angola zum Rückzug zu zwingen. Deshalb müssen alle antiimperialistischen Kräfte höchste Wachsamkeit üben.

FRAGE: Was können Sie über die militärische Präsenz der RSA in Rhodesien sagen?

O. TAMBO: Sie begann in den ersten Tagen des Regimes von Ian Smith und seit den ersten Schüssen, die im bewaffneten Kampf für die Befreiung Zimbabwes fielen. Der Kampf wurde 1966 aufgenommen, und schon ein Jahr später mußten Tausende südafrikanische Soldaten das Smith-Regime vor dem Zusammenbruch retten.

Die militärische RSA-Präsenz nahm jahraus, jahrein zu. Zehntausende Einwohner von Zimbabwe und viele Ein-



wohner von Mocambique, Sambia und Botswana fielen, weil sich die Südafrikaner in den Krieg auf Seiten des Smith-Regimes einmischten.

Die Anwesenheit der Truppen Pretorias in Zimbabwe ergibt sich aus der Rolle der RSA als Gendarm, der die eigenen Interessen, aber auch die Interessen des Imperialismus als Ganzes verteidigt. Unlängst erklärten die RSA-Behörden unverschämte, sollte das Volk bei den bevorstehenden Wahlen in Zimbabwe für die Patriotische Front stimmen, so würden sie zur militärischen Gewalt greifen, um die Regierung der Front zu stürzen und ein Marionetten-Kabinet unter Bischof Muzorewa an die Macht zu bringen.

Diese herausfordernde Haltung zeigt noch einmal, daß der

Kampf für volle und wirkliche Unabhängigkeit bei weitem noch nicht zu Ende ist und daß wir ihn gegen den südafrikanischen und internationalen Imperialismus weiterführen müssen.

FRAGE: In der RSA werden die Repressalien verstärkt. Berichten Sie bitte über den Prozeß gegen den ANC-Funktionär James Mange und über ähnliche Prozesse.

O. TAMBO: Gerichtsfarce gegen die Apartheidgegner sind in Südafrika gang und gäbe. Aber immer weitere Verhaftungen, Folterungen und harte Urteile können die Patrioten nicht brechen, vielmehr machen sie die Bewegung für den Sturz des Rassistentystems noch heftiger. Das Volk ist fest entschlossen, seine Freiheit zu erringen.

James Mange und seine elf Kameraden wurden des Hochverrats (und nicht des in solchen Fällen üblichen Terrorismus) beschuldigt, damit das Todesurteil gefällt werden könnte. Das ist nichts anderes als unverhohlener Mord am politischen Gegner des Regimes. Der ANC forderte die internationale Öffentlichkeit zum Protest auf, um das Botha-Regime am Gewaltakt gegen James Mange zu hindern.

Aktuellste Aufgabe: Massenmobilisierung

FRAGE: RSA-Außenminister Botha erklärte, Pretoria wolle „die menschenunwürdigen und schmachvollen Formen der Rassendiskriminierung“ beseitigen, doch würden die Afrikaner trotzdem nicht an die Macht gelassen, denn das werde die Probleme des Landes nicht lösen.

O. TAMBO: Rassendiskriminierung kann sowieso nicht „würdig“ oder annehmbar sein. Schon die Idee der Teilung der Macht zwischen Weißen und Schwarzen ist rassistisch.

Wir verlangen nicht etwa unseren Anteil, wir kämpfen dafür, daß die politische und wirtschaftliche Macht dem ganzen Volk Südafrikas, unabhängig von Rasse oder Hautfarbe, übergeben wird. Das ist unsere Antwort auf die Probleme der RSA. Herr Botha sollte die vom ANC verkündete Freiheits-Charta aufmerksamer lesen.

FRAGE: Welche Kampfformen wendet der ANC an, um das Volk Südafrikas zu befreien?

O. TAMBO: Im Kampf für den Sturz des Rassistenregimes in der RSA verbinden wir die politische Massenarbeit mit den Aktionen der Arbeiter und den bewaffneten Aktionen unserer Volksarmee, die Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation; d. Red.) heißt. Trotzdem vertreten wir immer den Standpunkt, daß nur eine breite politische Bewegung des ganzen Volkes den Erfolg in der gegenwärtigen Etappe sichern kann.

Deshalb ist die Mobilisierung der Massen unsere aktuellste

Aufgabe. Wir intensivieren unsere Arbeit unter verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen. Der politische Kampf besteht darin, die rassistischen Behörden täglich herauszufordern, ihnen Widerstand zu leisten und gegen ihren Kurs der Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Knechtung der Volksmehrheit aufzutreten.

Der stärkste Teil unserer Bewegung ist die Arbeiterklasse, die sich hauptsächlich aus Schwarzen zusammensetzt. In den letzten Jahren demonstrierte sie wiederholt ihre Stärke und Aktivität. Unsere organisatorische und politische Tätigkeit entfaltet sich auch auf dem Lande, wo das Volk in Bantustans zusammengepfercht ist, wobei die Rassisten diese Bantustans gegeneinander aufhetzen.

Die Aufbietung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen das Rassistenregime ist die Grundlage des bewaffneten Widerstands, den das Volk selbst entfaltet hat. Mit jedem Jahr erweitert der Umkhonto We Sizwe seine Operationen. Die künftigen Siege der Völker von Zimbabwe und Namibia werden die Möglichkeit geben, auch in der RSA die militärischen Operationen der Patrioten auszudehnen.

FRAGE: Die ganze Welt ist über die Nachricht beunruhigt, daß in der RSA eine Atombombe getestet wurde. Wie könnte sich der Umstand, daß Pretoria Kernwaffen besitzt, auf die Lage in Afrika auswirken?

O. TAMBO: Die westliche Presse bezweifelt manchmal, daß eine Atombombe in der RSA wirklich zur Explosion gebracht wurde. Doch liegen unumstößliche Beweise für die Absicht und die Fähigkeit des Rassistenregimes vor, die Atomwaffen zu bauen.

Die Atombombe wird uns nicht eindämmen

Sie könnte in ihren Händen zu einem Mittel der Erpressung der afrikanischen Länder werden und Pretoria ungestraft Aggressionen ermöglichen. Außerdem wäre das ein Vorwand, die RSA in die NATO aufzunehmen, was den Wirkungsbereich dieses Blocks auf die südliche Hemisphäre ausdehnen würde. Was aber den Kampf der afrikanischen Völker für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, darunter den Kampf des Volkes Südafrikas, betrifft, so kann die Atombombe in den Händen der südafrikanischen Rassisten ihn keineswegs eindämmen, im Gegenteil, der Kampf wird weitergehen.

FRAGE: Bekanntlich unterhalten Großbritannien, die USA, die BRD, Frankreich und Israel entgegen den entsprechenden UNO-Resolutionen wirtschaftliche und militärische Beziehungen zur RSA.

O. TAMBO: In zahlreichen Urkunden und bei friedlichen Manifestationen rief die Weltöffentlichkeit jedes dieser Länder dazu auf, die RSA politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell zu isolieren. Das läge im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Afrika und der ganzen Welt. Aber besagte Länder hören weder auf die Weltöffentlichkeit noch auf die UNO, noch auf die unmittelbaren Opfer der rassistischen Verbrechen. Mehr noch, sie geizen nicht mit Geld, um die Wirtschaft und das Rüstungspotential des Regimes in Pretoria zu stärken, weshalb dieses sein Apartheidssystem aufrechterhalten und sich die direkte militärische Einmischung in Rhodesien leisten kann. Offenbar glauben die Westmächte, ihre Interessen in der RSA retten zu können, wenn sie das Rassistenregime die Provokationen im Süden Afrikas schüren lassen. Doch ist es zweifelhaft, ob die Interessen des Westens dabei noch beachtet werden.

Auf die westlichen Länder, die den Rassisten Vorschub leisten, muß man Druck ausüben, damit sie das verhaftete, verbrecherische Regime der weißen Minderheit nicht mehr unterstützen. (...)

(Quelle: Neue Zeit, Moskau, Nr. 2/1980, S. 22-23)

Spektakuläre ANC-Aktionen

Die Reihe spektakulärer Aktionen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) gegen das rassistische Regime in Südafrika – Überfall auf die Polizeistation Moroka in Soweto im Mai 1979, Guerillaoperationen im nördlichen Transvaal und andere – wurde im Dezember letzten Jahres ergänzt durch die vom ANC organisierte Flucht dreier weißer ANC-Mitglieder aus dem Zentralgefängnis von Pretoria ins Ausland. Alle drei – zugleich Mitglieder der KP Südafrikas – waren 1978 unter dem berüchtigten „Terrorismus-Gesetz“ wegen Verteilens von ANC- und KP-Flugblättern und Informationsmaterial bzw. wegen Unterstützung von Guerillakämpfern zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und unter höchster Sicherheitsstufe inhaftiert worden.

Für das rassistische Regime stellt dies einen moralischen Schlag und eine Blamage dar. Es belegt andererseits die gewachsene Befähigung des ANC und seines bewaffneten Arms, des Umkhonto We Sizwe, sowie der ebenfalls im Untergrund tätigen KP, dem Gegner ohne eigene Verluste Niederlagen zuzufügen und die Initiative zu ergreifen. Dem Widerstandswillen der unterdrückten Völker Südafrikas wird diese Aktion neue Impulse verleihen.

Gespräch mit John Gaetsewe

25 Jahre Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß



Am 5. März 1955, also vor 25 Jahren, wurde der Südafrikanische Gewerkschaftskongreß (SACTU) gegründet, der als einziger Gewerkschaftsverband Südafrikas alle Arbeiter, gleich welcher Hautfarbe, organisiert. Brutalen Verfolgungen ausgesetzt, allerdings niemals förmlich verboten, ist der SACTU seit den 60er Jahren gezwungen, faktisch illegal zu arbeiten (vgl. hierzu Interview mit Eli Weinberg in AIB, Nr. 7-8/1979). Die in den 70er Jahren ununterbrochene Serie von Streiks unterschiedlicher Größe ist sowohl Ausdruck der sich verschärfenden Gegensätze im rassistischen Südafrika und des wachsenden Widerstandswillens vor allem der afrikanischen Arbeiterschaft, als auch des langjährigen Wirkens des SACTU bzw. der in ihm zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften. Vor dem Hintergrund des gleichzeitig verstärkten Kampfes der Befreiungsbewegung in Südafrika setzt sich SACTU vor allem zum Ziel, die Organisation der Arbeiter Südafrikas zu verbessern und zu erhöhen. 1980 wurde vom SACTU zum „Jahr des Arbeiters“, seiner Mobilisierung ausgerufen.

Das AIB nahm die Gelegenheit der 25. Wiederkehr des Gründungstages des SACTU wahr, um mit dessen Generalsekretär John Gaetsewe (selber 1954/55 als Mitglied der Wäscherei- und Reinigungsfirmenarbeitergewerkschaft an dessen Gründung beteiligt) ein Gespräch zu führen.

AIB: Im März 1980 besteht die SACTU seit 25 Jahren. Welche Gründe führten zur SACTU-Gründung und woraus entwickelte sich der Verband?

J. GAETSEWE: Der Südafrikanische Gewerkschaftskongreß wurde 1955 gegründet. Warum? Man muß dabei zurückgehen auf die ICU.¹ Es bestand von jeher das Bedürfnis nach einer einzigen Organisation, die alle Arbeiter in sich vereinigte.

Nach der ICU wurde eine Organisation gebildet mit dem Namen Handels- und Industriearbeiterrat (TLC). Dieser Gewerkschaftsrat kannte in seinen Statuten keinerlei rassistische Diskriminierung. Die Mehrheit der Mitglieder waren jedoch Europäer und überdies eine Anzahl davon qualifizierte Arbeitskräfte, Handwerker z.B.; die einfachen Mitglieder dagegen, insbesondere die afrikanischen, fanden im TLC keinen Platz. Dies muß man vor dem Hintergrund der allgemeinen rassistischen Diskriminierung in Südafrika sehen, die jeden Fortschritt der Arbeiter behindert.

Es stellte sich zur Zeit des Bestehens des TLC also erneut die Frage, was getan werden konnte, um die Arbeiter unter einem Dach zusammenzubringen und zu gewährleisten, daß diese Organisation ihre Interessen repräsentiert. Daraufhin wurde der Nicht-Europäische Gewerkschaftsrat (NECTU) gebildet, der bis 1955 bestand, um dann mit dem Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß fusioniert zu werden.

Was sich damals ereignete, war folgendes: 1953 erließ die Regierung ein Gesetz, das unter dem Namen Gesetz über die Eingeborenenarbeit und über Konfliktschlichtung² bekannt wurde. Während der Einführung dieses Gesetzes gab es innerhalb der TLC zahlreiche Diskussionen. Die einen argumentierten, man solle dieses Gesetz nicht akzeptieren und es

bekämpfen, die anderen plädierten für seine Annahme und dafür, innerhalb seines Rahmens zu arbeiten.

Schließlich wurde ein Kongreß einberufen. Auf diesem Kongreß löste sich der TLC freiwillig auf aufgrund der Gegensätze innerhalb der Organisation; die Mehrheit entschloß sich daher zur Auflösung. Diese Mehrheit wurde vor allem von den weißen und einigen farbigen Mitgliedern gebildet. Nach der Auflösung des TLC ergab sich die Frage: Was nun? Die weißen Arbeiter beriefen eine Konferenz nach Durban ein, gestützt auf ihr rassistisches Regime. Unsere Vertreter waren ebenfalls zugegen. Es waren Vertreter der Gewerkschaft der Nahrungsmittel- und Konservenindustriearbeiter und der Nationalunion der Wäscherei- und Reinigungsfirmenarbeiter und einige wenige andere afrikanische Gewerkschafter.

Im Verlauf der Debatten dieser Konferenz wurden die afrikanischen Gewerkschafter von den Erörterungen ausgeschlossen und auf die Gästebank verbannt. Die verbliebenen Gewerkschaften waren mehrheitlich weiße Gewerkschaften. Die dann gegründete Organisation, Südafrikanischer Gewerkschaftsrat, ist diejenige, die heute als TUCSA existiert. Sie änderte ihren Namen, weil sie nicht mit der SACTU verwechselt werden wollte. Dieser Verband schloß die Afrikaner in seinen Statuten ausdrücklich aus. Das war im Oktober 1954. Seither gab es eine Anzahl von Versuchen der Afrikaner, aber sie blieben ausgeschlossen.

Im März 1955 versammelten sich diejenigen, die bei der Auflösung des TLC in der Minderheit geblieben waren, und gründeten den Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß (SACTU). Das war am 5. März 1955.

AIB: Es ist also so, daß sich die SACTU auf drei organisatorische Traditionen stützt?

J. GAETSEWE: Sicher. Zunächst war dies die ICU, dann der TLC und schließlich der NECTU, der mit der SACTU fusionierte.

AIB: Bei seiner Gründung gab sich die SACTU ein Statut und eine Art programmatische Grundlage. Könnten Sie deren Grundzüge kurz darstellen?

J. GAETSEWE: Zunächst stellt die Präambel des Statuts (siehe Kasten SACTU-Präambel) fest, daß die SACTU alle Arbeiter aufnimmt, ungeachtet der Rasse oder Hautfarbe, des Glaubens, des Geschlechts. Zum zweiten stellt sie fest, daß es keinen getrennten Kampf gibt, d.h., daß wir, indem wir für ökonomische Rechte kämpfen, zugleich für politische Rechte kämpfen. Die SACTU tritt also nicht allein für gewerkschaftliche Forderungen ein wie höhere Löhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw., sondern auch auf der politischen Ebene etwa gegen die Paßgesetze, die alle Afrikaner betreffen, für das allgemeine Stimmrecht. Dabei steht die SACTU nicht für sich, sondern die SACTU unterstützt die Organisationen, die diesen Kampf anführen. Dies ist einer der Hauptpunkte, der uns von anderen Gewerkschaften unterscheidet, die für sich in Anspruch nehmen, sich lediglich für gewerkschaftliche Rechte einzusetzen, nicht aber für politische.

Aufgrund dessen beteiligten wir uns 1955 an einem Konsul-

tativrat unter Führung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), in dem auch der Indische Nationalkongreß, der Kongreß der Farbigen und der Kongreß der Demokraten (COD) vertreten waren.

AIB: Welche Rolle spielt die SACTU heute in dieser Kongreß-Allianz, insoweit diese noch besteht?

J. GAETSEWE: Nun, die SACTU muß in Südafrika praktisch im Untergrund arbeiten, d.h. wir arbeiten offen im und vom Ausland her, aber im Untergrund innerhalb des Landes. In gewissem Maße besteht die Allianz fort, obwohl der ANC und der COD etwa verboten sind. Jedoch ist der ANC nach wie vor die führende Organisation, die führende nationale Befreiungsbewegung Südafrikas. Wir arbeiten daher weiterhin eng miteinander zusammen und stimmen uns ab. Wir sind zunächst Mitunterzeichner der Freiheitscharta und damit vertreten wir die darin enthaltenen Forderungen und kämpfen für sie. Einige unserer Mitglieder sind z.B. Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees des ANC; sie arbeiten dort als ANC-Mitglieder, umgekehrt sind ANC-Mitglieder SACTU-Mitglieder und arbeiten hier als Gewerkschafter.

AIB: Streiks der afrikanischen Arbeiter waren in Südafrika im vergangenen Jahrzehnt an der Tagesordnung. Wie beurteilt die SACTU diese Streiks und ihre Forderungen? Wie bemißt die SACTU ihren eigenen Einfluß hierbei?

J. GAETSEWE: Ich glaube, man kann sagen, daß, wenn es jemals eine Zeit gegeben hat, in der die SACTU den Eindruck gewinnen konnte, daß sie im Lande wirklich verankert ist und Einfluß hat, diese jetzt ist.

Es ist richtig, daß die SACTU für viele Jahre nicht offen in Südafrika operieren konnte. Aber man muß daran erinnern, daß die SACTU auf der Basis der Vertretung der Interessen des Volkes, insbesondere der Arbeiter, gegründet wurde. Daran hat sich nichts geändert; die Aufgabenstellung ist dieselbe geblieben, die Fragen sind immer noch dieselben wie in den 50er Jahren: die Frage der niedrigen Löhne, der Mietsteigerungen, der Gewerkschaftsrechte, des Wahlrechts als Bürger dieses Landes. Geht man von diesen Forderungen aus, so kann man sagen, daß ihre Bedeutung, ihr Widerhall heute größer ist als je zuvor.

Kampf gegen Scheinreformen

Tagtäglich kann man von Streiks hier oder dort hören, von Streiks für höhere Löhne, für bessere sanitäre Bedingungen in den Betrieben, für die Anerkennung der Gewerkschaften der Afrikaner, für deren Tariffähigkeit – all dies sind Forderungen, die wesentlich auf den Einfluß der Arbeit der SACTU zurückgehen.

AIB: Werden die sog. Reformen, die den Berichten der Wiehahn- und Riekert-Kommissionen folgen (vgl. AIB, Nr. 7-8 und 11-12/1979) die Position der SACTU in irgendeiner Weise revidieren?

J. GAETSEWE: Ich sehe keine solche Entwicklung. Selbstverständlich ist es sehr wichtig, den Arbeitern zu erklären, was dies wirklich bedeutet. Nicht, daß es eine echte Veränderung mit sich brächte, sondern, was sich dahinter verbirgt. Diese Vorschläge wurden auf die gleiche Weise eingeführt wie dies in den 50er Jahren oder schon in den 40er Jahren der Fall war. Erinnern wir uns daran, daß die Regierung 1948 eine Kommission einsetzte, die sich mit den südafrikanischen Arbeitsgesetzen beschäftigen sollte und die mit Vorschlägen hervortrat, die dann z.B. zu dem Gesetz über die Arbeitskonfliktschlichtung von 1956 führten.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, die Arbeiter darüber aufzuklären, was es mit den Vorschlägen auf sich hat, weil manche dies nicht erkennen. Was die Verbesserungen angeht, so kann von solchen keine Rede sein. Sicherlich gibt es einige Aspekte, die genau untersucht werden müssen, um zu

SACTU-Präambel

Erklärung der Prinzipien des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (SACTU)

Die Geschichte hat gezeigt, daß die Arbeiter ohne Organisation ihre Löhne und Arbeitsbedingungen nicht dauerhaft verbessern können. Nur wo die Arbeiter sich in durchsetzungsfähigen Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, waren sie in der Lage ihr Los zu verbessern, ihren Lebensstandard zu erhöhen und sich und ihre Familien allgemein gegen die Unsicherheiten des Lebens zu schützen.

Überdies hat die gesamte Erfahrung der Gewerkschaftsbewegung in der Welt gezeigt, daß sie nur auf der Basis der Einheit und im Geiste der Brüderlichkeit und der Solidarität aller Arbeiter voranschreiten kann. Die Gewerkschaften müssen vorbehaltlos jegliche Versuche zurückweisen, Uneinigkeit unter den Arbeitern auf der Grundlage von Hautfarbe oder Nationalität oder irgendetwas anderem zu säen.

So wie der einzelne Arbeiter oder irgendeine Gruppe von Arbeitern außerstande sind, ihr Los ohne die Organisation in einer Gewerkschaft zu verbessern, so ist die vereinzelte Gewerkschaft machtlos solange es nicht eine vereinheitlichende Organisation von Gewerkschaften gibt, welche die Bemühungen aller Arbeiter vereint. Damit eine solche Gewerkschaftsvereinigung erfolgreich handeln kann, muß sie in der Lage sein für alle Arbeiter zu sprechen, ungeachtet der Rasse oder Hautfarbe, der Nationalität oder des Geschlechts.

Die Zukunft des südafrikanischen Volkes liegt in der Hand seiner Arbeiter. Nur die Arbeiterklasse kann, im Verein mit anderen fortschrittlich eingestellten Schichten der Gemeinschaft, für alle Südafrikaner ein glückliches Leben aufbauen, ein Leben frei von Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Armut, frei von Rassenhaß und Unterdrückung, ein Leben ungeahnter Möglichkeiten für das gesamte Volk.

Die Arbeiterklasse kann bei diesem großen und edlen Unterfangen jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie selbst geeint und stark ist, wenn sie sich ihrer inspirierenden Verantwortung bewußt ist. Die Arbeiter Südafrikas brauchen eine geeinte Gewerkschaftsbewegung, in der alle Abteilungen der Arbeiterklasse unbehindert von Vorurteilen oder rassistischer Diskriminierung ihre Rolle spielen können. Allein eine solche wirklich geeinte Bewegung kann den Interessen der Arbeiter wirkungsvoll dienen – sowohl den unmittelbaren Interessen wie höhere Löhne und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen als auch dem letztlichen Ziel der vollständigen Emanzipation, für das unsere Vorväter gekämpft haben.

Wir erklären mit Bestimmtheit, daß die Interessen aller Arbeiter gleich sind, seien sie Europäer oder Nicht-Europäer, Afrikaner, Farbige, Inder, Engländer, Afrikaans-Sprechende oder Juden. Wir beschließen, daß diese Gewerkschaftsvereinigung darum kämpfen wird, in ihren Reihen alle Arbeiter zu vereinigen, ohne Diskriminierung und ohne Vorurteile. Wir beschließen, daß diese Organisation entschlossen versuchen wird, die Interessen aller Arbeiter zu fördern und zu schützen, und daß das sie leitende Motto die weltweite Losung der Arbeiterklassensolidarität sein soll:

„EIN UNRECHT AN EINEM IST EIN UNRECHT AN ALLEN“
(Quelle: Constitution of the South African Congress of Trade Unions, 1. Abschnitt, Lusaka o.J.)

sehen, in welcher Weise sie am besten ausgenutzt werden können. Ein grundsätzlicher Wandel ist gleichwohl nicht in diesen Vorschlägen enthalten.

Ein wirklicher Wandel insbesondere dahingehend, was die Lage der afrikanischen Arbeiter betrifft, wird erst mit der Abschaffung der Paßgesetze zustande kommen. Die Kontrolle der Afrikaner durch solche Gesetze muß beseitigt werden. Dann kann die Frage der Gewerkschaften erst sinnvoll erörtert werden.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, ohne das Recht der freien Vereinigung, ohne das Recht der Freizügigkeit – wie können da Gewerkschaften existieren? Dies ist die Kernfrage.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Der Verband der Industrie- und Handelsarbeiter ist eine 1920 gegründete Gewerkschaftsbewegung, die vor allem Afrikaner und Farbige organisierte und in den 20er Jahren sehr erfolgreich war.
- 2) Dieses Gesetz schrieb die rassistisch getrennte Organisation von Schwarzen und anderen rassistischen Gruppen vor. Es wurde 1956 ergänzt durch einen Zusatz zum seit 1924 existenten Gesetz über die Arbeitskonfliktschlichtung.

Entmilitarisierungsplan – die SWAPO unter Druck

Die westlichen Länder haben einen gemeinsamen Versuch unternommen eine Vereinbarung über eine entmilitarisierte Zone (DMZ) entlang der Grenze Angola und Sambia zu erzielen. Die Idee einer DMZ wurde zuerst von dem verstorbenen angolischen Präsidenten Dr. Neto als ein Mittel vorgeschlagen, die festgefahrene Diskussion über eine internationale Lösung in Namibia wiederzubeleben, nachdem Südafrika sich geweigert hatte, den Waffenstillstandsplan anzunehmen, der im letzten Februar (1979; d. Red.) von der UNO vorgebracht worden war.

Aber nach den Gesprächen zwischen der „Kontaktgruppe“ der 5. westlichen Länder (USA, BRD, Frankreich, Großbritannien und Kanada; d. Red.) und Südafrika war der Vorschlag, wie er schließlich als Entwurf Angola, Sambia und Südafrika unterbreitet wurde, beträchtlich abgeändert worden, um die südafrikanischen Einwände auszuräumen, und enthielt Elemente, die für die SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation; d. Red.) unannehmbar waren. Bezeichnenderweise wurde der SWAPO nur zu Informationszwecken eine Kopie des DMZ-Plans zur Verfügung gestellt.

Die Genfer Gespräche schlugen fehl

Die Gespräche, die im letzten November in Genf stattfanden, kamen kaum voran; als Vorbedingung für seine Anwesenheit bestand Südafrika darauf, daß die „demokratischen Parteien“ in Namibia ebenso wie die SWAPO Einladungen erhielten, und daß Diskussionen zwischen südafrikanischen Militärs und der Führung der zukünftigen UN-Friedenstruppe UNTAG durch die Gespräche nicht ausgeschlossen würden. Die südafrikanische Teilnahme wurde erst dann sichergestellt, als UN-Generalsekretär Dr. Waldheim eingewilligt hatte, Einladungen zu „Beratungszwecken“ an die anderen Parteien Namibias zu versenden, eine ähnliche Formel wie sie etwas früher in diesem Jahr für die „Annäherungsgespräche“ in New York ausgearbeitet worden war. Vertreter der Namibischen Nationalen Front (NNF) und der SWAPO-Demokraten waren bei den Genfer Gesprächen anwesend, nicht dagegen die Demokratische Turnhallen Allianz (DTA), welche die sog. Nationalversammlung, die im letzten Jahr von Südafrika geschaffen wurde, kontrolliert (siehe AIB, Nr. 2/1979; d. Red.).

Die vorgeschlagene DMZ würde ein weitreichendes Gebiet von 1400 km Länge und 100 km Breite (50 km auf jeder Seite der Grenze Namibias) einschließen, Teile Südafrikas und Südwestsambias umfassend, aber ohne sich auf Botswana zu erstrecken.

Die hauptsächliche Strategie hinter dem DMZ-Plan liegt darin, Südafrika durch den Rückzug der Streitkräfte der SWAPO aus dieser Zone zur Annahme eines Waffenstillstandes zu veranlassen. Dies steht im Kontrast zu den früheren Waffenstillstandsvorschlägen, im Rahmen derer die SWAPO-Streitkräfte durch die UNTAG zum Zeitpunkt der Ausrü-

fung des Waffenstillstands auf Stützpunkte beschränkt worden wären, in der gleichen Art und Weise wie die Beschränkung der südafrikanischen Streitkräfte auf ihre Stützpunkte.

Der Plan sieht die Schaffung der DMZ 14 Tage nach dem Beginn des Waffenstillstands vor. Zum Zeitpunkt des Eintritts des Waffenstillstands haben die Streitkräfte der SWAPO zwei Möglichkeiten: entweder unter UN-Aufsicht die Waffen niederzulegen oder sich auf Stützpunkte in Angola und Sambia außerhalb der DMZ zurück zu ziehen.

Die Überwachung der DMZ in Angola und Sambia läge in der Verantwortung der an der UNTAG beteiligten Länder, während die UNTAG innerhalb Namibias ihre Überwachungsfunktion gemäß den ursprünglichen Vorschlägen wahrnehmen würde.

Das Spiel mit der „Dritten Kraft“

Der am meisten umstrittene Punkt betrifft die sog. „ausgewählten Standorte“, für die in Namibia Rundu, Katima Mulilo, Mpacha, Omega und Oshakati, in Sambia Sesheke und Calai und in Angola Calai, Calueque und Ngiva vorgeschlagen wurden. Die SWAPO sieht das Problem darin, daß die Streitkräfte der SWAPO nicht in den angolischen und sambischen Standorten (obgleich dies angolischen und sambischen Militäreinheiten gestattet wäre) bleiben dürften, während die Südafrikaner in Namibia in den Stadtorten über eine Periode von 12 Wochen verbleiben könnten, um danach innerhalb von 4 Monaten auf 1500 Mann reduziert und nach Grootfontein und/oder Oshivello, jeweils außerhalb der DMZ, verlegt zu werden. (...)

Der Argwohn der SWAPO über die Motive der Westmächte bei der energischen Verfolgung ihrer DMZ-Idee wurden durch die Anstrengungen verstärkt, innerhalb Namibias eine politische Partei als sog. „Dritte Kraft“ zu schaffen, die eine Verschmelzung von SWAPO-Demokraten und NNF einschließt. Sie betrachtet dies als Teil eines umfassenderen Plans Südafrikas und der Westmächte, der die SWAPO im Rahmen einer Koalition zu einer Teilung der Macht zwingen soll.

SWAPO-Demokraten und NNF, die sich jetzt in Gesprächen über die Vereinigung beider Parteien befinden, beziehen sich offen auf die „Alvor“-Lösung, die fehlgeschlagene MPLA/UNITA/FNLA-Koalition, die 1975 in Portugal gebildet worden war. Nach ihrer Einschätzung würden die SWAPO, die DTA und die „Dritte Kraft“ bei von der UNO überwachten Wahlen jeweils 1/3 der Stimmen gewinnen. Die Westmächte bevorzugen ein derartiges Ergebnis, da sie glauben, daß die SWAPO-Demokraten und die NNF die Nationalisierungspolitik der SWAPO verhindern könnten, während die Teilnahme der SWAPO internationale Anerkennung sichern würde.

(Quelle: New African, London, Januar 1980)

Sam Nujoma Der bewaffnete Kampf behält Priorität

FRAGE: Wie ist die Haltung der SWAPO gegenüber der Schaffung einer entmilitarisierten Zone im Norden Namibias?

S. NUJOMA: Die SWAPO hat ein klares Programm zur Befreiung Namibias durch die Intensivierung des bewaffneten Befreiungskampfes. Sie ist aber auch zu einer Verhandlungslösung bereit. Wir akzeptieren im Grundsatz das Konzept einer Demilitarisierten Zone (DMZ) als einen Aspekt der Anstrengungen, eine Verhandlungslösung herbeizuführen.

FRAGE: Stimmen Sie dem letzten Plan zu, der am 1. Oktober 1979 Südafrika, Angola und Sambia durch UN-Generalsekretär Kurt Waldheim vorgeschlagen wurde?

S. NUJOMA: Die SWAPO stimmt in keiner Weise dem sog. Arbeitspapier unter der Überschrift „Überwachung und Schaffung einer DMZ“ zu. Wir weisen Punkt 11 zurück, der dem rassistischen Südafrika 6 Stützpunkte entlang der Grenze bei Ruacana, Oshakati, Rundu, Omega, Katiam Mulilo und Mpacha zubilligt. Für uns ist dies ein Schritt, Südafrika zu unterstützen und es zu ermutigen, seine Truppen in unserem Land zu belassen und weiterhin die Massen zu terrorisieren. Während der sog. Wahlen im Dezember 1978 zwangen diese Truppen die Bevölkerung die Marionetten zu wählen. Wir weisen jegliche Vorstellung zurück, in der DMZ Truppen zu stationieren, und die SWAPO verwirft die Stationierung von Feindtruppen, während SWAPO-Truppen ausgeschlossen werden. Wir werden unser Land niemals verlassen, um in fremde Länder zu gehen – niemals. Noch werden wir unsere Waffen der UNO übergeben. Wir werden Gebrauch von unseren Waffen machen gegen alle Elemente, die versuchen uns zu entwaffnen. Südafrika kann die SWAPO nicht entwaffnen. SWAPO-Guerillas sind da, bis hin nach Windhoek. Den SWAPO-Befehlshabern wird befohlen werden, ihre Waffen zu behalten und auf jedermann, der versucht sie zu entwaffnen oder sie aus ihrem Land zu vertreiben, das Feuer zu eröffnen. Wir werden es nicht hinnehmen, von irgendjemand unterdrückt zu sein.

„Ja“ nur zum Konzept der Entmilitarisierung

FRAGE: Glauben Sie, daß es nur eine militärische Lösung geben kann?

S. NUJOMA: Militärische Aktionen sind immer das Ergebnis politischer Bestrebungen. Angesichts des Fehlens einer Verhandlungslösung führen wir den bewaffneten Befreiungskampf, da der Feind rassistisch und faschistisch ist. Wenn sich auf Seite des Feindes Anzeichen einer Bereitschaft zeigen sollten, wird die SWAPO sicherlich immer zu einer Verhandlungslösung bereit sein.

FRAGE: Glauben Sie, daß die SWAPO Südafrika militärisch besiegen kann?

S. NUJOMA: Darüber gibt es keine Zweifel. Südafrika ist völlig demoralisiert. Soldaten desertieren aus seiner Armee. Der Einsatz von Kampfflugzeugen ist heute das letzte Geschoß in ihrer Waffenkammer. Die Aggressionsakte gegen die Volksrepublik Angola und die Republik Sambia sind die verzweifelten Aktionen eines demoralisierten Feindes.

FRAGE: Wie sehen Sie das Verhältnis Namibias zu Südafrika, wenn Sie an die Macht kämen?

S. NUJOMA: Eine SWAPO-Regierung würde keine Geschäfte – welcher Art auch immer – mit Südafrika betreiben, bis Südafrika selbst frei ist.

FRAGE: Selbst im ökonomischen Bereich?

S. NUJOMA: Namibia ist ein reiches Land – reich genug, um ohne Verbindungen oder Geschäfte mit dem rassistischen Südafrika auf seinen eigenen Füßen zu stehen. Wir wollen keine Neuaufgabe Mantanzimas in der Transkei oder Lucas Mangopes in Bophuthatswana werden (Ministerpräsidenten „unabhängiger“ südafrikanischer Bantustans; d. Red.).

FRAGE: Was wäre Ihre Haltung gegenüber den Gesellschaften, die heute den Rohstoffreichtum Namibias ausbeuten?

S. NUJOMA: Die Mehrheit der multinationalen Gesellschaften, die Namibias Rohstoffreichtum ausbeuten, haben im Einverständnis mit Südafrika ein Verbrechen am Volk Namibias begangen. Durch die Beschäftigung von Afrikanern als billige Arbeitskräfte im Rahmen des Kontraktsystems, das eine Form der Sklaverei darstellt, haben sie enorme Profite aufgehäuft. Die SWAPO wird alle kolonialen Institutionen, die von Südafrika und seinen imperialistischen Verbündeten geschaffen wurden, einschließlich der multinationalen Gesellschaften, völlig ausmerzen. Sie sind unser Feind. Sie bezahlen Pacht und Steuern an das rassistische Regime, wo-



durch Südafrika die Möglichkeit erhält, Waffen zum Töten unseres Volkes und zur Unterdrückung ihrer legitimen Bestrebungen in Richtung auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit zu kaufen.

FRAGE: Es wurde angedeutet, daß die SWAPO nicht mehr hinter dieser „harten Linie“ geeint sei. Ist es wahr, daß Sie einige „gemäßigte“ SWAPO-Mitglieder festgesetzt haben?

S. NUJOMA: Wir erwarten von der Presse des Feindes, daß sie Geschichten gegen die SWAPO erfindet. Die SWAPO ist eine gut organisierte Partei. Wir haben starke Institutionen geschaffen. Unser Kongreß wählt unsere Führung sowie das Zentralkomitee, das die Politik macht.

Die SWAPO – „eine gut organisierte Partei“

Im Januar und August (1979; d. Red.) traf sich unser Zentralkomitee mit allen anwesenden Delegierten und beschloß, daß der bewaffnete Kampf den wirksamen Weg zur Befreiung unseres Landes darstellt und daß er durchgeführt und intensiviert werden muß. Falls die SWAPO die Entscheidung gefällig hätte, mit dem Kampf aufzuhören, so hätten wir aufgehört. Es gibt keine Frage der Spaltung innerhalb der SWAPO. Sie ist keine Organisation von Individuen. Die gesamte Politik und alle Entscheidungen werden während der Diskussion im Zentralkomitee getroffen. Einzelne Mitglieder können die Politik nicht unterschiedlich interpretieren. Jedoch mag es reaktionäre Elemente innerhalb der SWAPO geben. Der Kampf verstärkt sich und der Feind steigert seine Repression. Einige Elemente mögen befürchten leiden zu müssen, eingesperrt oder getötet zu werden. Sie mögen ausfallen.

FRAGE: Haben Sie die Unterstützung Angolas in ihrer harten Haltung gegen den UN-Plan?

S. NUJOMA: Wir erfreuen uns der vollen diplomatischen, ökonomischen und militärischen Unterstützung der Volksrepublik Angola. Wir erwarten vom Volk Angolas nicht, nach Namibia zu gehen und zu kämpfen. Aber wir schätzen in außerordentlichem Maße seine Unterstützung unserer Sache und seine Opfer. Wegen dieser Unterstützung führt der Feind täglich einen Aggressionskrieg gegen Angola.

(Quelle: New African, London, Januar 1980)

Mengistu Haile-Mariam Eine Revolution der breiten Massen



Mengistu Haile Mariam, Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates Äthiopiens, zog aus Anlaß des 5. Jahrestages der Revolution am 12. September 1979 Bilanz (siehe auch AIB, Nr. 11-12/1979, S. 51-54). Wir bringen jene Ausschnitte aus der Rede Mengistus, in denen er sich mit inneren Errungenschaften und Problemen, darunter der Agrarfrage, dem Bildungssektor und dem Aufbau einer Avantgardepartei, befaßt.

(. . .) Seit unser Kampf Teil der internationalen sozialistischen Bewegung wurde, ist unsere Freiheit ein Schritt hin zur Befreiung der Menschheit. Daher bedeuten unsere Siege und Errungenschaften Freude für die unterdrückten Völker der Welt.

Es mag Leute geben, die behaupten, daß die revolutionäre Periode durch Terror, Anarchie und weitverbreitetes Blutvergießen gekennzeichnet sei. Dies sind eben dieselben Elemente, die für Terror, Anarchie und Blutvergießen verantwortlich sind. Im Gegenteil werden all diejenigen, die zur Verteidigung ihrer geschichtlichen Einheit Opfer gebracht haben und die für Sozialismus und Demokratie kämpfen, sich mit Freude die letzten 5 Jahre der Revolution vergegenwärtigen. Dies ist so, weil die breiten Massen die Richtigkeit des sozialistischen Weges erkannt haben.

Die breiten Massen Äthiopiens werden auch weiterhin einheits- und revolutionsfeindlichen Kräften entgegentreten, da sie eine bedeutende internationalistische Verpflichtung und Rolle übernommen haben. Die Revolution, die sie verteidigt haben und weiterhin verteidigen werden, ist der einzige Weg zu Wohlstand, Gleichheit und Sozialismus. Aus diesem Grunde setzen sie den Weg fort unter dem Banner: „Revolutionäres Vaterland oder Tod!“ (. . .)

Die expansionistischen Mächte, die ständig bemüht sind den Frieden und die Stabilität in diesem Teil der Welt zu stören, sollten sich darüber im klaren sein, daß die Politik der Verletzung der international anerkannten Grenzen Äthiopiens, seiner historischen Einheit und territorialen Integrität auch entsprechende Gegenmaßnahmen unsererseits hervorrufen könnte. Auch wir wären durchaus in der Lage, den Weg der Invasion einzuschlagen, den unsere Gegner mit dermaßen kalkulierter Arroganz verfolgt haben. Aber es ist nicht unsere Absicht, irgendjemanden zu bedrohen.

Wir suchen weiterhin Frieden, da wir weder territoriale Ambitionen noch Kriegsabsichten hegen. Unsere Politik ist in den Prinzipien des Friedens und der gutnachbarlichen Beziehungen verankert. Wir haben weder die Absicht noch die Lust, uns auf eine solche Politik rücksichtslosen Abenteueriums einzulassen, wie sie unsere Feinde gegen uns verfolgten.

Wir haben wiederholt die Regimes, die sich in den aktiven Dienst des internationalen Imperialismus stellten, davor gewarnt, sich am revolutionären Äthiopien zu vergreifen.

Wir waren gezwungen, einen bitteren Kampf und ungeheueres Opfer auf uns zu nehmen, um unsere Einheit und territoriale Integrität zu sichern, da wir es ablehnten, uns unseren Feinden zu unterwerfen. Unser Wunsch nach Freundschaft und friedlicher Koexistenz wurde als eine Schwäche gedeutet. Dennoch, wir strecken auch heute die Hand zur Freundschaft aus in dem Wunsch nach gutnachbarschaftlichen Beziehungen. (. . .)

Anders als bürgerliche Revolutionen, die das Verhältnis zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufrechterhalten, war unsere Revolution nicht darauf beschränkt, die feudalen Herrscher zu entmachten. Dies war nur der Anfang. Das Ziel unserer Revolution besteht darin, den herrschenden Klassen die ökonomische Basis zu entziehen und eine neue Gesellschaft aufzubauen, die auf Freiheit und Gleichheit beruht.

Anders als bürgerliche Revolutionen . . .

Unsere Revolution ging nicht von einer Basis aus, wo die gesellschaftliche Arbeit sich unter der Kontrolle der Monopole entwickelt hätte. Unsere Revolution brach in einem Land aus, das sich unter einer neokolonialistischen Herrschaft bei einer extrem zurückgebliebenen industriellen Entwicklung befand. Dennoch, es ist eine Revolution, die sich der Unterstützung des sozialistischen Lagers erfreut, die geleitet ist von der Ideologie der Arbeiterklasse, die auf dem Bündnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft beruht und die die aufrichtige Unterstützung der breiten Massen genießt. Es handelt sich um eine Revolution, die ein Bestandteil der sozialistischen Weltbewegung ist.

Wir haben wiederholt erklärt, daß es nicht das Ziel unserer Revolution ist, eine Form von Privateigentum durch eine andere zu ersetzen. Des öfteren ist bereits gesagt worden, daß es ihr Ziel sei, Gleichheit zu schaffen, eine von Ausbeutung freie Gesellschaft zu errichten und letztlich die Existenz von Klassen überhaupt abzuschaffen. Zu keiner Zeit unterließen wir es zu betonen, daß es niemals unsere Absicht sein kann, Feudalherren durch Großbauern oder imperialistischen Raub durch Ausbeutung von seiten ihrer Lakaien zu ersetzen.

Allgemein betrachtet ist es das Ziel unserer Revolution, den Sozialismus zu erbauen. Wir sagen jedoch nicht, daß es sich dabei um ein Phänomen handelt, wo jegliche Armut sogleich gebannt ist. Die Geschichte der Revolutionen bezeugt, daß wegen des erbitterten Klassenkampfes während der Übergangszeit, weit entfernt vom Aufbau neuer ökonomischer Strukturen, zeitweilig der Lebensstandard der breiten Masse absinkt. In den Städten kann es sogar zu Lebensmittelverknappung kommen.

Die Dauer der Krise wird bestimmt durch die Stärke der Unterstützung, die die Revolution gegenüber ihren Gegnern erfährt. Die Krisenperiode kann abgekürzt werden, wenn die breiten Massen über die nötige Disziplin, politisches Bewußtsein und eine starke politische Führung verfügen. Wenn wir von diesem Blickwinkel aus unseren eigenen Weg betrachten, stellen wir fest, daß unsere Probleme im Abnehmen begriffen sind, weil die Massen mit Entschlossenheit voranschreiten, und die Revolutionäre Regierung eine entschiedene Führung darstellt.

Es ist keine leichte Sache, eine tragfähige Administration herzustellen, die im Anfangsstadium einer Revolution, besonders auf dem ökonomischen Sektor, in der Lage ist, Probleme schnell zu lösen. Die Produktionsverhältnisse, die uns das reaktionäre System vermachte, sind rückständig. Die Produktionsverhältnisse jedoch, um die wir ringen, sind genau entgegengesetzter Art. Was wir erreichen wollen, ist eine Atmosphäre, in der jeder gemäß seinen Fähigkeiten arbeitet und seiner Leistung entsprechend entlohnt wird. Aber auch wenn die wirksame Nutzung der finanziellen und materiellen Hilfsquellen, die Verwaltung und Kontrolle der Produktionsmittel und der Verteilung und die Zentralisierung der Gesamtwirtschaft des Landes außer Frage steht, ist dies keine leichte Aufgabe, da es für die breite Masse etwas völlig Neues ist. Was das betrifft, können wir nützliche Lehren aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder ziehen. Dennoch ist es keine leichte Aufgabe, diese unmittelbar in die Praxis umzusetzen wegen der in diesem Lande herrschenden objektiven Bedingungen.

Diese Charakterisierung der Übergangsperiode ist der Ausgangspunkt für unsere Entwicklung und keineswegs, wie die Reaktionäre behaupten, eine durch unsere Revolution entfachte Katastrophe. Ganz im Gegenteil richtet die Revolution alle ihre Bemühungen auf die Wiederankurbelung und Entwicklung der von diesen Reaktionären am Wachstum behinderten und sabotierten Wirtschaft. Deshalb hat der Provisorische Militärische Verwaltungsrat unmittelbar nach der erfolgreichen Abwehr des Angriffs der Reaktionäre und nach dem errungenen Sieg die Proklamation vom 29. Oktober 1978 erlassen, welche die Gründung des Höchsten Rates für die Nationale Revolutionäre Entwicklung und Zentrale Planung vorsah. Und indem die arbeitende Bevölkerung dem

Aufruf des Rates zu einer Kampagne folgte, hat sie ihren Kampf um die Steigerung der Produktion intensiviert. Breite Massen Äthiopiens!

Die Ergebnisse des ersten Jahres der ökonomischen und kulturellen Entwicklungskampagne sind im großen und ganzen ermutigend.

Obwohl viele Industriebetriebe wegen der gegen uns entfesselten Kriege, besonders durch die von verräterischen Separatisten verursachten Zerstörungen, die Produktion einstellen mußten, hat die industrielle Produktionsleistung dank der Entwicklungskampagne 93% des für dieses Jahr aufgestellten Planzieles erreicht. Das bedeutet eine Erhöhung um 36% im Vergleich zu dem Produktionsstand des letzten Jahres.

Dieses Ergebnis kam zustande dank der angestrebten Bemühungen der Werktätigen und Kader in der Verwaltung, um das für jedes einzelne Industrieunternehmen gesteckte Planziel zu erfüllen. Allein auf die Preiserhöhungen, veralteten Maschinen, die Knappheit von Ersatzteilen, die Transportprobleme, den Roh- und Brennstoffmangel ist es zurückzuführen, daß nicht ein noch eindrucksvolleres Ergebnis zu verzeichnen war.

Während dieser einleitenden Aufbauphase müssen wir uns notwendigerweise auf den landwirtschaftlichen Sektor konzentrieren, weil es keine größeren Industriebetriebe gibt, welche die Revolution hätte übernehmen können. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor werden die genauen Resultate etwa im Januar 1980 bekannt sein, doch gibt es greifbare Anzeichen dafür, daß die Aussichten vielversprechend sind. (...)

Der Bauer – Hauptnutznießer der Revolution

Im landwirtschaftlichen Sektor lastet eine sehr schwere Verantwortung besonders auf den Bauern. Der Bauer, besonders der Mittel- und arme Bauer, ist der Hauptnutznießer der Revolution, weil er jetzt genügend eigenes Land zur Bebauung hat. 96% des für die Ernährung der Bevölkerung bereitgestellten Getreides wird vom Bauern produziert.

Er produziert auch 98% des Kaffees, der eine wichtige Devisenquelle darstellt. Somit ist die Rolle, die der Bauer in unserem Entwicklungsvorhaben zu spielen hat, der entscheidende Faktor, weil eben sein Beitrag zu unserer Volkswirtschaft unvergleichlich hoch ist.

Außerdem ist sein persönliches Einkommen gewachsen, weil er keine Abgaben mehr an habgierige Großgrundbesitzer entrichten muß. Es war ihm auch möglich, für sich und seine Familie die nötigen Nahrungsmittel zu beschaffen und einen Überschuß zu erzielen. Ein qualitativer Unterschied im Lebensstandard des Bauern ist jedoch bisher nicht erkennbar.

Deshalb ist es wichtig, die Produktionsgenossenschaften in den ländlichen Gebieten zu erweitern, wenn das ökonomische und kulturelle Niveau der Bauern und anderen Werktätigen angehoben werden soll, und zwar durch den Aufbau Äthiopiens auf einer starken materiellen und technischen Grundlage. Die Reaktionäre stehen der Ausdehnung von Produktionsgenossenschaften ausgesprochen feindlich gegenüber. Sie verbreiten die reaktionäre Propaganda, daß dieselbe Revolution, nachdem sie dem Bauern Land gegeben hat, es ihm mittels dieser Genossenschaften wieder wegnehme. Die Errichtung von Produktionsgenossenschaften, weit davon entfernt der Beweis für einen politischen Rückschritt zu sein, wie es die Propaganda der Reaktionäre will, ist hingegen der lebendige Beweis dafür, daß wir den Prozeß des sozialistischen Aufbaus auf dem Lande fördern. Einer der historischen Siege der Revolution ist die Verteilung des Landes, das früher in den Händen weniger Mitglie-



der der herrschenden Klasse und ihrer Agenten konzentriert war. Durch eine solche radikale Maßnahme wurde der Bauer in die Lage versetzt, seine demokratischen Rechte wahrzunehmen. Demokratie gewinnt jedoch erst dann ihre wahre Bedeutung, wenn sie mit der Zentralisierung einhergeht. Hierfür kämpft auf seine Weise auch der Bourgeois. Er wünscht, daß die einzelnen Bauern ihre zerstückelten Anwesen im Namen einer modernen mechanisierten Landwirtschaft wegen des ihm daraus zufließenden Gewinns zusammenschließen. Der Bourgeois ist bestrebt, diesem Ziel Bewunderung abzugewinnen, auch wenn es die Vertreibung der Bauern von ihrem Lande bedeutet. Genau das ist es, was die Bourgeoisie unter Zentralisierung versteht.

Aber wenn wir von Produktionsgenossenschaften sprechen, und das kommt in den Direktiven klar zum Ausdruck, meinen wir, daß verstreute Bauern und Handwerker sich zusammenschließen sollten, um durch die Anwendung moderner Technologie eine Produktionssteigerung zu ihrem eigenen Nutzen erreichen und damit die Regierung in die Lage versetzen zu können, sie auf wirksame Weise zu unterstützen. Wir meinen, sie sollten die in der Revolution erworbenen demokratischen Rechte mittels einer für sie vorteilhaften Zentralisierung konsolidieren. Der Sozialismus kann nur errichtet, und das ökonomische, soziale und kulturelle Niveau des Volkes gehoben werden, wenn wir eine solche Politik in den ländlichen Gebieten betreiben.

Zur Zeit ist der ökonomische Beitrag des Bauern zum zentralen Entwicklungsplan mager gemessen an dem, was zum Aufbau des Sozialismus vonnöten ist. Wenngleich der Beitrag des Bauern, den er bisher durch seine Verbände auf politischem und ökonomischen Gebiet geleistet hat, nicht unterschätzt werden soll, so muß doch der Prozeß der Zusammenfassung der Bauern in Produktionsgenossenschaften beschleunigt werden, um eine Wirtschaft aufzubauen, die durch einen zentralen Plan auf sozialistischer Basis gestützt wird. (. . .)

Schaffung von Produktionsgenossenschaften

Breite Massen Äthiopiens!

Die Ziele des Handelssektors der Volkswirtschaft sind die Verbesserung des Warenaustausches, die Kontrolle des Preisauftriebs und die Erhöhung unserer Deviseneinnahmen durch den Ausbau des Außenhandels.

Der einzige Weg, um den fließenden Warenverkehr zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern, Produzenten und Konsumenten sicherzustellen, und Preisstabilität zu wahren, ist die Stärkung der Beteiligung von Regierung und Massenorganisationen. Diesbezüglich hat man versucht, die betreffenden Regierungskommissionen während der Kampagne zu stärken.

Da hier unser Kampf stattfindet zwischen dem auf die Massen orientierten Handelssektor, der noch neu und unerfahren ist, und einem fest etablierten privaten Sektor, sind wir nicht in der Weise mit unseren Bemühungen vorangekommen, wie wir es geplant hatten. Jedoch zeigt die Lage im Jahre 1979, eine kumulative Auswirkung unserer Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen, eine gewisse Verbesserung gegenüber den vergangenen Jahren. Während der gleichen Periode hat sich der Preisauftrieb verlangsamt. Trotz dieser positiven Tendenzen untersteht wegen des noch niedrigen Anteils sowohl der Regierung als auch der Massenorganisationen der Handel noch nicht ihrer völligen Kontrolle. Solange die breiten Massen der Ausbeutung durch habieriger Schieber und Spekulanten ausgesetzt sind, wird eine Beteiligung an Entwicklungsprogrammen und an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen keinen Erfolg haben. Unser Kampf auf diesem Sektor erfordert nicht weniger Aufmerksamkeit

als die Steigerung der Produktion. (. . .)

Wenn es ein gemeinsames Problem gibt, an dem alle Sektoren der Volkswirtschaft in gleicher Weise ihren Anteil haben, so ist es der Mangel an Fachkräften. Ein Weg, um dieses Grundproblem anzupacken, wird die Erweiterung des Bildungssektors sein, indem die Aufnahmequoten erhöht und dem sozialistischen Aufbau dienlich gemacht werden.

Somit hat sich die Aufnahme in höhere Bildungsanstalten seit dem Ausbruch der Revolution von ca. 7.000 auf mehr als 15.000 Schüler erhöht. Dabei wurde der Nachdruck auf Wissenschaft und Technologie, darüber hinaus auf die Landwirtschaft und die Ausbildung von Hochschullehrern, gelegt. Um die Bildungsmöglichkeiten überdies zu fördern, werden in verschiedenen Teilen des Landes Schulen errichtet. Diesbezüglich werden radikale Maßnahmen auf dem Bildungssektor ergriffen, indem die durch das entmachtete Regime früher vernachlässigten Gebiete den Vorrang erhalten. So ist die Zahl der Grundschulen von 2.754 zur Zeit des Ausbruchs der Revolution auf gegenwärtig 5.304 angewachsen. Allein während des letzten Jahres wurden durch den Staat sowie die Öffentlichkeit 511 Grundschulen gebaut. In gleicher Weise hat sich die Zahl der höheren Schulen während der letzten fünf Jahre von 503 auf 807 erhöht.

Dieser gewaltige Fortschritt hat große Bedeutung für die Heranbildung bewußter Staatsbürger mit hohem kulturellem Niveau und technischem Rüstzeug, will man eine sozialistische Ordnung errichten.

Im Einklang mit unserem Ziel, 93% der Bevölkerung Äthiopiens von den Fesseln des Analphabetentums zu befreien, haben schätzungsweise 1,4 Mio Erwachsene im Laufe des letzten Jahres den nötigen Elementarunterricht erhalten. Ferner war die kurzfristig im Sommer in Gang gesetzte und jetzt noch laufende Kampagne verbunden mit der Absicht, etwa 1,1 Mio Analphabeten eine Elementarbildung zu verschaffen. Aber dank der koordinierten Anstrengungen der breiten Massen, der Jugendlichen und Lehrer, ist die Zahl der Teilnehmer auf mehr als 4,5 Mio angewachsen. Den Massen- und Regierungsorganisationen kommt die Hauptrolle in dieser Kampagne zu. Wenn wir konsequent an diesen Bemühungen festhalten, werden wir zweifellos das Analphabetentum in ziemlich kurzer Zeit in ganz Äthiopien ausmerzen können. (. . .)

Während wir von unseren Erfolgen sprechen, sollten wir nicht versäumen, einige der hervorstechendsten Probleme, auf die wir gestoßen sind, zu erwähnen.

Die Knappheit an Investitionen und Ersparnissen, die Mängel im Baugewerbe, die unausgeglichene Außenhandelsbilanz und der Verlust an Devisenreserven, der geringfügige Preisrückgang auf dem Binnenmarkt und die Knappheit an den für die Entwicklung und Konsumentenbedürfnisse usw. notwendigsten Gütern sind alles direkte Widerspiegelungen



Äthiopische Genossenschaftsbauern bei der Feldarbeit

der schwachen Seite unserer Volkswirtschaft. Solange wir jedoch auf einer Planungsgrundlage operieren und uns bewußt an der Entwicklung unserer Wirtschaft beteiligen, werden alle diese Schwierigkeiten keinesfalls unüberwindlich sein.

Obwohl keine genauen Ziffern über die Zahl der Arbeitslosen im Lande verfügbar sind, zeigt eine kürzliche Erhebung, die stichprobentypisch in 31 Städten quer durch das Land vorgenommen wurde, daß Addis Abeba allein 89.000 Arbeitslose hat, während die übrigen 30 Städte auf 86.000 arbeitslose Personen kommen, so daß eine rohe Schätzung die Gesamtzahl von 175.000 Personen ergibt. (. . .)

Wie ich kurz zu erklären versuchte, sind die Probleme, denen wir gegenüberstehen, während wir unseren ökonomischen Aufbau beschleunigen, nicht unüberwindlich. Der Beweis hierfür wurde durch die ermutigenden Resultate der ersten Kampagne erbracht. (. . .)

Die Avantgardepartei als Kampfaufgabe

Alle Revolutionen der Vergangenheit und auch unsere Erfahrung haben uns gelehrt, daß die breiten Massen, wenn sie nicht ihre Anstrengungen koordinieren und die richtige Führung bekommen, den Sieg nicht erringen werden, bloß weil sie für eine richtige Sache eintreten. Die Garantie für den Sieg ist daher die richtige politische Linie und eine zuverlässige organisatorische Arbeit.

Eine revolutionäre Organisation oder Partei, welche eine avantgardische Rolle spielen kann, entsteht nicht von selbst. Auch ist sie nicht durch den Zusammenschluß einiger selbstsüchtiger und ehrgeiziger Personen oder Gruppen zu bilden. Eine Partei der Arbeiterklasse ist eine aus sehr klassenbewußten und entschlossenen Kämpfern bestehende Organisation, die bereit sind, sich selbst für die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats zu opfern, eine Organisation, die sie durch die Grundsätze des Marxismus-Leninismus leiten läßt, und die auf dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und anderen werktätigen Massen basiert. Da die historische Aufgabe dieser Avantgarde immens ist, erfordert ihre Verwirklichung mühsame Kämpfe und Opfer. Darum widersetzen sich ihr die Reaktionäre, die sich über die Konsequenzen einer organisierten Bewegung der Arbeiterklasse im klaren sind. Wenn sie könnten, würden sie ganz offen versuchen, sie zu zerstören; wenn nicht, dann durchsetzen sie sie mit ihren Agenten, um sie entweder unter eigene Kontrolle zu bringen oder sie zu zerschlagen. Deshalb müssen all diese Hindernisse überwunden werden, um eine starke und geschlossene Partei zu bilden. (. . .)

Obwohl die Revolution zu verschiedenen Zeiten von Pseudorevolutionären verraten wurde, haben die echten Revolutionäre fest zu ihr gestanden. Infolge dieser festen Haltung der Revolutionäre ist man schließlich zu der Übereinkunft gekommen, die Partei der Arbeiterklasse auf der Basis der Einheit von Kommunisten zu bilden. Um diese historische Aufgabe der Gründung der Partei in Angriff zu nehmen, soll sehr bald eine mit Gesetzesvollmacht ausgestattete Kommission gebildet werden. Danach wird die einzige legale revolutionäre politische Körperschaft, die mit der Aufgabe betraut sein wird, die Partei zu organisieren, eben diese Kommission sein. Im Namen aller äthiopischen Revolutionäre und in meinem eigenen appelliere ich an die Revolutionsregierung, an die breiten Massen- und Berufsorganisationen, an die revolutionäre Armee und all jene, die mit der Revolution sympathisieren, und konsequent für die territoriale Integrität des Vaterlandes eintreten, der Kommission die notwendige Unterstützung zu geben. (. . .)

(Quelle: The Ethiopian Herald, Addis Abeba, 14.9.1979)

edition südliches afrika

G. Wellmer

Frauen im Befreiungskampf

Aussagen afrikanischer Frauen und Frauenorganisationen

Die besondere Rolle, welche die Frauen in den Befreiungskämpfen im Südlichen Afrika spielen, wird anhand von Dokumenten ihrer Organisationen, autobiographischen Texten und an deren Selbstzeugnisse sowie einer Reihe von Interviews dokumentiert. Neben Informationen über die Arbeit der Frauenorganisationen der einzelnen Befreiungsbewegungen vermitteln diese Texte auch eine Vorstellung von den Problemen, denen sich Frauen im Südlichen Afrika gegenübersehen, und die dazu beitragen, daß sie sich am Befreiungskampf beteiligen. Bei der Schilderung ihres Kampfes betonen die Frauen die Notwendigkeit, vordringlich die rassistischen Herrschaftssysteme im Südlichen Afrika zu bekämpfen, deren Beseitigung sie als Voraussetzung zur Verwirklichung einer Gesellschaft ansehen, wo auch die von ihnen ausführlich dargestellte Unterdrückung der Frauen durch die Männer nicht mehr besteht.

188 Seiten 38 Fotos ISBN 3-121614-45-7 Preis: DM 12,80



Das Schwarze Wort

Diese Anthologie zeitgenössischer, zumeist schwarzer Literatur aus Südafrika, enthält Erzählungen und Gedichte von Nongane, Wally Serote, Alex La Guma, Can Themba, Casey Motisi, Muriel M. Tlali, Basil February, Bessie Head, James Matthews, Mafika Pascal Gwala, Th.H. Gwala, Jack Cope, James Molobe und Webster Makaza.

Drei Essays machen grundlegende Aussagen zur Rolle der Literatur im Befreiungskampf und zur Situation kritischer Autoren unter dem Apartheid-System.

101 Seiten, ISBN 3-921614-34-1 Preis DM 6,-

Die Kinder von Soweto

Erzählungen für Kinder über schwarze Kinder im Apartheidstaat Afrikas

Das Schicksal der Familie Silinga steht für tausende von Familien in den Townships Südafrikas, so wie der Name Soweto stellvertretend für die Unterkünfte der Schwarzen in den für Weiße reservierten Teilen des Landes steht. Am Schicksal dieser Familie wird die Diskriminierung in allen Lebensbereichen aufgezeigt.

Die in leicht verständlicher Sprache erzählte und mit eindrucksvollen Graphiken illustrierte Geschichte erlaubt auch Kindern einen Zugang zur Problematik des Apartheidstaates.

32 Seiten ISBN 3-921614-46-5 Preis: DM 6,50



Max Koranyi,
Frank Overhoff

Weihnachten in Soweto

Dokumentation der Situation in Soweto



edition südliches afrika

82 Seiten, Preis DM 6,-
ISBN 3-921614-38-4

Max Koranyi, Frank Overhoff:

Weihnachten in Soweto

Während die bisherigen, nicht gerade zahlreichen Unterrichtseinheiten und Lehrmaterialien zum Rassismus in Südafrika sich in der Regel an Schüler und Lehrer der Sekundarstufe wenden, wird hiermit erstmals eine – bereits erprobte – Unterrichtseinheit für Hauptschüler vorgelegt, die für den Sozialkunde- und Religionsunterricht geeignet ist. Thema ist das Leben der schwarzen Jugendlichen und Kinder in den städtischen Ghettos Südafrikas. Die Arbeit vermittelt Betroffenenheit, weil sie den Bezug zur Situation des Schülers auch in der Bundesrepublik vermittelt.

zu beziehen über: **issa**
Informationsstelle Südliches Afrika
Blücherstraße 14 5300 Bonn-1
Tel.: 02221/21 32 88

Vertrieb für den Buchhandel:
CON
Osterstraße 36
2800 Bremen

Peter Jacobs

Es werde Licht in El Chanal Beobachtungen im neuen Nicaragua (3. Teil)



Mühsam mit dem Holzpflug zieht ein Bauernjunge seine Furchen. Was der winzige Familienacker hergibt, reicht nur für ein Hungerleben. Modernes technisches Gerät war in der nikaraguanischen Landwirtschaft bisher allenfalls auf den Fincas (Landgüter; d. Red.) der Großgrundbesitzer zu finden. Aber den Landarbeitern dort erging es meist noch schlechter. Sie wurden von den-Großgrundbesitzern in mittelalterlicher Weise ausgebeutet. Nun hat die Landreform einen Lichtschein in ihr karges Leben gebracht.

In der Abenddämmerung, wenn in den Pflanzungen das Geräusch der Papageien erstirbt und das giftige Sirren der Moskitos einsetzt, versammeln sich auf der Terrasse der Finca El Chanal ein gutes Dutzend Landarbeiter. Polternd rücken sie Stühle um einen großen runden Tisch zurecht. Wer dort keinen Platz mehr findet, läßt sich zögernd in einem der Schaukelstühle nieder. Das Milieu ist ungewohnt für sie, und mancher ist von Ehrfurcht erfaßt wie sonntags in der Kirche. Auf der Terrasse erteilt eine junge Frau aus der Stadt ihnen Unterricht in Lesen und Schreiben.

Landarbeiter – schlimmer gelebt als das Vieh

Solange das Landgut dem Señor Quintana gehört hat, durfte kein sterblicher Ackerknecht und Viehtreiber die Terrasse der Casa mayor, des Herrenhauses, betreten. Das war nur dem Verwalter, den herrschaftlichen Gästen und den Hunden gestattet.

Auf der Finca herrschten Verhältnisse, wie man sie aus den Beschreibungen des kolumbianischen Romanciers García Márquez oder des Brasilianers Jorge Amado kennt. Die Landarbeiter lebten schlimmer als das Vieh. Ihre erbärmlichen Hütten lehnen an Wirtschaftsgebäuden und Stallungen.

Aus den Fensterlöchern quillt der Rauch von offenen Herdfeuern. Einige Leute haben gar nur Doppelstockbetten in der düsteren Ecke eines Wirtschaftsgebäudes zwischen Zementsäcken, Maisvorräten und rostigen Maschinenteilen. Die Kleinkinder spielen in einem Laufgitter neben einem Schlammpfuhl, in dem die Schweine grunzen.

Julio Quintana, ehemaliger Außenminister Somozas, verstand sich auf das Auspressen seiner Leute. „Nicht einen Tropfen Milch durften meine Kinder umsonst trinken“, erinnert sich der Melker Francisco Zapata. „Ich mußte 3 Cordoba für jeden Liter zahlen. Draußen auf dem Markt kostete der Liter nur 1,50.“ Alvaro Zapata verdiente 210 Cordoba im Monat, das sind etwa 100 Mark. Er ist 33 Jahre alt und hat mit der ein Jahr jüngeren Hortensia Muñoz sieben Kinder. Die beiden sind nicht verheiratet. „Für die Erlaubnis zu einer Feier hätte Quintana einen ganzen Monatslohn einbehalten. Der sagte immer, ‚Was ihr auf eurer Hochzeit freßt und sauft, womit wollt ihr denn das bezahlen? Das wird doch nur bei mir gestohlen.‘“

Die 53jährige Justina Abarca hat vor sieben Jahren ihren Mann verloren. Der Viehtreiber war und sich bei einem Sturz vom Pferd das Rückgrat gebrochen hat. Zwei Wochen später behauptete Quintana, eines ihrer zehn Kinder habe Zitronen gestohlen, und er ließ die Familie vertreiben; er brauche keine unnützen Fresser auf der Finca. Justina Abarca schlug sich im Nachbarort La Paz Centro sieben Jahre lang als Wäscherin und Tortillabäckerin durch. Einer ihrer Jungen, der jetzt 15jährige Salvador, erkrankte an Kinderlähmung. Sie brachte ihn jeden Tag im Rollstuhl zur Schule. Erst als Quintana aus Nicaragua geflohen war, konnten die Abarcas zurückkehren.

Solche Leute sind es, die nun abends auf der Terrasse bei-

sammensitzen und zum erstenmal versuchen, in ihren großen Händen einen Bleistift zu halten. Die jüngste in diesem Kreis ist die Lehrerin. Marta Herrera ist 24 Jahre alt und stammt aus einer bemittelten Familie der Stadt Leon. Sie habe nicht in der Befreiungsfront mitgekämpft, sagt sie, aber jetzt wolle sie nicht mehr abseits stehen. Sie hat ihr Jurastudium unterbrochen und sich beim Institut für Agrarreform (INRA) gemeldet, denn: „Zwei von drei Nikaraguaniern sind Analphabeten geblieben, am schlimmsten ist es auf dem Land. Da ist es wie eine große Finsternis. Ich will helfen, ein wenig Licht nach El Chanal zu bringen.“

Das Institut für Agrarreform hat Marta Herrera zur Unterstützung für den 28jährigen Benito Berrios auf die Finca geschickt. Berrios hat in der sandinistischen Studentenbewegung gekämpft. Die Leute nennen in Jacinto. Das war sein Name in der Illegalität. „Jacinto“ hat Bestandsaufnahme gemacht. Er fand 306 Stück Vieh vor, darunter 40 Milchkühe. Er ließ das Territorium neu vermessen und fand heraus, daß der ehrenwerte Minister Quintana seinen eigenen Staat betrogen hat: Auf der Steuerliste hatte er nur 206 ha Besitz angegeben, in Wirklichkeit besaß er mehr als 600 ha.

Jacinto ist ein junger Mann mit sanften Augen, aber einem festen Willen. Er lacht spöttisch, wenn man ihn fragt, ob er nicht ein wenig zu jung sei für seine Aufgabe: Der Minister für Agrarreform, Commandante Jaime Wheelock, sei vom gleichen Jahrgang. Jacinto soll den Landarbeitern die Bodenpolitik der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus klarmachen und für die Lebensmittelproduktion sorgen, das dringendste aller wirtschaftlichen Probleme in Nicaragua. In El Chanal, wo durch die Kämpfe ein Teil der Felder nicht bestellt worden ist, kriegen sie Reis, Bohnen, Mehl und Kleidung auf Vorschuß. Das muß die Comunidad Agropecuaria „Benjamin Reyes“ – so heißt die Genossenschaft, die auf der Finca gebildet worden ist – nach der nächsten Ernte zurückerstatten.

Sie sind 12 Familien mit 108 Arbeitskräften, aber noch nicht alle verstehen, was eine Genossenschaft ist. Anderswo hat man das Land aufgeteilt, da hat jeder seins und weiß,

woran er ist. „Auf einer Finca mit großen Viehställen geht das nicht. Da würden zu große Verluste eintreten“, sagt Jacinto. „Wir wollen in Nicaragua von Anfang an aus den Erfahrungen lernen, die andere Länder bei der Bodenreform gemacht haben, und Fehler nicht wiederholen.“

Die 700.000 ha Boden, die enteignet worden sind, stammen ausnahmslos aus dem Besitz Somozas und seiner Vasallen. Andere Landbesitzer werden nicht enteignet. Sie sollen ohne Verzug weiterproduzieren, bei Beachtung der neuen Gesetze und Dekrete, die die Regierung erlassen hat. Sie werden von der neuen Staatsmacht vor illegalen Landbesetzungen geschützt.

Anfänge der Agrarreform

Da kommt mancher dieser Landarbeiter, die eben erst lernen, ihren Namen zu schreiben, mit dem Eigentumsbegriff etwas durcheinander. Einer auf der Terrasse in El Chanal meint sogar: „Das Land hier gehört jetzt dem Commandante Wheelock.“ Er hält den neuen Landwirtschaftsminister allerdings für einen guten Herrn, der seine Leute nicht um die Löhne betrügt.

Manche nicken, andere lachen. Francisco, der Melker, fährt dazwischen: „Quatsch! In einer Comunidad gibt es keine Herren und Knechte. Früher mußten wir die Milch zum doppelten Preis bei Quintana kaufen, heute leihen wir acht Kühe an die Nachbarfinca aus, weil dort 60 Kinder sonst keine Milch hätten. Früher waren wir hilflos, als Justina mit ihren zehn Kindern vertrieben wurde; heute haben wir sie wieder aufgenommen. Das ist die Comunidad. Früher habe ich mit Hortensia in wilder Ehe gelebt, jetzt aber werden wir endlich Hochzeit feiern – und ihr alle seid eingeladen. Auch das ist die Comunidad.“

Alvaros Worte machen Eindruck. Aus ihnen spricht die Klugheit eines Analphabeten.

Schluß

(Quelle: Neue Berliner Illustrierte, Berlin, Nr. 45/1979, S. 12-14)

Jürgen Reusch Ist China noch sozialistisch?



Marxismus aktuell

188 Seiten, Taschenbuch, 8,80 DM
ISBN 3-88012-599-6

Heddernheimer Landstraße 78a · 6000 Frankfurt/Main 50 · Telefon (06 11) 57 10 51

Verlag Marxistische Blätter

Rede Fidel Castros vor der UN-Vollversammlung

Aufschrei der Völker der Entwicklungsländer (2. Teil)

Unter „kollektiver Eigenständigkeit“ verstehen wir dennoch nicht etwas der Autarkie Ähnliches, sondern betrachten dies als einen Faktor der internationalen Beziehungen, der alle Möglichkeiten und Ressourcen dieses beachtlichen und wichtigen Teils der Menschheit, der Entwicklungsländer, zum Tragen bringt und sie in den Strom des Reichtums und der Wirtschaft sowohl des kapitalistischen Lagers als auch der sozialistischen Staaten einfließen läßt.

Herr Präsident!

Die VI. Gipfelkonferenz wies die Versuche einiger entwickelter Länder zurück, das Energieproblem dazu zu benutzen, um die Entwicklungsländer zu spalten.

Das Energieproblem muß in seinem historischen Zusammenhang gesehen werden, indem man sich einerseits vergegenwärtigt, wie das Konsumdenken einiger entwickelter Länder zur Verschwendung von Erdöl, Erdgas, Kohle usw. geführt hat und andererseits auf die Rolle der transnationalen Monopole hingewiesen wird, die sich noch bis vor kurzer Zeit an den Lieferungen von billiger Energie in unverantwortlicher Weise bereicherten. Die transnationalen Gesellschaften beuten sowohl die Produzenten als auch die Verbraucher aus, indem sie sich in beiden Fällen ungerechtfertigte Superprofite aneignen und gleichzeitig versuchen, auf die erdölexportierenden Entwicklungsländer die Schuld an der gegenwärtigen Situation abzuwälzen.

Spaltungsvehikel Energiefrage

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, auf meine Worte anlässlich der Eröffnung der Konferenz zu verweisen, als ich auf die beängstigende Lage derjenigen Entwicklungsländer hinwies, die kein Erdöl produzieren, besonders der weniger entwickelten Länder. Dabei brachte ich auch die Gewißheit zum Ausdruck, daß die nichtpaktgebundenen erdölproduzierenden Länder Lösungen finden werden, um die ungünstige Situation jener Länder, die von der weltweiten Inflation und dem ungerechten Handelsaustausch betroffen sind, auf denen hohe Zahlungsbilanzdefizite lasten und deren Auslandsverschuldung sich stark erhöht hat, abzuändern. Dies entbindet jedoch die entwickelten Länder, ihre Monopole und transnationalen Gesellschaften nicht von ihrer wesentlichen Verantwortung.

Bei der Erörterung des Energieproblems unterstrichen die Staats- und Regierungsoberhäupter, daß dieses Problem im Rahmen der gegenwärtig stattfindenden internationalen Verhandlungen in den Vereinten Nationen unter Beteiligung aller Länder diskutiert werden sollte. Man müsse die Energiefrage in Verbindung mit allen anderen Entwicklungsproblemen, mit der Finanz- und Währungsreform, dem Weltmarkt und den Rohstoffen untersuchen und eine globale

Analyse aller mit der Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung zusammenhängenden Aspekte durchführen.

Bei der Betrachtung der wichtigsten Probleme, denen sich die Entwicklungsländer im weltwirtschaftlichen Rahmen gegenübersehen, war es auch erforderlich, die Aktivitäten der transnationalen Unternehmen zu untersuchen. Erneut wurden ihre Politik und ihre Praktiken zurückgewiesen. Es wurde die Anschuldigung erhoben, daß ihre profitorientierte Politik zur Erschöpfung der Ressourcen führt, die Wirtschaften zerrüttet, die Souveränität der Entwicklungsländer verletzt, die Rechte der Völker auf Selbstbestimmung beschneidet, die Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten verletzt, und daß sie sich des öfteren Methoden wie Bestechung, Korruption und anderer zu verurteilender Praktiken bedienen. Damit versuchen sie, die Entwicklungsländer den Industrieländern zu unterwerfen, was ihnen auch tatsächlich gelingt.

Angesichts der unbefriedigenden Fortschritte bei der Ausarbeitung eines Verhaltenskodexes für die transnationalen Unternehmen in den Vereinten Nationen, unterstrich die Konferenz erneut die Notwendigkeit, diese Arbeit schnellstens zu Ende zu führen, um der Gemeinschaft ein juristisches Mittel an die Hand zu geben, das ihr zumindest helfen kann, die Aktivitäten der transnationalen Gesellschaften in Übereinstimmung mit den Zielen und Bestrebungen der Entwicklungsländer zu überwachen und zu regeln.

Bei der Darlegung all der negativen und bedrückenden Aspekte der wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer richtete die VI. Gipfelkonferenz insbesondere die Aufmerksamkeit auf die sich häufenden Probleme der ärmeren Entwicklungsländer, die unter ungünstigen Bedingungen leben und keinen Zugang zum Meer haben, sowie der anderen isolierten Binnenländer und forderte, sofortige und besondere Maßnahmen zur Überwindung dieser Situation zu ergreifen.

Kernziel Beseitigung des ungleichen Handelsaustausches

Dies ist, Herr Präsident und wertere Repräsentanten, die kaum zum Optimismus Anlaß gebende oder vielmehr trostlose und entmutigende Situation, der sich die Mitgliedsländer der Bewegung der Nichtpaktgebundenen bei ihrer Zusammenkunft in Havanna gegenübersehen.

Die nichtpaktgebundenen Staaten ließen sich jedoch nicht von einem Gefühl der Ohnmacht oder Verzweiflung hinreißen. Die Staats- und Regierungschefs erarbeiteten nicht nur strategische Konzeptionen zur Weiterführung ihres Kampfes, sondern wiederholten auch ihre Forderungen und steckten die Positionen ab.

Das wichtigste Ziel unseres Kampfes besteht in der Verminderung und schließlichen Beseitigung des ungleichen Handelsaustausches, der gegenwärtig vorherrscht und den internationalen Handel in ein vorteilhaftes Instrument zur zusätzlichen Ausbeutung unserer Reichtümer verwandelt. Heute entspricht 1 Arbeitsstunde in den entwickelten Ländern 10 Arbeitsstunden in den unterentwickelten Ländern.

Die nichtpaktgebundenen Länder fordern, daß dem Gesamtprogramm für Grundstoffe, das bei den „Nord-Süd“-Verhandlungen zum Spielball von Manipulationen und allerlei Praktiken gemacht wurde, ernsthafte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Sie fordern ebenfalls, daß dem Gemeinsamen Fonds, der ein stabilisierendes Element darstellen und eine ständige Übereinstimmung zwischen den Preisen, die die Entwicklungsländer für ihre Erzeugnisse erhalten, und ihren Importen erreichen soll, echte Impulse vermittelt werden, da dieses Projekt immer noch in den Anfängen steckt. Für die nichtpaktgebundenen Länder ist diese Übereinstimmung zwischen den Preisen ihrer Exportgüter und den Preisen der aus den entwickelten Ländern importierten Industrieerzeugnisse, Rohstoffe und Technologien ein wesentliches Element künftiger Wirtschaftsverhandlungen.

Die Entwicklungsländer verlangen von den Ländern, die die Inflation verursacht haben und sie mit ihrer Politik schüren,

die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um diese einzudämmen und damit weitere negative Folgen des nichtäquivalenten Handels zu verhindern.

Die Entwicklungsländer kämpfen nach wie vor dafür, daß die Erzeugnisse ihrer im Aufbau befindlichen Wirtschaft Zugang zu den Märkten der Industriestaaten erhalten, und daß der Protektionismus, der sich im internationalen Wirtschaftsleben wieder negativ bemerkbar macht und uns erneut in einen unheilvollen Wirtschaftskrieg zu stürzen droht, abgeschafft wird. Sie fordern, daß die allgemeinen, nicht wechselseitigen Zollpräferenzen generell und ohne Täuschungsmanöver angewandt werden, damit sie ihre neu aufgebauten Industriezweige entwickeln können, ohne daß sie auf dem Weltmarkt von den überlegenen Technologien der hochentwickelten Länder konkurrenzunfähig gemacht werden.

Schluß mit der Inflation und dem Währungschaos

Nach Meinung der nichtpaktgebundenen Staaten dürfen die vor ihrem Abschluß stehenden Verhandlungen über das Seerecht nicht dazu benutzt werden — wie es gewisse entwickelte Staaten beabsichtigen —, das Ungleichgewicht bezüglich der Meeresressourcen festzuschreiben, sondern sie sollten vielmehr zu einer alle Seiten befriedigenden Korrektur führen. Die Seerechtskonferenz hat erneut bewiesen, daß gewisse Länder ihre technischen Möglichkeiten arrogant und in typisch imperialistischer Manier dem von den Entwicklungsländern geforderten Verständnis und Entgegenkommen gegenüber ins Spiel bringen und einseitig die Meeresreichtümer auszubeuten drohen.

Die Schulden der Entwicklungsländer belaufen sich bereits auf 335 Mrd Dollar. Pro Jahr werden schätzungsweise mehr als 40 Mrd Dollar an Auslandsverschuldung gezahlt, das sind über 20% des jährlichen Exports dieser Länder. Andererseits liegt das durchschnittliche Prokopfeinkommen in den entwickelten Staaten zur Zeit vierzehnmal höher als in den unterentwickelten Ländern, was eine untragbare Situation ist.

Die Entwicklungsländer benötigen ein neues Finanzierungssystem, um die für die kontinuierliche und unabhängige Entwicklung ihrer Wirtschaften erforderlichen Gelder zu erhalten. Diese Mittel sollten langfristig und zu niedrigen Zinsen gewährt werden. Über sie müssen die Entwicklungsländer voll verfügen dürfen, damit sie die den Plänen ihrer industriellen Entwicklung entsprechenden Prioritäten setzen können und diese Mittel nicht, wie es heute geschieht, von den transnationalen Gesellschaften absorbiert werden. Diese bereichern sich zusätzlich, indem sie sich die sog. Entwicklungshilfe zunutze machen, um die Disproportionen ihrer Wirtschaften noch zu verstärken und aus der Ausbeutung der Ressourcen dieser Länder Maximalprofit zu schlagen.

Die Entwicklungsländer und — in ihrem Namen — die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten fordern, daß ein bedeutender Teil der enormen Mittel, die die Menschheit heute für das Wettrüsten verschwendet, in die Entwicklung fließen. Das hätte zugleich eine Verminderung der Kriegsgefahr und eine Verbesserung der internationalen Lage zur Folge.

Die nichtpaktgebundenen Staaten vertreten die Positionen aller Entwicklungsländer und fordern die Schaffung eines neuen Weltwährungssystems, das die verhängnisvollen Schwankungen verhindert, denen heute die in der Weltwirtschaft vorherrschenden Währungen, insbesondere der US-Dollar, ausgesetzt sind. Das finanzielle Chaos trifft darüber hinaus die Entwicklungsländer, die als Vertreter der größten Anzahl Länder der Erde und als Vertreter von mehr als 1,5



Mrd Männern und Frauen über die Gestaltung dieses neuen Systems mitentscheiden wollen.

Herr Präsident, wertere Repräsentanten!

Wir fordern: Schluß mit dem ungleichen Austausch, der unsere Völker zugrunde richtet!

Schluß mit der Inflation, die in unsere Länder exportiert wird und unsere Völker zugrunde richtet!

Schluß mit dem Protektionismus, der unsere Völker zugrunde richtet!

Es besteht ein schreiendes Mißverhältnis bei der Ausnutzung der Meeresressourcen. Ihm muß ein Ende gesetzt werden.

Die finanziellen Mittel, die den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden, reichen nicht aus. Sie müssen erhöht werden!

Die finanziellen Mittel, die den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden, reichen nicht aus. Sie müssen erhöht werden!

Die Rüstungsausgaben sind vernunftwidrig. Es ist erforderlich, die Rüstung einzustellen und die frei werdenden Mittel für die Finanzierung der Entwicklung zu verwenden!

Das heute herrschende Weltwährungssystem hat Bankrott gemacht. Es muß durch ein anderes ersetzt werden!

Die Schulden der am schwächsten entwickelten und am meisten benachteiligten Länder sind untragbar und stellen ein unlösbares Problem dar. Sie müssen erlassen werden!

Die Verschuldung ist eine wirtschaftliche Belastung für die übrigen Entwicklungsländer. Sie muß reduziert werden!

Die Kluft zwischen den Industriestaaten und den nach Entwicklung strebenden Ländern wird nicht geringer, sondern immer größer. Sie muß verschwinden!

Das sind die Forderungen der unterentwickelten Länder.

Herr Präsident! Wertere Repräsentanten!

Die Berücksichtigung dieser Forderungen, von denen einige bereits von den Entwicklungsländern auf internationalen Foren wiederholt gestellt wurden, z.B. von der Gruppe der 77 und von der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder, würde zu einer Änderung der internationalen Wirtschaftslage führen und den Entwicklungsländern die institutionellen Voraussetzungen für die Aufstellung von Programmen bieten, mit denen sie endgültig den Weg der Entwicklung einschlagen könnten.

Doch selbst wenn all diese Maßnahmen verwirklicht, wenn die Fehler und Mängel des jetzigen Systems der internationalen Beziehungen beseitigt würden, so fehlte den Entwicklungsländern immer noch ein entscheidendes Moment, nämlich die Außenfinanzierung.

Alle Anstrengungen, die unternommen werden, alle Opfer, die die Völker der Entwicklungsländer auf sich nehmen und zu bringen bereit sind, alle Möglichkeiten für die Stärkung ihres Wirtschaftspotentials, die sich böten, wenn die Kluft zwischen Export- und Importpreisen überwunden und die Bedingungen, unter denen sie ihren Außenhandel abwickeln, sich verbessern würden, sind unzureichend. Angesichts der gegenwärtigen realen Finanzlage brauchen diese Länder ausreichende Ressourcen, um ihre Schulden abzahlen und zugleich jene enormen Investitionen vornehmen zu können, die der Sprung zur Entwicklung überall in der Welt erfordert.

Auch hier sind die Zahlen hinreichend bekannt und brauchen nicht wiederholt zu werden. Die VI. Gipfelkonferenz stellte mit Besorgnis fest, daß die Verschuldung der unterentwickelten Länder nicht nur eine praktisch untragbare Situation darstellt, sondern daß sie auch von Jahr zu Jahr auf alarmierende Weise wächst. Die Daten des jüngsten Berichts der Weltbank, der zum gleichen Zeitpunkt herausgegeben wurde, an dem wir die Konferenz von Havanna durchführten, bestätigen, daß sich die Situation von Tag zu Tag verschärft. Allein im Jahre 1978 erhöhte sich die Aus-

landsverschuldung von 96 Staaten um etwa 51 Mrd Dollar. Bei diesem Tempo wird die Verschuldung die erwähnten astronomischen Zahlen erreichen.

Herr Präsident! Mit einer solch trostlosen Perspektive können wir uns nicht abfinden! Die namhaftesten Ökonomen – sowohl westliche als auch solche, die marxistische Konzeptionen vertreten – geben zu, daß das System der weltweiten Verschuldung völlig irrational ist, und daß seine Beibehaltung zu einer plötzlichen Störung führen könnte, die das prekäre, labile wirtschaftliche Gleichgewicht in der Welt gefährdet.

Einige Leute versuchen die überraschende Tatsache, daß die internationalen Bankkonsortien Ländern, die praktisch bankrott sind, weiterhin Mittel zur Verfügung stellen, so zu erklären, daß es sich um eine großzügige Unterstützung handle, die diesen Ländern helfen soll, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu meistern. Doch das stimmt nicht. In Wirklichkeit soll mit solchen Operationen die kapitalistische Ordnung erhalten werden. Im Oktober 1978 gab die EG-Kommission klar und deutlich zu: „Das gegenwärtige Gleichgewicht der Weltwirtschaft hängt weitestgehend davon ab, ob der Zufluß privater Anleihen in die nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer in einem vor 1974 nicht gekannten Maße anhält. Eine Behinderung dieses Stroms würde dieses Gleichgewicht stören.“

Irrationaler Kreislauf der Verschuldung

Der weltweite finanzielle Ruin würde in erster Linie die unterentwickelten Länder und die Werktätigen der entwickelten kapitalistischen Länder äußerst hart treffen. Er würde auch die stabilsten sozialistischen Volkswirtschaften in Mitleidenschaft ziehen, aber zweifellos würde das kapitalistische System eine solche Katastrophe nicht überleben. Es ist anzunehmen, daß die dadurch hervorgerufene katastrophale Wirtschaftslage unvermeidlich zu einem neuen Weltbrand führen würde. Man spricht bereits von Eingreiftruppen, die die Erdölfelder und die Rohstoffquellen besetzen sollen. Niemanden darf diese düstere Perspektive gleichgültig lassen, am wenigsten diejenigen, die reich sind und einen hohen Lebensstandard erreicht haben. Uns Revolutionäre stimmt letztlich der Gedanke an eine Welt ohne Kapitalismus nicht allzu traurig.

Es wurde vorgeschlagen, den Geist der Konfrontation durch eine weltweite wirtschaftliche Interdependenz zu ersetzen, die es uns ermöglichen wird, die Kräfte aller Wirtschaftssysteme zum Nutzen aller zu koordinieren. Doch das Konzept der Interdependenz ist nur dann annehmbar, wenn man zugibt, daß die gegenwärtige Interdependenz ihrem Wesen nach ungerecht und brutal ist. Die Entwicklungsländer werden es ablehnen, daß ihnen als Form der „Interdependenz“ eine ungerechte und willkürliche Arbeitsteilung vorgeschlagen wird, die ihnen vom Kolonialismus seit der industriellen Revolution in England aufgezwungen wurde und die der Imperialismus noch vertieft hat.

Will man Konfrontation und Kampf – offensichtlich der einzige den Entwicklungsländern mögliche Weg, auf dem lange und komplizierte Schlachten von heute noch nicht vorhersehbaren Ausmaßen auszutragen wären – vermeiden, so müssen wir nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit suchen, um die großen Probleme zu lösen, vor denen unsere Völker stehen und die nur dann gemeistert werden können, wenn die entwickelten Länder in dieser oder jener Weise einbezogen werden.

(Fortsetzung folgt)

(Quelle: Bohemia, Havanna, Nr. 42/19.10.1979, S. 48-60)

20 Jahre Massaker von Sharpeville

Soweto im Jahre 1976 war das größte bekannt gewordene Massaker des südafrikanischen Rassenregimes im 20. Jahrhundert bisher, jedoch weder das einzige noch das bekannteste. Blutiger Terror der Polizei und Streitkräfte Südafrikas war von jeher die Antwort auf Protest- und Widerstandsbewegungen.

1921 wurden bei Bulhoek 163 Mitglieder einer religiösen Sekte niedergemetzelt. 1946 erschoss die Polizei mindestens 6 Menschen im größten Bergarbeiterstreik der Afrikaner. 1973 fielen unter Polizeikugeln 12 Afrikaner, die am Streik der Bergarbeiter im Vaal Reef-Gebiet teilnahmen. Die Liste ließe sich fortsetzen. Auch die Ermordung von weit über 100 politischen Gefangenen in den letzten Jahren sowie die Hinrichtung von jährlich um die 100 meist afrikanischen Opfern der völkerrechtswidrigen Apartheid-Gesetze müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden.

Der Name des Ortes Sharpeville bei Vereeniging in Transvaal, südlich von Johannesburg gelegen, wurde indessen zum Symbol. Sharpeville wurde zum Synonym für die Brutalität des Unterdrückungssystems, aber auch für einen Wendepunkt in der Geschichte des Befreiungskampfes in Südafrika.

1960 war das „Jahr Afrikas“. Zahlreiche afrikanische Nationalstaaten errangen ihre Unabhängigkeit vom Kolonialismus. Die unterdrückten Völker Südafrikas erlebten, daß die unabhängig gewordenen Länder sich ihrer Sache annahmen. Der Afrikanische Nationalkongress (ANC), die Befreiungsbewegung Südafrikas, hatte auf seiner Jahreskonferenz am 16. Dezember 1959 eine Massenkampagne gegen die verhaßten Paßgesetze beschlossen, die am 31. März 1960 stattfinden sollte. Sie sollte anknüpfen an die erfolgreichen Massenaaktionen des ANC in den 50er Jahren, die ihn zur unbestrittenen Avantgardeorganisation des Befreiungskampfes gemacht hatten.

Am 18. März 1960 rief die Führung der ein Jahr zuvor vom ANC abgespaltenen Gruppe Panafrikanischer Kongress (PAC) zu einer eigenen Kampagne für den 21. März auf; zugleich setzte sie sich mit einer höheren Forderung nach einem täglichen Mindestlohn nochmals vom Hauptstrom der Bewegung ab. Geplant war, daß die Demonstranten ihren Protest vor den jeweiligen Polizeistationen bekunden sollten – ein Unterfangen, dessen Ausgang angesichts der notorischen Brutalität der Polizei vorhersehbar war. Der Aufruf wurde nur an einigen Orten befolgt, darunter in Sharpeville. Am 21. März 1960 um 1.40 Uhr feuerte die Polizei 700 Schuß in die Menge. 69 Menschen starben, 180 wurden verwundet.

„Zeiten, da auch Blut sprechen darf!“

Es war der ANC, der in dieser Situation reagierte und zu dem sich erhebenden weltweiten Protest beitrug. Oliver Tambo, der damalige Vizepräsident, wurde u.a. nach London und vor die Vereinten Nationen entsandt. Das Echo war einhellig; auch der Deutsche Gewerkschaftsbund rief damals zu einem Boykott südafrikanischer Waren auf. Im Lande rief der ANC zu einem Generalstreik am 28. März 1960 auf. Zwei Wochen lang erschütterten Streiks und Massendemonstrationen unter Führung des ANC das System. Es antwortete auf seine Weise mit der Ausrufung des Notstandes am 30. April; am 8. April wurde der ANC (und der PAC) verboten, Massenverhaftungen setzten ein. Am 9. April betrug die Zahl nicht-weißer Opfer bereits 83 Tote und Hunderte Verwundete.

Terror und Inhaftierung der Führer der Bewegung vermochten sie nicht mundtot zu machen. Kurze Zeit, nachdem viele Führer des ANC verhaftet worden oder im Exil zu bleiben gezwungen waren (wie Oliver Tambo), hatten sich neue Gremien gebildet; an Häuserwänden erschienen Parolen: Uhuru, das ostafrikanische Wort für Freiheit; Flugblätter gegen die Paßgesetze wurden verteilt.

Zugleich ging ein seit 1956 andauernder „Hochverratsprozeß“ gegen fast die gesamte Führung des ANC in seine letzte Phase. Am 29. März 1961 mußte das Gericht den Freispruch verkünden. Unter dem Jubel der Massen triumphtierte der ANC öffentlich, obwohl verboten.

Nelson Mandela und seine Genossen blieben keinen Augenblick nach dem Freispruch untätig. Sie organisierten einen landesweiten Boykott, eine „stay-at-home“-Kampagne, bei der alle Afrikaner und anderen Nicht-Weißen zu Hause bleiben sollten, um ihren Widerstand zu dokumentieren. Allen Einschüchterungsversuchen der Polizei und des Militärs zum Trotz, ungeachtet der Gefahr, Arbeitsplatz und Wohnung zu verlieren, blieben am 29. Mai 1961 Hunderttausende Afrikaner zu Hause; am 30. Mai streikten die afrikanischen Arbeiter



von Port Elizabeth zu 75%. Es war der Höhepunkt der bisherigen Massenkampagnen und ihr Abschluß. Auf die blutige Unterdrückung des Gegners beschloß der ANC seinerseits zum bewaffneten Widerstand überzugehen.

Am 16. Dezember – dem „Dingaan's Day“, an welchem 1837 die Zulu unter ihrem Häuptling Dingaan der Übermacht der burischen Landräuber am „Blutfluß“ zum Opfer gefallen waren – begann der bewaffnete Arm der ANC, Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), mit militärischen Aktionen gegen Einrichtungen des Rassenregimes.

Auch hierauf war die Reaktion der weißen Herrenmenschen typisch. John Balthazar Vorster, damals Justizminister, gab am 31. Mai 1963, fast genau drei Jahre nach Sharpeville, die Losung aus: „Wir erkennen mehr und mehr, daß es Zeiten in der Geschichte einer Nation gibt, da nicht allein die Vernunft sprechen darf, sondern auch Blut – diese Zeit ist jetzt.“ Am 3. Juli 1963 meldete das Handelsblatt: „Deutsche Beobachter haben bereits einmütig ein besseres Investitionsklima festgestellt.“

Es gelang dem Regime zeitweilig, den Widerstand weitgehend zu paralisieren, nicht zuletzt durch die Verhaftung eines Großteils der ANC-Führung und ihre langjährige Inhaftierung auf der KZ-Insel Robben Island. Vollständig zu unterdrücken war der Widerstand nicht. In den 70er Jahren lebte er unter Führung des ANC erneut auf. Heute, zwei Jahrzehnte nach Sharpeville, mehrten sich die Nachrichten über Gefechte zwischen Umkhonto-Kämpfern und südafrikanischen Polizei- und Militäreinheiten.

Die unterdrückten Völker Südafrikas gedenken des 21. März 1960 als eines Tages der Trauer, zugleich aber auch als eines Symbols für verstärkten Widerstand und für die Wende zu neuen Kampfformen. Für diese steht der 16. Dezember als „Hero's Day“ des ANC, als Tag des Gedenkens an die Kämpfer des Umkhonto, die gefallen sind oder, wie derzeit James Mange, vom Terrorapparat des Regimes mit dem Tode bedroht sind, aber auch – ebenso wie Sharpeville – als Tag der verstärkten Mobilisierung für den Freiheitskampf.

J. Ostrowsky

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei der Redaktion
(AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1),
nicht bei der Post, bekanntgeben!**

Chile-Filme



War das chilenische Filmwesen in der Zeit vor der Unidad-Popular-Regierung Salvador Allendes im wesentlichen durch Hollywood-Produktionen bestimmt, so bildeten sich doch bereits unter der Regierung des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei (1964-1970) Ansätze eines sozialrevolutionären Kinos heraus. Erste Produktionen wurden auf den Festivals des Lateinamerikanischen Films 1967 und 1969 in Vina del Mar gezeigt, doch kam der fortschrittliche chilenische Film auch in diesen Jahren über isolierte Ansätze kaum hinaus.

Das änderte sich mit der Regierungsübernahme der Unidad Popular (UP) im Jahr 1970. Die Filmemacher der UP bekundeten 1970 in einem Manifest den Willen, mit ihrem Schaffen zur nationalen Befreiung und zum Aufbau des Sozialismus beizutragen, sich für die Wiedergewinnung der nationalen und politischen Identität einzusetzen und dem „Mißbrauch der nationalen Werte als Stützen des kapitalistischen Regimes“ ein Ende zu setzen.

Trotz der relativ bescheidenen Mittel, die anfangs für das Filmwesen zur Verfügung standen und der Schwierigkeiten, mit denen es konfrontiert war – die Bourgeoisie verfügte zunächst noch über die meisten Massenmedien, insbesondere Radio und Fernsehen, das Verleihsystem war fast gänzlich in Händen US-amerikanischer Monopole – haben die chilenischen Filmschaffenden in den Jahren 1970-73 vor allem mit der Produktion von Wochenschauen und Dokumentarfilmen einen beachtlichen Beitrag zur Bewußtseinsbildung sowie zur Wiedergewinnung der kulturellen Identität geleistet. Bis 1973 war die inländische Filmproduktion sprunghaft angestiegen, der Film war zu einem wichtigen Bestandteil gewerkschaftlicher Bildungsarbeit geworden und konnte jetzt auch im Fernsehen und in zahlreichen Kinos gezeigt werden.

Der Putsch vom 13. September 1973 setzte dem noch jungen demokratischen Film in Chile allerdings ein jähes Ende. Sämtliche Arbeiten mußten abgebrochen werden, einige Filmemacher wie z.B. Patricio Guzman wurden verhaftet und in Konzentrationslager gebracht, anderen gelang die Flucht ins Ausland. Trotzdem ist jedoch der chilenische Film der UP heute nicht tot: Unter oft widrigsten Umständen gelang es zahlreichen Filmemachern, vor ihrer Flucht ins Exil große Teile des Drehmaterials zu retten, ins Ausland zu schaffen und später dort die Montage vorzunehmen. Heute leisten sie im Exil Aufklärungsarbeit über den Charakter der faschistischen Militärjunta sowie über den Widerstand des chilenischen Volkes. Der Chile-Film konnte somit zu einem festen Bestandteil der internationalen Solidaritätsarbeit werden. Das gilt auch für die Bundesrepublik, wo u.a. die folgenden Chile-Filme bei Vorträgen und bei Diskussionsveranstaltungen mit Erfolg eingesetzt werden.

Die Schlacht um Chile: Der Kampf eines unbewaffneten Volkes, 3 Teile

Chile/Kuba 1973-1978, Regie: Patricio Guzman (Verleih: Freunde der Deutschen Kinemathek)

In der Zeit von Januar bis zum 14. September 1973 drehte P. Guzman mit seinem Team in den Straßen und Arbeitervierteln von Santiago, in den Kupferbergwerken und Salpeterminen Chiles. Daraus wurde eine umfassende Dokumentation über das letzte Regierungsjahr der UP, deren Fertigstellung nach Guzmans Freilassung das kubanische Filminstitut ermöglichte. Der Film gibt Aufschluß über die Politik der Unidad Popular, über die Stimmung in der Arbeiterklasse und den Volksmassen aber auch über die Methoden, mit denen es dem Imperialismus im Verbund mit der einheimischen Bourgeoisie schließlich gelang, der Volksregierung ein Ende zu setzen. Die drei Teile können im Rahmen einer Veranstaltungsreihe im Zusammen-

hang gezeigt werden, sie können aber auch einzeln eingesetzt werden, da sie in sich relativ geschlossen sind.

Teil I: Der Aufstand der Bourgeoisie (90 Minuten) behandelt die Zeit zwischen den Wahlen im März 1973, bei denen die UP 44% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen kann und die bürgerlichen Oppositionsparteien die zum Sturz des Präsidenten notwendige 2/3-Mehrheit verfehlen, und dem 29. Juli 1973, an dem der Versuch des Zweiten Panzerregiments, den Präsidentenpalast zu stürmen, vereitelt werden kann. U.a. an der Frage der Regierungsbeteiligung der Militärs werden Differenzierungen innerhalb der Volkseinheitsbewegung deutlich gemacht. Und es wird gezeigt, mit welchen Mitteln die Opposition versuchte, die Wirtschaft des Landes lahmzulegen.

Teil II: Der Staatsstreich (90 Minuten) beginnt mit dem Aufstand des faschistischen Panzerregiments am 29. Juni, der noch einmal niedergeschlagen werden kann. Er zeigt, wie faschistische Offiziere immer häufiger die Armee gegen die Arbeiter einsetzen, wie die Rechte schließlich den Generalstreik der Händler und Transportunternehmer anzettelt, um mittels ökonomischer Paralyisierung die Regierung Allendes zu stürzen. Fast symbolisch machen die Aufnahmen von einer Demonstration anlässlich des 3. Jahrestages der UP-Regierung am 4.9., an der sich über eine Million Menschen beteiligen, noch einmal deutlich, auf welche Massengrundlage sich die Regierung immer noch stützen kann. Wenige Tage später, am 13.9. greifen die Faschisten dann zu ihrem letzten Mittel: sie stürmen den Präsidentenpalast.

Teil III: Die Volksmacht (83 Minuten) reicht von Januar bis September 1973. Er veranschaulicht die Anstrengung des chilenischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus, die Initiativen zu seiner Verteidigung gegen die Angriffe der Reaktion und die Gründung von Basisorganisationen (Arbeiter- und Landarbeiterräte, Volksläden usw.), die diesem Zweck dienen.

Der Übergang

DDR 1979, Regie: Orlando Lübbert, 81 Minuten (Verleih: Unidoc)
O. Lübbert, ein chilenischer Filmemacher, der bereits durch seine Dokumentation über die Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung bis 1932 (Die Fäuste vor der Kanone) bekannt geworden ist, hat diesen seinen ersten Spielfilm zusammen mit anderen Exilchilenen in der DDR realisiert.

Gemeinsam versuchen Carlos, Lorenzo und Juan aus Chile über die Anden nach Argentinien zu fliehen, wo sie um Asyl bitten wollen. Der „Übergang“ ist außerordentlich schwierig, doch als die drei schließlich gemeinsam geschafft haben, wird ihr Asylgesuch abgelehnt, sie werden der chilenischen Grenzwaache übergeben. Eindrucksvoll gibt O. Lübbert in der Darstellung der Charaktere auch verschiedene Strömungen innerhalb der Volkskräfte wieder. Während der eine eher zu besonnen und zaghaft erscheint, verkörpert ein anderer den Linksradikalismus, der dritte Protagonist zeichnet sich durch überlegtes Handeln aus und deutet die organisierte Arbeiterklasse an. Dabei wird jedoch keine Schwarz-Weiß-Malerei betrieben, alle werden mit persönlichen Schwächen dargestellt.

Die Toten schweigen nicht

DDR 1978, Regie: Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, ca. 90 Minuten (Verleih: Unidoc)

Während frühere Filme der bekannten DDR-Dokumentaristen (z.B. Krieg der Mumien und Der weiße Putsch) aufzeigten, in wessen Interesse das faschistische System in Chile etabliert wurde, geht es in diesem Film eher um die Methoden, mit denen es funktioniert.

Jose Toha und Orlando Letelier, die früheren Innen- bzw. Außenminister der UP, wurden nachweislich im Auftrag der faschistischen Geheimpolizei DINA umgebracht. Der Film porträtiert die Witwen der Ermordeten, die Pinochet aus jener Zeit kennen, als er sich noch als verfassungstreuer General gab. Die Aussagen der Frauen geben Aufschluß über den Charakter dieses Generals Pinochet, den der frühere Verteidigungsminister der UP, General Prats, mit den Worten beschreibt: „Wie bei Duvalier verbinden sich auch bei ihm auf erstaunliche Weise eine ausnehmende geistige Kleinheit mit einer großen menschlichen Perversität.“ Zudem machen ihre Aussagen aber auch deutlich, daß seit 1973 im chilenischen Militär beträchtliche Differenzierungsprozesse stattgefunden haben. Die Morde an J. Toha und O. Letelier legen heute Zeugnis ab gegen Pinochet.

Zum Einsatz bei Diskussionsveranstaltungen aber auch als Vorfilme eignen sich zudem zahlreiche Kurzfilme (Mitbürger, Geldsorgen, Psalm 18) von W. Heynowski und G. Scheumann, die ebenfalls bei Unidoc erhältlich sind. Bei den Verleihen bekommt man auch zusätzliches Informationsmaterial zu den dargestellten wie zu weiteren Chile-Filmen.

Verleihadressen: Unidoc, Dantestr. 29, 8000 München 19; Freunde der Deutschen Kinemathek, Welsstr. 25, 1000 Berlin 30. J. Weber

UNIDO

Die III. Konferenz der UN-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO III) vom 21.1.-9.2.1980 in Neu Dehli ging in offener Konfrontation zwischen den kapitalistischen Industrieländern auf der einen Seite, den Entwicklungsländern und den sozialistischen Staaten auf der anderen Seite zu Ende. Ersterer stimmten geschlossen gegen die von der „Gruppe der 77“ vorgelegte Neu-Dehli-Deklaration und ein dazugehöriges Aktionsprogramm.

Ziel der in diesen Dokumenten vorgesehenen Maßnahmen ist es, entsprechend der Forderung von UNIDO II (Lima 1975) den Anteil der Dritten Welt an der Weltindustrieproduktion von jetzt 9% auf 25% im Jahre 2000 zu erhöhen. Bis zum Konferenzende umstritten waren insbesondere ein geforderter globaler Fonds zur Finanzierung von Industrialisierungsprogrammen in Entwicklungsländern mit einem Grundkapital von 75-100 Mrd Dollar sowie die auf einen Vorschlag Fidel Castros zurückgehende Forderung, in den 80er Jahren einen zusätzlichen Entwicklungshilfetranfer von 300 Mrd Dollar bereitzustellen. Die Entwicklungsländer hatten sich bis zuletzt um einen politischen Kompromiß mit den kapitalistischen Industrieländern bemüht und waren deshalb in einer Reihe von Punkten von ihren ursprünglichen Forderungen abgegangen. Als sich jedoch abzeichnete, daß die kapitalistischen Industrieländer auch gegen die wenigen im zuletzt vorliegenden Kompromißpapier noch verbliebenen substantiellen Maßnahmen, darunter den globalen Fonds, stimmen würden und es so zu vollkommen entleerten Beschlüssen zu kommen drohte, stellten die Entwicklungsländer ihren ursprünglichen Resolutionsentwurf zur Abstimmung.

Die über den „Nord-Süd-Dialog“ hinausgehende politische Bedeutung dieses Konferenzausgangs liegt darin, daß sich die in den UNO-Abstimmungen über Afghanistan und Kampuchea zutage getretenen Frontverschiebungen damit als sehr kurzlebig herausgestellt haben dürften und die neue imperialistische Konfrontationspolitik den Blick auf die faktischen Interessensgegensätze in der weltweiten Auseinandersetzung um Entwicklung und sozialen Fortschritt an einem Punkt wieder freizugehen hat, wo es ihre Urheber nach dem Ausgang von UNCTAD V (vgl. AIB, Nr. 7-8/1979) nicht erwartet hatten.

Tunesien

Ende Januar d.J. kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen in der tunesischen Stadt Gafsa, bei denen rund 100 Personen getötet wurden. Zu dieser Zeit jährt sich zum zweiten Mal der Militäreinsatz zur Niederschlagung eines dreimonatigen Arbeitskampfes. Die gesamte Gewerkschaftsspitze der Generalvereinigung der Tunesischen Arbeiter (UGTT) wurde damals inhaftiert, gegen den Führer der Gewerkschaft Habib Achour wurde ein Verfahren wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ eingeleitet.

In der westlichen Welt wird gegenwärtig versucht, Libyen oder Algerien die Schuld an den Auseinandersetzungen zu geben; eine willkommene Gelegenheit für Frankreich, sich als regionale Macht im westlichen Mittelmeer einzuschalten. Drei französische Kriegsschiffe liefen zu Manövern in den Gewässern um Kreta aus (Neue Zürcher Zeitung, 2.2.1980). Auch die USA sind auf den Plan getreten, durch ein eventuell gemeinsames Vorgehen, um den angeblichen algerischen und libyschen Einfluß auf Tunesien einzudämmen. Noch vor Ende Februar d.J. wollen die USA sechs Hubschrauber und 30 gepanzerte Fahrzeuge an Tunis liefern.

Iran

Aus den Präsidentschaftswahlen vom 25.1.1980 ging A. Bani-Sadr mit 75,7% der Stimmen vor General Madani mit 14,6% und Revolutionsratsprecher Habibi mit 4,8% als überlegener Sieger hervor. Dies hatte u.a. seine Ursache darin, daß der Kandidat der halbamtlichen Partei der Islamischen Republik als größter Partei des Landes, Farsi, von einem Teil des Klerus nicht unterstützt wurde und schließlich als Kandidat zurücktrat.

Andererseits ist das Votum für Bani-Sadr wohl nicht zuletzt deshalb erfolgt, weil er als einziger der Bewerber ein Programm vorweisen konnte, um die anhaltende schwierige wirtschaftliche Situation des Iran in den Griff zu bekommen (vgl. auch Interview mit Bani-Sadr in AIB, Nr. 7-8/1979, S. 36). Sofort nach seinem Amtsantritt verkündete Bani-Sadr, der inzwischen auch zum Vorsitzenden des Revolutionsrates ernannt wurde, ein Programm zur Beschaffung von Arbeitsplätzen und zur Durchführung von Preissenkungen.

Außenpolitisch will der neue Präsident ein Konzept der Distanzierung von den „Supermächten“ USA und Sowjetunion (die von ihm quasi gleichgesetzt werden) durchführen und die afghanische islamische Reaktion unterstützen.

Guatemala

Rund 40 indianische Landarbeiter fielen Ende Januar in Guatemala-Stadt einem Massaker zum Opfer, als Militär- und Polizeieinheiten die von den Campesinos friedlich besetzte spanische Botschaft stürmten. Ebenfalls mit Gewalt antwortete die Polizei zwei Tage später auf den Trauermarsch für die Ermordeten, dem sich 3000 Menschen anschlossen.

Die Bauern waren aus der Provinz Quiche, der ärmsten Region des Landes gekommen, um durch die Botschaftsbesetzung die Weltöffentlichkeit auf die zunehmenden gewaltsamen Übergriffe von Polizei, Militär und Großgrundbesitz sowie auf die sozialen Mißstände aufmerksam zu machen. Schon in den vergangenen Jahren kam es zu Massenaktionen gegen die Enteignung und Vertreibung von Kleinbauern sowie gegen die vom Großgrundbesitz unterhaltenen Terrorbanden (vgl. auch AIB, Nr. 7-8/1979). Die Provinz Quiche, in der die Guerillaarmee der Armen (EGP) unter der (indianischen) Landbevölkerung zunehmend an Einfluß gewinnt, gilt als Hauptangriffsziel militärischer Operationen. Die revolutionären Ereignisse in den Nachbarstaaten Nikaragua und El Salvador lassen das Lucas-Regime verstärkt zu Repressionsmaßnahmen greifen.

Trotzdem wächst die Opposition gegen das Militärregime. Der Demokratischen Front, gegründet im März 1979 (Wortlaut ihres Grundsatzausgangs in AIB, Nr. 11-12/1979), gehören mittlerweile 150 verschiedene Organisationen und Gewerkschaften an.

Kuba

Zur Beseitigung von Ineffizienzen und Koordinationsmängeln wurden am 10.1.1980 folgende Veränderungen der kubanischen Exekutive eingeleitet: Auf institutioneller Ebene wurde die Zahl der zentralen Organe der Staatsmacht auf 35 reduziert. Personell fand eine Leitungsumbesetzung von 12 der 35 zentralen Staatsorgane statt, zudem wurden drei Staatsminister ernannt, die ihre Aufgaben vom Staatsrat zugewiesen bekommen.

Vor allem die im Zusammenhang mit dem kubanischen System der Anleitung von Ministerien durch den Staatsrat vorgenommenen Personalveränderungen haben hierzulande wilde Spekulationen ausgelöst. U. a. war von einer Entmachtung Raul Castros und einer Zusammenballung der Macht in den Händen Fidel Castros die Rede. Dabei wurden fälschlicherweise Ministerfunktionen mit der Anleitung und Orientierung von Ministerien durch Staatsratsmitglieder, mit der keinerlei weitere Kompetenzen verbunden sind, gleichgesetzt. Mit der erfolgten Neuverteilung sind jetzt elf statt bisher sieben Mitglieder des Exekutivkomitees des Staatsrats mit Leitungskompetenzen betraut, womit eine höhere Stufe der kollektiven Leitung des Staatsrats gewährleistet ist. Fidel Castro gab die Anleitung von fünf Institutionen ab, übernahm die des Gesundheitsministeriums und wird wie bisher bei der Anleitung des Verteidigungs- und des Innenministeriums von seinem Bruder Raul unterstützt, der auch weiterhin Verteidigungsminister bleibt. Innerhalb der Kommunistischen Partei Kubas fanden keinerlei organisatorische oder personelle Veränderungen statt.

Korea

Die 2. Seouler Palastrevolte des Jahres 1979, bei der sich Mitte Dezember eine Offiziersclique um den bis dato Geheimdienstchef Lee Hi Seung durchsetzte, führte zu zwei im US-Interesse liegenden Ergebnissen: Die neue Regierung erhöhte das Militärbudget um 37% und probte mit der Annahme eines nordkoreanischen Verhandlungsvorschlages die Politik des „Wandels durch Annäherung“.

Am 11.1.1980 hatten Nordkoreas Präsident Kim Il Sung und Premierminister Li Jong Ok in Briefen an südkoreanische Spitzenpolitiker im Interesse der Beendigung der „herzerreißenden Leiden der nationalen Teilung“ (Pyeongyang Times, 19.1.1980) Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Sie offerierten Gespräche zwischen süd- und nordkoreanischen Organisationen, Parteien und Politikern einschließlich der Regierungschefs.

Die südkoreanische Regierung reagierte mit dem Gegenvorschlag eines Treffens von Regierungsdelegationen, welches am 5. Februar 1980 in Panmunjom stattfand. Dabei wurden weitere Gespräche und die Wiederaufnahme der seit 1975 unterbrochenen Telefonverbindungen zwischen den Hauptstädten beschlossen. Die weitere Entwicklung der bilateralen Kontakte wird wesentlich davon abhängen, welcher der militärischen Fraktionen Südkoreas in einer weiterhin labilen innenpolitischen Situation die endgültige Machtusurpation gelingen wird.

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Olympiade nur noch unter US-Flagge?

Mitte Januar d.J. gab der amerikanische Außenminister C. Vance die Entscheidung seines Präsidenten J. Carter bekannt, die USA würden sich nicht an den Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau beteiligen, wenn nicht innerhalb eines Monats die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurückgezogen würden. Dies löste lebhafte Debatten vor allem über das Verhältnis von Sport und Politik aus.

Tatsächlich hatte J. Carter seinen Coup schon lange vorher geplant und vorbereitet, indem er sich beispielsweise über Zugeständnisse in finanziellen Fragen ein Mitspracherecht in sportlichen Fragen im amerikanischen Olympischen Komitee erkauft hatte. Die Situation in Afghanistan diene dann nur noch als Vorwand, um die olympischen Spiele und den Sport generell für sein strategisches Konzept der „Stärke“ gegen das sozialistische Lager und die nationale Befreiungsbewegung zu vereinnahmen. Dazu gab das Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) J. Roosevelt folgenden Kommentar: „Das Wort 'Olympiade' war ein gutes Wort, bis sich Carter seiner bemächtigte.“

Doch alsbald erhielt Carter Schützenhilfe. Zu den ersten, die ihm ihre uneingeschränkte Unterstützung zusagten, gehörten General Pinochet, faschistischer Diktator in Chile, und F.J. Strauß, Kanzlerkandidat der CDU/CSU. Die britische Premierministerin M. Thatcher unterbreitete darüber hinaus den Vorschlag, bestimmte sportliche Disziplinen in London stattfinden zu lassen. Griechenlands Ministerpräsident Karamanlis kam gar auf die Idee, Olympia doch für immer nach Athen zu vergeben, um allen Problemen aus dem Weg zu gehen.

Diesen angeblichen Lösungsvorschlägen trat auch der Präsident des IOC, Lord Killanin, entschieden entgegen. Er betonte, daß das IOC einen sowohl moralisch als auch juristisch verpflichtenden Vertrag mit Moskau habe und eine Verlegung undenkbar sei. Die Olympische Bewegung könne sich nicht von Regierungen diktieren lassen, welchen Kurs sie einzuschlagen habe.

Und obwohl die US-Regierung nun mit allen Mitteln, darunter finanzieller Erpressung, politischem Druck und Verbreitung von Falschmeldungen versuchte, möglichst viele Staaten auf ihre Linie zu bringen, blieb das Echo relativ gering. Sogar die Konferenz der Außenminister islamischer Staaten in Pakistan rief nur vage dazu auf, „einen Boykott der Olympischen Spiele ins Auge zu fassen“. In dieser Situation verfiel man in Washington auf den Gedanken, Muhammad Ali, populärer ehemaliger Weltmeister der Berufsboxer und Mitglied der Black Muslim Sekte, zu einer Werbetournee für den Boykott nach Afrika zu schicken. Doch schon auf der ersten Station der Mission, in Tansania, geriet diese zu einem Fiasko für Carter.

Der Präsident des Obersten Afrikanischen Sportrates (SCSA) A. Ordia stellte zunächst klar, der SCSA halte an seinem im Dezember 1979 gefaßten Beschluß fest, wonach alle afrikanischen Sportler in Moskau dabei sein sollten. Immer wieder wurde Muhammad Ali entgegengehalten, daß „die USA und ihre Gehilfen dem Rassismus auf unserem Kontinent Hilfe leisten und nun einen Boykott der Spiele wollen“. Journalisten wollten von Ali wissen, warum denn die USA vor vier Jahren in Montreal anlässlich des Boykotts vieler afrikanischer Nationen – der Grund war die Teilnahme Neuseelands, das sportliche Kontakte zu Südafrika unterhielt – strikt gefordert hätten, Politik und Sport sollten auseinandergehalten werden. Mit Staunen mußte er den Hinweis zur Kenntnis nehmen, daß die Sowjetunion die Befreiungsbewegungen in Afrika massiv unterstütze. Ali: „Davon ist mir in Amerika nichts gesagt worden. Vielleicht werde ich für etwas benutzt, was ganz falsch ist.“

Tansanias Präsident J. Nyerere schließlich wollte nicht mit einem Boxer über derart brisante weltpolitische Themen verhandeln und betonte, daß die Motive der USA ungläubwürdig seien, da gerade „die Vereinigten Staaten, Großbritannien und andere westliche Länder sich stets geweigert haben“, das völkerrechtlich international geächtete Südafrika „wegen seiner rassistischen Politik zu boy-

kottieren“.

Inzwischen haben sich von 49 Mitgliedsverbänden des SCSA ganze drei (Zaire, Kenia, Djibouti) für einen Boykott ausgesprochen. Überhaupt geht die Tendenz in den Entwicklungsländern, sofern sie nicht politisch und ökonomisch eng an die USA gebunden sind, dahin, im Rahmen einer stärkeren Gewichtung des Sports überhaupt an den Olympischen Spielen teilzunehmen und dort internationale Erfahrungen zu sammeln. Das Beispiel Kubas, wo weltweite Erfolge auf der Grundlage eines entwickelten Breitensports mit dazu beigetragen haben, die Möglichkeiten des Sports unter den Aspekten der Persönlichkeitsentwicklung, der Gesundheit, dem Abbau von Rassenschranken und nicht zuletzt der nationalen Emanzipation und internationaler Verständigung zu nutzen, ist hier nicht ohne Wirkung geblieben.

Doch auch in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten mehrten sich trotz einer massiven Boykott-Kampagne die Stimmen namentlich der aktiven Spitzensportler, die dem Diktat J. Carters nicht folgen wollen. Interessanterweise sind es gerade Ex-Sportler wie Max Schmeling, der 1936 nichts dabei fand, für die Olympiade und für Adolf Hitler in Afrika zu werben, und allenfalls CDU-Wahlhelfer wie Jutta Heine oder Hennes Weisweiler, die einen Boykott offen begrüßen. Da sie immer schon gegen die Politik der Entspannung waren, kommt ihr Votum auch nicht überraschend.

Ein Skandal ist es allerdings, daß in der BRD offensichtlich Militärs zu bestimmen haben, was die Sportler dürfen und was nicht. War es schon der Bonner NATO-Botschafter R. Pauls, der im NATO-Rat Ende 1979 einen Olympia-Boykott anregte, so behauptete Verteidigungsminister Apel am 9. Februar 1980: „Für mich ist es undenkbar, daß die deutsche Flagge in Moskau mit einmarschiert, wenn die amerikanische Flagge nicht einmarschiert.“ Ähnlich äußerten sich Außenminister Genscher und Wirtschaftsminister Lambsdorff. Da mochte auch FDP-Parteifreund Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes, nicht zurückstehen; er plädierte für eine Vertagung der Olympischen Spiele. Es ist also abzusehen, daß die BRD voll – siehe Minister Apel – unter amerikanischer Flagge segeln wird, und das sicherlich nicht zum Nutzen des Sports. Wie der Angriff J. Carters auf die Olympiade 1980 in Moskau in Kreisen des IOC aufgenommen wurde, zeigte sich dagegen bei der Eröffnung der 82. Session durch US-Außenminister Vance in Lake Placid, dem Austragungsort der Winterspiele: Seine an die Zeiten des Kalten Krieges erinnernden Ausfälle gegen die Sowjetunion wurden nur von einem einzigen der Anwesenden durch heftiges Beifallklatschen honoriert, dem Vertreter der Nationalen Olympischen Komitees von Taipeh (Taiwan). Am 12. Februar 1980 lehnte das IOC in Lake Placid folgerichtig den US-Antrag zu Absetzung der Moskauer Sommerspiele einhellig ab.

